CONTRAST

Zeitung für Selbstverwaltung

D 8008 E | Vertrieb: ASH Krebsmühle 6370 Oberursel 5 | Nr. 27 Jahrgang 3 | Dezember '86 | 3.00 DM

Andreas Wischner
Einzelagentenstr. 46
1000 Berlin 31

2621/C/0001 0006

Frauen, Geld und feministische Wirtschaft

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

war die Themenstellung für diesen CONTRASTE-Schwerpunkt auf den Seiten 4, 5 und 6.

Es war nicht so einfach, Frauen dafür zum Schreiben zu bewegen. Ein Grund war sicherlich, daß Frauen oft weniger geübt darin sind, ihre Ideen und Gedanken zu Papier zu bringen und zum anderen haben wir festgestellt, daß die Frauen, die sich aktiv in Parteien und Gruppen u.a. zu diesem Thema einbringen, in der Regel absolut überlastet sind. So dauert es mit dem Schreiben oft länger oder es wird aus Zeitmangel dann doch verschoben.

So geschah es mit dem angekündigten Artikel von Elisabeth Altekös ter (der vielleicht im Januar '87 noch erscheint) und dem aktuellen Bericht von Agnes Lewe über Mama Cash aus Holland.

Stattdessen haben wir von Agnes eine Zusammenfassung ihres Referates vom Frauenkongreß in Essen, in dem sie sich grundsätzlicher mit dem Verhältnis von Frauen zu Frauenbetrieben auseinandersetzt. Sie bezweifelt, ob allein Solidarität der Kundinnen als Grundlage für die Frauenbetriebe ausreicht. In dem ganzen Beitrag könnte an vielen Stellen statt Frauenbetriebe auch selbstverwaltete Betriebe stehen, die Kriterien, die Agnes entwickelt, gelten für beide.

Marlis Cavallaro bringt aus sozialdemokratischer Sicht einige Aspekte in die Diskussion ein und wendet sich u.a. gegen übertriebenes Elitebewußtsein, das die Mehrheit der Frauen ausschließt.

Dies ergänzt sich mit der Forderung von Agnes, daß die Frauenbetriebe sich zu übertragbaren und überzeugenden Modellen entwickeln sollen.

Katrin Meyer-Best hat in ihrem Beitrag einige (für Männer) provokante Thesen aufgestellt, um zum Widerspruch aufzufordern.

Mit meinem Beitrag setze ich mich möglicherweise zwischen alle Stühle, aber als Initiatorin dieses Schwerpunktes liegt mir weniger daran, mich beliebt zu machen, als die verschiedenen Standpunkte, Gedanken und Ideen zu diesem Thema zu sammeln, um eine Grundlage für die Diskussion Frauen – feministische Wirtschaftstheorie – Selbstverwaltung – Perspektiven und Grenzen – zu schaffen.

Alle Beiträge sind als Diskussionsansätze zu verstehen, die weder den Anspruch haben, der Gipfel der Weisheit zu sein, noch mit einer einmaligen Abhandlung in CONTRASTE dieses Thema erschöpfend abgeschlossen zu haben.

Es werden weitere Beiträge folgen.

Jutta Gelbrich

SPD in der Zwickmühle

Red. Heidelberg Die Hamburger Bürgerschaftswahl brachte die Sozialdemokraten, die „CSU des Nordens", um ihre absolute Mehrheit. Obwohl die Konstellation klar (rotgrüne Mehrheit – rein rechnerisch oder Große Koalition) ist zumindest vor der Bundestagswahl keine Koalition in Hamburg zu erwarten. Eine Einschätzung der Wahlergebnisse durch Michael Wöhrle auf der Seite 7.

In ihrem Wahlprogramm forderte die SPD – erstmals systematisch eingearbeitet – die Förderung „alternativer Betriebsformen, die an genossenschaftliche Traditionen anknüpfen", Arbeitsloseninitiativen, Wohngruppen, alternativer Sanierungsträger und Gesundheits - Selbsthilfegruppen. Anhand der halbstaatlichen Lawaetz-Stiftung, die das Förderprogramm abwickeln soll (durch Beratung, Vergabe von Darlehen und Zuschüssen, Baubetreuungs - Aktivitäten), versuchen wir darzustellen, warum Projekte und Netzwerker nicht so recht glücklich mit dem Hamburger Förderprogramm sind.

Die von der Stiftung erwartete Antragsflut blieb jedenfalls für's erste aus...

Seite 7

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Fördermitgliedschaft

Da CONTRASTE ökonomisch immer noch ein wenig durchhängt und es auch noch eine Weile dauern wird, bis dieses Projekt ökonomisch tragfähig ist, suchen wir aktive und engagierte Leser, die CONTRASTE über eine Fördermitgliedschaft unterstützen wollen. Diese Fördermitgliedschaft kostet 72 DM im Jahr bzw. 200 DM für Betriebe, Projekte und Institutionen. Dafür gibt es dann 1 (bzw. 3) Freiabo(s). Damit dies nicht nur wieder ein (billiger) Trick ist, um Freunden und Freundinnen das Geld aus der Tasche zu ziehen, haben wir auch den Anspruch, aktive Leser und Unterstützer der CONTRASTE mit in den Gestaltungsprozeß mit einzubeziehen. Dafür wollen wir einmal im Jahr ein „Leserforum" organisieren, wo im großen Rahmen die Belange von CONTRASTE diskutiert werden sollen. Wir verstehen CONTRASTE nicht nur als öffentliches, sondern auch als offenes Medium und wir haben jetzt lange genug im eigenen Sumpf gekauert.

Also: Wer CONTRASTE durch eine Fördermitgliedschaft unterstützen will, kann dies formlos beantragen über den Abschnitt „Fördermitgliedschaft" auf der letzten Seite.

Alternativwirtschaft im Schatten

So lautete der Titel eines Workshops, veranstaltet veranstaltet von der GEPA in Wuppertal. Welchen Beitrag kann die Selbstverwaltung für eine qualitativ neue Entwicklungspolitik in der Ersten und Dritten Welt leisten? Ein Bericht von Jochen Reinalda
auf Seite 2

Morgendämmerung

In Baden-Württemberg diskutierten Betriebe erstmals über die Möglichkeit, einen Selbstverwalter-Verband zu gründen **Seite 2**

Landkommunen

Im 1. Teil unserer Serie über ländliche Siedlungen beschäftigt sich Gunar Seitz mit der Theorie der Kommune
Seite 10

Wir haben für Land gekämpft

Mitglieder der Heidelberger Esquipula - Arbeitsbrigade waren im Herbst in Nicaragua und führten exclusiv für CONTRASTE ein Gespräch mit Eliseo Soza Aguinaga, dem Vorsitzenden der Kooperative Bernadio Diaz Ochoa
auf Seite 11

Freie Kultur zwischen Aufbruch und Anpassung

so lautete der Titel eines Wochendseminars im „Goldenen Anker", Pforzheim. Blitzlichter vom Seminar auf **Seite 12**

Geisterfahrer

„Es ist anscheinend Zeit sich klarzumachen, daß die Revolution zwar die Bewegung ist, aber die Bewegung keine Revolution." Dieses Zitat von Paul Virilio stellt Angelika Müller ihrer Besprechung der uto pischen Kolportage „Geisterfahrer" der Medienwerkstatt Freiburg voran. Der Film hat seine Premiere am 29. Januar '87 im ZDF und ist ab Februar 1987 als Video ausleih bar. **Seite 13**

Perspektiven einer Völkerwanderung

1987 ist das „Internationale Jahr der Obdachlosigkeit". Rechtzeitig vor der offiziellen Proklamierung eine Analyse der Internationalisierung der Obdachlosigkeit durch Heinrich Haußmann **Seite 14**

Frauen in der Selbstverwaltungswirtschaft

In CONTRASTE Nr. 26 veröffentlichten wir einen Aufruf zur Mitarbeit an einem Buch mit obigen Titel. Leider ist und bei der Angabe für den Einsendeschluß der Beiträge ein Fehler unterlaufen. Termin ist der 31. Dezember 1986 und nicht, wie im Beitrag angegeben 1987. Den Aufruf haben wir nochmals auf unserer letzten Seite veröffentlicht.

BADEN – WÜRTTEMBERG

Interessensverband

Diskussion über die Gründung eines SV-Verbandes

Red. Heidelberg Zur Diskussion über die Notwendigkeit einer Baden-Württembergischen Interessenvertretung der selbstverwalteten Betriebe fand am Wochenende des 22./23.11.86 im WIR-Projekt das erste Treffen statt. Die anwesenden Betriebe und Projekte waren sich darüber einig, daß ein Interessenverband notwendig sei, jedoch nur unter der Voraussetzung, daß ein solcher Verband aus den regional gewachsenen Strukturen entwickelt werden kann, ohne diese zu gefährden.

Ein wesentlicher Bezugspunkt wird in der bevorstehenden Gründung der Ökobank gesehen. Trotz vieler Absichtserklärungen und Strategiepapiere der Ökobank denken wir, daß die Interessen der selbstverwalteten Betriebe nicht für, sondern von uns eingebracht werden müssen.

Wenn die Entwicklung um die Ökobank in BaWü so weiterläuft wie bisher, besteht die Gefahr, daß die Betriebe zu einem Instrument der Bank werden und die Chance verspielt ist, mit der Ökobank ein Instrument zum Aufbau und zur Weiterentwicklung eigener wirtschaftlicher und politischer Strukturen zu haben.

Ein weiteres erklärtes Ziel ist es, den Geldkreislauf unter den Projekten zu intensivieren. Dazu gehört die Wahrnehmung anderer selbstverwalteter Betriebe, ein verstärktes aufeinander zugehen und der Aufbau gemeinsamer wirtschaftlicher Verbindungen.

Trotz einiger fehlgeschlagener Ansätze ist in der Diskussion klar geworden, daß der Traum vom gemeinsamen Marketing, eigener Kranken- und Altersversorgung, einer starken Lobby gegenüber etablierten Parteien, Regierungen etc. noch lebendig ist.

Wo sind Betriebe und Initiativen, die schon Vorarbeit geleistet haben und was sind die Vorbehalte, die trotz dieser Träume wohl zurecht noch immer vorhanden sind?

Kommt zum nächsten Treffen am 31.1./1.2.87 in die Zwickmühle nach Rappach.

Anmeldung bei: **Ökotherm Heizungsbau GmbH, Eschenauer Str. 19, 7117 Bretzfeld-Waldbach, Tel.: 07946/15 75**

»Wirtschaftliche Selbsthilfegruppen in der Dritten und Ersten Welt«

Red. Ffm **Nicht nur das Produkt ist wichtig, sondern auch dessen Produktionsbedingungen und Handelszusammenhänge!**

Dies bildete den roten Faden bei einem von der Dritte Welt Handels-Organisation GEPA veranstalteten Workshop. Welchen Beitrag kann die Selbstverwaltung für eine qualitativ neue Entwicklungspolitik in der Ersten und Dritten Welt leisten?

Wirtschaftliche Selbsthilfegruppen in der Dritten und Ersten Welt lautete der Untertitel des Workshops **„Alternativwirtschaft im Schatten"**, der – veranstaltet von der „Gesellschaft zur Förderung der Partnerschaft mit der Dritten Welt" (GEPA) – vom 19. bis 21. September in Wuppertal stattfand. Neben verschiedenen Aktivisten der Aktion Dritte Welt Handel nahmen auch drei Mitarbeiter der Blätterwald Genossenschaft und Franz Vanderhoff von der mexikanischen Bio-Kaffeegenossenschaft UCIRI als Projekt- und Diskussionspartner an den lebhaften Diskussionen teil.

Durch den genossenschaftlichen Zusammenschluß ist es den 3.800 UCIRI-Bauern nicht nur gelungen, gegenüber den „Kojoten" – so werden die Kaffeeaufkäufer genannt – geschlossen aufzutreten und ihre Interessen durchzusetzen. Ihre konsequente Politik hin zu einer Selbstorganisation der Basisbedürfnisse (med. Versorgung, Schule, Kreditfond, Handelsorganisation etc.) hat der gesamten Region eine soziale Infrastruktur beschert und sie ein stückweit von den alten Abhängigkeiten befreit.

Franz Vanderhoff betonte, daß UCIRI keinen Kleingruppen oder Einzelegoismus gestattet: „UCIRI ist keine Insel von Vorteilsnahme für Einzelne, wir wollen bessere Überlebenschancen für ALLE schaffen". Entsprechend ist das Projekt offen, immer mehr Familien schließen sich UCIRI an und verpflichten sich dem genossenschaftlichen Solidaritätsprinzip, daß einer für den anderen einsteht. Entsprechend auch sein Verständnis von „Solidarisch Handeln", das auch die Zusammenarbeit mit der GEPA und anderen Dritte Welt Handels-Organisationen charakterisiert/charakterisieren soll. „Solidarisch Handeln" ist das Zusammengehen von politisch und ideel gleichgesinnten Partnern, welches sich wesentlich auch über gemeinsame ökonomische Aktivitäten ausdrückt."

Für uns war der Vortrag und die anschließenden Gespräche weit mehr als ein interessantes Plauderstündchen. Konnten wir doch feststellen, daß es (mindestens) ein regionales Entwicklungsprojekt in einem Land der sog. Dritten Welt gibt, das nach Prinzipien arbeitet, die den unserigen sehr nahe kommen. Schon von Beginn an war es Mittel und Zweck unserer Firmen- und Vertriebspolitik, solidarische Zusammenarbeit mit Kunden, Lieferanten, Einzelpersonen und Projekten zu praktizieren – auch wenn dies allzu häufig mit Schwierigkeiten und Unwägbarkeiten verbunden war. So beziehen wir nach wie vor den Großteil unseres Lieferprogramms von Selbstverwalteten und kleinen Firmen, für die wir ein wichtiger Handels- und Absatzpartner geworden sind und versuchen, uns gegenseitig zu stützen.

In diesem Zusammenhang ging es bei der Tagung auch um „Schubladen". Es wurde der Versuch unternommen, Definitionskriterien für Selbstverwaltete Betriebe zu finden, die – auch im Sinne des Dritte Welt Handels – politisch relevant sind. Man kam zu dem Ergebnis, daß die abgeschlossene Gemeinschaft einer GmbH o.ä. von Jungunternehmern dem sicherlich nicht Genüge tut, auch wenn das Unternehmen nach innen gleichberechtigt organisiert ist. Beschränken sich „Alternativbetriebe" allein auf ein demokratisches Binnenverhältnis und gestalten ihr Handeln nach außen weiterhin konkurrent, desinteressiert oder unsolidarisch, unterscheiden sie sich in ihrer Wirkung nach außen – also politisch – nicht von herkömmlichen Wirtschaftsbetrieben.

„Solidarisch Handeln!" und „**Nicht nur das Produkt** ist wichtig, sondern auch dessen Produktionsbedingungen und Handelszusammenhänge!" als Motto für eine neue Entwicklungspolitik in der Ersten und Dritten Welt.

Franz Vanderhoffs Satz **„Symbolische Hilfe ist keine Hilfe, sondern eine Schweinerei!"** gewinnt an dieser Stelle an Bedeutung. Die Genossenschaft UCIRI hat mit Behutsamkeit und politischem Geschick einen Weg eingeschlagen, der sie zu einem Modell für Entwicklungspolitik hat werden lassen. Durch die Schaffung autonomer Strukturen konnte die Gefahr der Verletzbarkeit durch äussere Einflüsse reduziert werden. Symbolische Hilfe durch bloße Lippenbekenntnisse hilft da nicht weiter. Was im Moment zählt, ist die Stabilisierung und der Ausbau des Projekts über den Absatz von Cafe Organico zu fairen Preisen, die die GEPA bereit ist, zu zahlen.

Jochen Reinalda
blätterwald Genossenschaft

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Schreinerkollektive - Treffen

Ein Bericht über das Collectiv-Treffen der selbstverwalteten Schreinereien Anfang Oktober in Oberursel

Red. Heidelberg Angefangen hat das Treffen bei den Elefanten mal wieder mit dem üblichen Desaster: 60 Anmeldungen und 35 Menschen erschienen. Für die Gastgeber/innen und die Teilnehmer/innen immer doppel ärgerlich, weil's die Kosten unnötig in die Höhe treibt.

Warum meldet Ihr Euch nicht wenigstens ab, wenn Ihr schon nicht kommt?

Anwesend waren Collectivist/inn/en aus Krefeld, Wuppertal, Bochum, Aachen, Frankfurt, Freiburg, Stetten/r, München und viele ‚Freischwebende'.

„Selbstverwaltung und Gesellschaft" war ein Thema, das nach Vorbereitung in einem Zwischentreffen auf den Ergebnissen der letzten AG in München aufbauen sollte. Dazu waren einige allgemeine Thesen formuliert, die dieses Mal präzisiert werden sollten.

Das anfängliche Desinteresse beim Frühstücksplenum schlug nach einer kurzen Diskussion darüber total um, so daß letztendlich über 20 Leute in der Gruppe waren.

Dies und die Zusammensetzung trugen dazu bei, daß die Ergebnisse sehr oberflächlich und allgemein blieben. Es entwickelte sich ein mehr persönlicher Austausch in Form von Fragen und kurzen Antwortstatements. Diskutiert oder in Frage gestellt wurde nicht viel, die bestehenden Thesen verwässert und zerredet. *(???, der Setzer)* Abgesehen von der Gruppengröße war wohl der Hauptpunkt die Zusammensetzung der Gruppe. Durch die zu allgemein formulierte Einladung in CONTRASTE „Schreiner/innen?-Treffen" war alles angesprochen, was sich irgendwie dem Holz und vagen sonstigen Ideen verbunden fühlte, und nicht die in erster Linie gemeinten Collective.

Klar, ein Austausch unter verschiedenen Leuten ist natürlich wichtig, aber nicht in dieser Form! Ich denke, die Leute aus bestehenden Collectiven müssen sich, um während eines Wochenendes zu Ergebnissen zu kommen, abgrenzen gegenüber Leuten, die aus Interesse halt mal vorbeischauen. Es spricht ja nicht dagegen, daß sich aus solchen Situationen dann eigenständige AGs bilden, deren Ergebnisse erstmal im Plenum diskutiert werden. Die Ebenen zwischen den einzelnen Collectiven sind schon so unterschiedlich, daß innerhalb einer Gruppe fast nicht mehr zu leisten ist, zumal so ein Wochenende auch ganz schön schnell vorbei ist.

Soweit Interesse besteht, soll die Thematik dieser AG das nächste Mal wieder aufgegriffen werden. Ein Hauptaspekt soll die Frage sein, inwieweit die Ökonomie collective Inhalte beeinflußt und wie wir damit umgehen können, ohne plötzlich ein ganz ‚normaler' Betrieb mit freundlichem/r Chef/in zu sein.

Erfolgreicher war die AG „Design". Sie war vorbereitet anhand eines reel ausgeführten Praxisausbaus, der 14 Tage vor dem Treffen den Teilnehmer/innen/n vorlag. Die vorbereiteten Entwürfe wurden in der Gruppe vorgestellt, verändert, und am Schluß mit der reellen Ausführung verglichen.

Weitere Perspektiven der Gruppe sollen allgemeine Werbung unter gestalterischen Gesichtspunkten sein und der Umgang mit neuen Trends, die zum Beispiel ökologischen Ansprüchen vollkommen entgegenlaufen. Ein Teilaspekt hiervon ist auch das Suchen nach Verbindungen anderer Materialien mit Holz, wofür jede/r das nächste Mal Beispiele in Form von Bildern oder Muster mitbringen soll. Sobald Referenten gefunden worden sind, soll es ein Seminar über eine Woche geben, um einmal länger am Ball zu bleiben.

Abschließend sind alle nochmal aufgefordert, zur Erstellung eines überregionalen Katalogs Kurzkalkulation Bilder, Negative etc. zum Thema Tisch, Schrank, Regalwand, Bauchschreinerei, Praxis, Büro an Thomas in der Holzcoop, Brabantstr. 73, in 5100 Aachen zu schicken. Redaktionsschluß ist spätestens Mitte Dezember.

Samstag Abend gab es Filme. Die Idee dazu war so entstanden, daß wir uns endlich über exotische Hölzer, deren Abbaubedingungen und den daraus resultierenden Folgen genauer informieren wollten. Die Filme waren ein erster Ansatz in diese Richtung.

Der erste handelte von einem Aufbauprojekt in Nicaragua, dem Sägewerk San Miguelito. „Mahagonie und Eiche" heißt er und wird vom Con Filmverleih in Bremen verliehen. Er schildert sehr gut die Bedingungen des mittlerweile eingeschränkten Holzeinschlags in Nicaragua und informiert über das Projekt selber, das mit Unterstützung der GHK und hiesigen Collectiven aufgebaut worden ist.

Der andere Film handelte vom Holzabbau der Firma Danzer, Furnierwerke, und war, trotz Überalterung, sehr aufschlußreich. Wenn es klappt, gibt's im Frühjahr den neuen Danzer Film, dessen modernere Fassung im Vergleich mit der jetzt gesehenen sicherlich von den Änderungen allein schon einiges aussagt.

Das nächste Treffen findet voraussichtlich am Wochenende nach dem ersten Mai statt, bei Biiraboom's in Stetten. Die Ankündigung kommt wie üblich rechtzeitig in CONTRASTE.

Ideologisch müßtet Ihr da ja gut eingestimmt sein!

Andreas Küstermann

IMPRESSUM

CONTRASTE erscheint monatlich

Redaktionsschluß:
jeweils zum 15. des Monats

Herausgeber: Peter Haß
Lochmühlstr. 43
6000 Frankfurt/Main 56

Eigenverlag
Die Anzeigenpreisliste (Nr. 2/86) ist über die Heidelberger Redaktion zu erhalten.

Redaktionen.

Berlin
STATTwerke e.V.
Michael Makowski
Paul-Lincke-Ufer 44a
1000 Berlin 36
Tel. (030) 611 59 04

Frankfurt
Blättterwald e.G.
Jochen Reinalda
Niederurseler Str. 7
6370 Oberursel 5
Tel. (06171) 7 80 12

Heidelberg
Zünd-Satz GbR
Gaisbergstr. 97 (HH)
Postfach 10 45 20
6900 Heidelberg 1
Tel. (06221) 1 34 02

Bayern
AG SPAK, Kistlerstr. 1
8000 München 90
Tel. (089) 691 78 21
Kurt Regenauer
c/o Netzwerk Franken
Hochstr. 23, Rgb.
8500 Nürnberg 80
Tel. (0911) 28 96 58

Kulturredaktionen:
Eckard Holler
c/o Club Voltaire e.V.
Haaggasse 26b
7400 Tübingen 1
Tel. (07071) 5 15 24

Riedmühle
Robert F. Mayer
Guntershäuserstr. 6
3501 Fuldabrücck 3
Tel. (05665) 45 89

V.i.S.d.P.:
Michael Wöhrle (Hamburg) Jochen Reinalda, Jutta Gelbrich (Frankfurt), Dieter Poschen (Heidelberg), Gunar Seitz (Kassel), Bernd Kotz (Pforzheim), Heinrich Haußmann (Nürnberg), Torsten Martin (Ökobank-Verein).

Herstellung
Zünd-Satz GbR
Gaisbergstr. 97 (HH)
Postfach 10 45 20
6900 Heidelberg 1
Tel. (06221) 1 34 02

Druck
Caro-Druck
Mainzer Landstr. 147
6000 Frankfurt/Main 1

Vertrieb
CONTRASTE-Vertrieb
Krebsmühle
6370 Oberursel
Tel. (06171) 7 50 30

Konto
Postgiroamt Frankfurt/M.
Nr. 3836 87 – 607
(BLZ 500 100 60)
Jutta Gelbrich, Oberursel

Als halbjährliche Beilage erscheinen die BUNTEN SEITEN – der Branchenführer durch die Selbstverwaltungsszenerie (im Abo inbegriffen). Einzelbestellung gegen 5.– DM in Briefmarken über CONTRASTE-Vertrieb 6370 Oberursel 5

Gesundheitstag '87

Gründung einer alternativen Krankenkasse

Diskussion

Red. Nordhessen Der Gesundheitstag '87, der vom 28. bis 31. Mai 1987 in Kassel stattfindet, wird sich ausführlich mit den Fragen von Selbstverwaltung und alternativer Ökonomie befassen. Ein wesentlicher Bereich stellt dabei die Diskussion um eine selbstverwaltete Sozialversicherung dar.

Die Bedeutung der Sozialversicherungen sollte man nicht unterschätzen. Ist doch ihr Gesamtetat mit 350 Mrd DM um 100 Mrd DM größer als der unseres Bundeshaushaltes. Dieses Geld wird, wie nicht anders zu erwarten, zu einer Aufrechterhaltung des derzeitigen Wirtschafts- und Staatssystems verwandt.

Trotz einer angeblichen Selbstverwaltung der Versicherten, ist der politische Handlungspielraum der Selbstverwaltungsgremien sehr begrenzt. Das Sozialparlament, das alle 6 Jahre von den Versicherten gewählt wird, hat eher Alibifunktion, denn wirkliche parlamentarische Beschlußfunktion.

Trotz dieser „Selbstverwaltung" der Versicherten werden in den gesetzlichen Krankenkassen alternative Heilmethoden, wie die der Homöopathie oder der Musik- und Kunsttherapie, wenn überhaupt so nur in bescheidenem Ausmaß in der Liste der bezuschußbaren Gesundheitsmaßnahmen geführt.

Auf dem Kasseler Gesundheitstag sollen diese Mängel offen benannt und Strategien für eine Mängelbeseitigung entworfen werden. Deshalb wird auf diesem Kongreß die mögliche Einflußnahme über Sozialwahlen, insbesondere über eine **Aufstellung von alternativen Listen**, diskutiert. Jedoch versteht sich von selbst, daß über eine im 6-jährigem Turnus stattfindende Sozialwahl wenig in Bewegung gebracht werden wird. Der Suche nach anderen Perspektiven kommt daher große Bedeutung zu.

Eine Möglichkeit wäre die Gründung einer bundesweiten alternativen Krankenkasse. Ihre Aufgabe wäre insbesondere solche Heilverfahren zu unterstützen, die nicht in das staatlich-medizinische Raster passen. Über die Etablierung einer bundesweiten **alternativen Krankenkasse** würden auch die traditionellen Krankenkassen gezwungen, alternativen Behandlungsmethoden mehr Gewicht einzuräumen. Eine alternative Krankenkasse hätte, so ist zu vermuten, durchaus Katalysatorfunktion.

Auf dem Gesundheitstag '87 in Kassel soll im nächsten Mai über die Gründung einer solchen Institution, die zweifelsohne ein wichtiger Schritt auf dem Weg in eine alternative Ökonomie sein könnte, laut nachgedacht werden.

Bereits im Vorfeld soll diese Thematik von Versicherungsläden, selbstverwalteten Betrieben und Selbsthilfeinitiativen diskutiert werden. Vorschläge für eine alternative Krankenkasse gibt es ja schon seit geraumer Zeit. Sie zusammenzutragen und nach einer praktikablen Konzeption für eine neue Krankenkasse zu suchen, ist Aufgabe eines ersten Treffens im Kasseler Gesundheitsladen Mitte Dezember. Der genaue Termin ist im Gesundheitsladen Kassel, Friedrich-Ebert-Str. 177, Tel. 0561/3 40 00 nachzufragen. Kontaktperson ist Gunar Seitz.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Abriß in der Kölner Marienstraße

Red. Heidelberg Ein seit nun mehr acht Jahren bewohntes Gelände soll jetzt laut Bebauungsplan der Stadt Köln abgerissen werden.

Die ehemalige Waffenfabrik „Mauser" und das gegenüberstehende Gelände, die ehemalige Kantine, sind vor zwei Jahren in den Besitz der Stadt übergegangen, für zwei Millionen DM. Soviel konnten die Bewohner dafür nicht ausgeben! Vorher gehörte das Gelände der Kaiser City Bauträger KG. Von den Geschäftsinteressen dieser Firma zeugen noch heute die mittlerweile leerstehenden Bauruinen in ganz Deutschland.

Die derzeitigen Bewohner haben die Bauruine friedlich wieder in Betrieb genommen, und in den letzten Jahren dort eine eigene Arbeits- und Wohnkultur entwickelt, Auto- und Fahrradwerkstätten, Schreinerei... Teilweise rissen sie das Kopfsteinpflaster heraus, Bäume und Sträucher wurden angepflanzt, Tiere und Kinder dürfen dort frei herumlaufen. Der Verein „Wir Selbst e.V." hat hier seinen Hauptsitz und etliche andere Gruppen nutzen die Räumlichkeiten.

Seit einem Jahr gibt es Verhandlungen über ein Ersatzgelände.

Das neueste Angebot ist ein Gelände in Zollstock, es befindet sich noch nicht im Besitz der Stadt. Am 30.9. fand eine gemeinsame Besichtigung statt. Das Gelände hat einen Nachteil, es ist kleiner als die Kantine des jetzigen Komplexes, und wird kaum Platz genug für alle Menschen und Aktivitäten bieten. Laut Bauzeichnung hat ein Architekt ausgerechnet, daß im Gebäude Platz für 22 Personen wäre, nimmt man die offiziellen Richtlinien der Stadt Köln als Grundlage. Diese gehen von 15 qm Wohnraum für jeden Bürger aus. Für die restlichen Personen wurden den „Umsiedlern" Baucontainer angeboten. Doch wohin mit den Kindern, Hunden, Katzen und den Werkstätten?

Die Bewohner der Marienstraße hoffen noch immer auf eine friedliche Lösung des Problems.

Bundestreffen

Lebensmittelcoops

Red. Heidelberg Vom 21. bis 23.11.1986 fand in Düsseldorf der erste bundesweite Kongreß von unabhängigen Verbrauchergemeinschaften statt, die sich zum Ziel gesetzt haben, Kontakte zu Bauern des biologischen Landbaus zu pflegen und die Produkte der Naturkost in Eigenarbeit unter ihre Mitglieder zu verteilen. Durch Infragestellen des eigenen Konsumverhaltens und Selbstorganisation soll ökologisches Alltagshandeln sich angeeignet und sinnvoll verwirklicht werden.

Vertreten waren in den Räumen der evangelischen Studentengemeinde 30 von schätzungsweise 500 dieser Lebensmittelkooperativen, die zusammen etwa 15.000 Mitglieder zählen. Sie sehen sich in der Tradition der historischen Konsumgenossenschaften, heute aber wesentlich unter ökologischen Aspekten.

Themen waren der Austausch von Erfahrungen zur inneren Arbeitsweise sowie aufkommende Existenzprobleme gegenüber gewerblichen Naturkostgroß- und Einzelhändlern. Es wurde beschlossen, die Kooperation untereinander auf regionaler und bundesweiter Ebene zu verstärken, eine zentrale Kontaktstelle und einen bundesweiten Rundbrief der Lebensmittelkooperativen zu finanzieren und einzurichten.

Ein zweiter Kongreß wird für Herbst 1987 vorbereitet. Für Anfragen steht die Kontaktstelle zur Verfügung: c/o Karin König Tomczak, Blankenauerstr. 1, 6424 Grebenhain 9, Tel. 06644/5 24.

Stellungnahme zur Forderung nach einem Sterilisationsgesetz:

Heimliches Unrecht nicht zum öffentlichen Recht machen!

Red. Heidelberg Mit Schrekken und Empörung verfolgen wir, daß die Reaktionen auf das Bekanntwerden von immer weiteren Details zur Zwangssterilisation minderjähriger oder entmündigter (geistig-)behinderter Menschen lediglich in Aufforderungen an die Gesetzgeber münden: Unrechtmäßiges Handeln soll legal werden. Verdrängt bleibt dabei die intensive Suche nach Lösungsmöglichkeiten für existierende Probleme.

Wir wissen um die Situation der Eltern, die mit ihren Nöten und Ängsten allein gelassen werden. Dies kann aber nicht als Rechtfertigung dienen, bei ihren Kindern einen körperverletzenden Eingriff vornehmen zu lassen. Dagegen ist vielmehr das grundsätzliche Recht aller auf Kinder in die Überlegungen aufzunehmen bzw. zu akzeptieren.

Um dies zur realistischen Perspektive werden zu lassen, müssen Möglichkeiten – etwa kleine Wohngruppen – geschaffen werden, in denen die (geistig-)behinderten Mütter mit ihrem Nachwuchs und ausreichender Betreuung leben können. Modelle im Ausland weisen diesen Weg. Solchen Ansätzen mit massenhafter Sterilisation zuvorzukommen, bedeutet, den einfacheren Schritt zu wählen.

Es ist kein Zufall, daß die Forderung nach der Legalisierung der Sterilisation ohne Zustimmung der Betroffenen gerade heute laut wird: Die Bestrebungen sind nicht zu trennen von dem historischen Wissen, daß im Zeichen einer wirtschaftlichen Krise das Verlangen nach der Verringerung kostenverursachender Faktoren – etwa von behinderten Menschen – in den Vordergrund tritt. Eine einschneidende Sozialpolitik und zunehmende Versuche, Behinderung humangenetisch in den Griff zu bekommen sowie von der Gesellschaft unerwünschten Nachwuchs durch Sterilisation zu verhindern, bilden da einen Zusammenhang.

Welche Folgen das Streben nach Einschränkung der Soziallasten – verbunden mit wissenschaftlicher (Erb-)Forschung und eugenischen Prophezeiungen – hat, wissen behinderte Menschen nur zu gut: Die Zwangssterilisationen der NS-Zeit, argumentativ und praktisch beginnend bei den Geistigbehinderten, erfaßten alle „Auffälligen" und führten zur weiteren Aussonderung; für ungezählte Menschen war der unfruchtbarmachende Eingriff der erste Schritt zur physischen Vernichtung.

Fließende Grenzen deuten sich gegenwärtig bei dem im Zusammenhang mit der Sterilisationsdebatte eingeführten Begriff „fehlende Einsichtsfähigkeit" erneut an. Hingewiesen sei hier auch auf eine bemerkenswerte Zweigleisigkeit in der Argumentation: Kinderlosen nichtbehinderten Frauen gesteht man den Entschluß zur freiwilligen Sterilisation nur unter Auflagen zu – Geistigbehinderte sollen die Einsichtsfähigkeit über die Folgen des Eingriffs mit 11, 15 oder 18 Jahren besitzen?

Mit dem Verweis auf die wünschenswerte freie Sexualität die Sterilisation (Geistig-) Behinderter einklagen zu wollen und dabei die massive (innerfamiliäre) sexuelle Gewalt gegen behinderte Frauen zu verschweigen, erscheint uns als ein Gipfel der Verlogenheit verantwortlicher Behindertenfunktionäre: Um die heile Welt der Familie zu retten, werden die Rechte der (Geistig-)Behinderten verkauft. Die ausgeführten Eingriffe ohne Zustimmung dabei als Zwangssterilisation zu bezeichnen, trifft die Realität der Maßnahme.

Die jetzt an die Öffentlichkeit gedrungenen Vorfälle an Berliner Kliniken, deren Ärzte Zwangssterilisationen durchführten, sind nur der Gipfel des Eisberges. Seit Jahren werden Sterilisationen ohne Einwilligung der Betroffenen stillschweigend von der Justiz geduldet. Auf keinen Fall darf diese Praxis jedoch durch ein Gesetz legalisiert werden. Dies würde auf jeden Fall fatale Folgen für tausende von (Geistig-) Behinderten haben. Die Gesetzesübertretungen müssen geahndet werden.

Bundesweiter Zusammenschluß der Krüppel- und Behinderteninitiativen
Kontaktadresse:
Anneliese Mayer
c/o AG SPAK
Kistlerstr. 1
8000 München 90

BTA-Biogasanlage in Garching beginnt mit Versuchsbetrieb

Aus Müll Energie gewinnen

Red. Heidelberg **Die Demonstrationsanlage zur Biogasgewinnung aus „Naßmüll" in Garching hat mit ihrem Versuchsbetrieb begonnen. Das Anlagengebäude steht, das Analysenlabor ist eingerichtet, und die Anlagenteile für die Vorbehandlung des Müll sind montiert. Die BTA-Biotechnische Abfallverwertung GmbH & Co. KG erwartet vom Probelauf dieser Vorbehandlungsstufe Aufschluß über die „Qualität des Garchinger Naßmülls". Die Testergebnisse sind ausschlaggebend für Auf- und Ausbau der weiteren Anlagenstufen, sprich für den eigentlichen Prozeß der Vergärung des Biomülls**

Selbst wenn der Bürger seinen Müll sehr gewissenhaft trennt und Metal, Glas, Papier und Kunststoffe in die Wertstofftonne sortiert, muß der Müll aufbereitet – das heißt vorbehandelt – werden. Der Abfall wird zerkleinert und mit Klärschlamm oder Wasser verdünnt. Es entsteht ein zäher Brei, eine Suspension, die für die Mikroorganismen ideale Arbeitsbedingungen schafft. Sie sind für den in der nächsten Stufe folgenden biochemischen Aufschluß zuständig. In dieser Methanisierungsphase wird der Naßmüll unter Luftabschluß vergoren, und es entsteht Biogas und Kompost.

Die Techniker der REA-Recycling, Energie und Abfall GmbH, die für das know-how der Anaerobanlage verantwortlich zeichnen, testen nun in der Vorbehandlungsstufe die Vergärbarkeit des Garchinger Mülls, im Fachjargon heißt es, sie prüfen das Abtrennverhalten der Fremdstoffe im Naßmüll. Zwar können große Metallstücke und andere schwere Stoffe bis zu einem gewissen Grade herausgefiltert werden und leichte Plastiktüten, die oben auf dem Müllbrei schwimmen abgeschöpft werden, trotzdem wäre natürlich ein von Fremdstoffen freier Naßmüll biologisch besser verwertbar. Die Leistungsfähigkeit der Biogasanlage hängt deshalb entscheidend von der Vorbehandlung ab. 20% Fremdstoffe können wir verkraften, sagte dazu der BTA-Biologe, Martin Schmid.

Ziel des REA-Verfahrens ist eine optimale Entsorgungsrate bei hohem Energiegewinn. Die angestrebte Prozeßdauer liegt bei ca. 2 Tagen, während die herkömmlichen Faulverfahren 10 bis 20 Tage zur Umsetzung benötigen. Gleichzeitig werden 70 bis 80 Gewichtsprozente organischer Substanz vergoren, gegenüber bisher 20 bis 50%. Übrig bleibt Biogas mit einem 60 prozentigen Methangasanteil als hochwertiger Energieträger und noch 30 bis 40% Rohstoffe, die bei geringer Schwermetallbelastung als Kompost verwendet werden könnten. Im Vergleich zur Müllverbrennung sind solche Anaerobananlagen kostengünstig und würden die Gemeindekassen entlasten.

Die Müllökologen der BTA und REA bieten den Kommunen eine umweltverträgliche Alternative zu den überquellenden Müllkippen an, die mit ihren Sickerwässern den Boden verseuchen, und Verbrennungsanlagen, die teuer und ökologisch unverantwortlich sind. 1987 sollen Gemeinden, Landkreise, Entsorgungskörperschaften die Gelegenheit erhalten, ihren Müllentsorgungskonzepten eine neue Richtung zu geben: weg von der bloßen Beseitigung, hin zur Verwertung der Biomasse Müll. Denn 1987 geht die 3,8 Millionen DM teure Demonstrations- und Versuchsanlage in Garching in Betrieb.

Ingrid Scherf

Vertragsmuster für die gesellschaftliche Gestaltung der Selbstverwalteten Betriebe

Red. Heidelberg Unter Mitarbeit des Verbandes der selbstverwalteten Betriebe in Hessen e.V. wurde jetzt ein „Gutachten zur Ausarbeitung von Vertragsmustern für die gesellschaftliche Gestaltung selbstverwalteter Betriebe" fertiggestellt, das im Dezember '86 oder im Januar '87 veröffentlicht werden soll; es geht um knapp kommentierte Entwürfe von Gesellschaftsverträgen mit Hinweisen auf die steuerrechtlichen Konsequenzen.

Gliederung:
- Einleitung, Inhaltliche Darstellung der Selbstverwaltung
- Grenzen der Gestaltungsfreiheit
- Vertragsmuster (GdbR, GmbH, e.G., e.V.).

Umfang ca. 60 Seiten. Der Preis hängt von der Auflage ab und wird sich voraussichtlich bei ca. 10 DM bewegen (Selbstkostenpreis). Um die Auflage kalkulieren zu können, erbitte ich feste Vorbestellungen per Postkarten an den Verband der selbstverwalteten Betriebe, Mainzer Landstr. 147
6000 Frankfurt/Main 1

Burkhard Bluem

Frauen, Geld und feministische Wirtschaft

Red. Ffm. *Der älteste feministische Text über Frauen und Geld, den ich kenne, stammt von Coletta Reid und erschien 1974 in den USA (deutsch: C. Reid, Frauen und Geld, in: Sterntaler, Berlin, 1976). Sie fordert als ersten Schritt bei allen Projekten von Frauen, diese als Unternehmen zu betrachten, die finanziell unabhängig sind, sich selbst tragen und den Lebensunterhalt der dort arbeitenden Frauen sichern. Sie fordert weiterhin, daß diese Betriebe sich als Teil einer ernsthaften Strategie begreifen, um wirtschaftliche Macht für Frauen zu bekommen. Sie sollen finanzielle und politische Berichte über ihre Arbeit erstellen, denn ohne diese haben Frauen keine Grundlage für die Entscheidung, wessen Produkt oder Dienstleistung sie wählen sollen. Feministische Unternehmerinnen müssen anfangen, sich mit anderen arbeitenden Frauen zu verbünden und dem Versuch der Medien, sie als „befreite Frauen" darzustellen, ebenso entgegenzutreten wie ihrem eigenen Drang, sich als wirtschaftliche Elite zu betrachten, die bereit ist, ihre Zeit und ihr Geld für die Bewegung zu riskieren.*

Von diesen Forderungen ist eigentlich keine realisiert, weder hier noch in den USA, dort ist allenfalls der Unternehmenscharakter der Betriebe ausgeprägter als bei uns, wo bezeichnenderweise immer noch von Projekten gesprochen wird.

Warum ist das so? Warum sind in den letzten 10 Jahren so wenig Texte zu feministischer Wirtschaftspolitik erschienen? Einige Utopien noch über ein autarkes Frauenland – und auch das ist schon eine Weile her, und viele der damals existierenden Betriebe sind pleite, ohne Nachfolgerinnen gefunden zu haben.

Ich behaupte, es liegt zum einen daran, daß wir tatsächlich keine ernsthafte Strategie zur Erlangung wirtschaftlicher Macht haben und hatten. Zum anderen liegt es daran, daß fast alle Betriebe, die existieren, entweder Arbeitsplatzbeschaffungsmaßnahmen und Überlebensnischen für die Frauen sind, die dort arbeiten oder aber sozial/ethisch/politisch begründete Projekte – eben keine Betriebe – deren Hauptziel in der Verfolgung dieses sozialen/politischen usw. Motivs liegt und nicht in der Erlangung wirtschaftlicher Macht.

Coletta Reid sagt interessanterweise, daß die feministischen Unternehmen finanzielle und politische Berichte erstellen sollen, damit auf dieser Grundlage Frauen sich für eine Unterstützung entscheiden können. Ihr genügt es offenbar nicht, daß da **Frauen** einen Laden aufmachen; sie findet es nicht selbstverständlich, daß **alle** Frauen z.B. im Frauencafe sitzen. Und hat sie nicht recht? Warum sollten sie denn? Warum sollten sie denn eine Frau unterstützen, die z.B. ihre Lehrlinge ausbeutet oder sich selbst zu Tode rackert, warum sollten sie? Nur aufgrund der biologischen Tatsache, daß sie eine Frau ist? Dann könnten wir Frauen ja gleich nach England auswandern oder vielleicht lieber nach Norwegen...

Finanzielle und politische Berichte! Ich höre alle feministischen Unternehmerinnen gequält aufstöhnen und ich muß zugeben, ich habe auch keine geschrieben, als ich noch eine war. Aber es lohnt sich, darüber nachzudenken. Die Entscheidung, bei einem feministischen Unternehmen zu kaufen, es durch Kredite und Spenden (auch in Form von unbezahlter Arbeit; das kann frau betriebswirtschaftlich getrost als Spende betrachten!) ist eine finanzielle und eine politische Entscheidung. Ich möchte hier nicht von einem platten Bild des „homo oeconomicus" (die männliche Form ist beabsichtigt) ausgehen, der nichts als seinen materiellen Nutzen maximiert. Ich möchte aber auch nicht, daß „weil wir ja alle Frauen sind", erwartet wird, daß wir uns unökonomisch verhalten:

mit vollen Händen gebend, nur für die anderen sorgend (und hinterher klagend, weil wir die vorher einkalkulierte Liebe – hier in Form von Kundinnen – nicht kriegen).

Ich setze voraus, daß bei der Entscheidung für die Unterstützung eines Frauenbetriebes die Kundinnen sich ökonomisch verhalten, sich auch des Geldes als Wertmaßstabes bedienen, daß sie auch wirtschaftlichen Nutzen daraus ziehen wollen. Andere Gründe können hinzukommen. Es handelt sich aus Sicht der Kundinnen um ein Optimierungsproblem, mit dem sie unterschiedlich umgehen können:

1. Ich kaufe bei einem feministischen Unternehmen, weil es am kostengünstigsten ist, weil ich materielle Vorteile habe. Es kann sein, daß das Unternehmen billiger ist als andere, einen günstigeren Standort hat bei gleichem Preis oder das einzige ist, das die gewünschte Dienstleistung, das gewünschte Produkt anbietet. Beispiele dafür wären eine billiger arbeitende Schreinerei, ein feministischer Copy-Shop neben der Uni und Emma, die ein feministisches Zeitschriftenmonopol hat. Die Entscheidung für solch ein Unternehmen setzt kein feministisches Bewußtsein voraus, ist ausschließlich auf materiellen Nutzenerwägungen aufgebaut.

(Umgekehrt kann natürlich auch eine Feministin in diesen Laden zum Kopieren gehen, aber sie hat dadurch keine zusätzlichen Kosten).

2. Damit sind wir beim wahrscheinlicheren Fall, daß das feministische Unternehmen teurer ist, ungünstiger, d.h. meist weiter weg liegt als andere Unternehmen, die dasselbe Produkt anbieten. Hier muß ein zusätzlicher immaterieller Nutzen erfahrbar sein, wenn ich mich für das feministische Unternehmen entscheiden soll. Er muß die Kosten aufwiegen, die ich durch die weitere Anfahrt, den höheren Preis, die schlechtere Qualität (z.B. wegen veralteter Maschinen) habe, aufwiegt. Der persönlich erfahrbare immaterielle Nutzen, z.B. in einem Cafe zu sitzen, in dem nur Frauen sind, ist aber objektiv nicht mehr erfaßbar. Er ist z.B. für eine Lesbe ein anderer als für eine Heterofrau (ich sage nicht größer!). Er vermengt sich auch mit noch subjektiveren Komponenten, wie: kann ich die Frau hinter der Theke leiden oder nicht. Ich möchte behaupten, daß alle diese Überlegungen nicht politisch sind, sie beziehen sich lediglich auf subjektive Nutzenempfindungen der einzelnen Kundinnen. („Ich bin gern im Frauencafe, ich werde lieber von einer Frau bedient, behandelt, untersucht usw."). Es dürfte schwer zu vermitteln sein, warum andere Frauen das auch wollen sollen. Das ist genau der Punkt, an dem viele Betriebe feststecken: sie sind nicht kostengünstiger und der persönliche immaterielle Nutzen wiegt nur bei manchen Frauen den finanziellen Verlust auf. Hinzu kommt, daß solche vagen Nutzenbeschreibungen auch von bürgerlichen Betrieben gefüllt werden können: die verlegen dann auch auf einmal (?!) Bücher von Frauen, weil die ja „gern" gelesen werden.

3. Solange nicht für mehr Frauen ein allgemeiner, ein politischer Nutzen ersichtlich wird, muß die Unterstützung der Betriebe notwendig beschränkt und unzuverlässig sein. Es muß für die Frauen, die ein feministisches Unternehmen unterstützen, erfahrbar sein, warum sie das tun sollen und es muß ihnen eine Garantie gegeben werden, daß sie an den Ergebnissen, die das Unternehmen anstrebt, teilhaben können. Mit anderen Worten: Frauenbetriebe müssen eine wirtschaftspolitische Perspektive formulieren. Das kann heißen, daß in diesem Frauenbetrieb umweltfreundlich produziert wird oder eine Wirtschaftsweise entwickelt wird, die anders ist als die herkömmliche, daß das Verhältnis zwischen Kundinnen, Angestellten und Besitzerinnen verändert wird. Aber nicht vor dem Hintergrund „wir sind ja alle Frauen", sondern mit der Absicht, **modellhaft** zu sein. Die Frage der Selbstverwaltung ist zum Beispiel nie ein Thema gewesen bei der Gründung von Frauenprojekten. Wirtschaft von unten, alternative Wirtschaft sind Themen, die wir dringend diskutieren müssen. Die Auseinandersetzung mit selbstverwalteten Betrieben hat sich meist auf die Diskussion der dort vernachlässigten Frauenfragen beschränkt. Das reicht nicht. Wir müssen unseren eigenen Standpunkt entwickeln, zum Beispiel zum Umbauprogramm der Grünen. Ist die Produktion in kleinen Einheiten, wie sie dort vorgeschlagen wird, im Sinne einer feministischen Wirtschaftspolitik? Es wäre m.E. fatal, das einfach mit der Begründung zu bejahen, daß Frauen kleine Einheiten „besser liegen", da sie ja als Hausfrauen schon in kleinen Einheiten arbeiten. Das ist nicht nur historisch falsch (Frauen haben zu jeder Zeit auch große Einheiten gemanagt), sondern auch politisch gefährlich, weil es Frauen über die patriarchalische Kleinfamilie definiert. Hier ist noch sehr viel theoretische Arbeit zu leisten. Aber ohne diese Zielbestimmung wird es nicht gelingen, wirtschaftlich und politisch zu überleben.

Agnes Lewe

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Frauen und Wirtschaft **Teil 1**

Für Männer verboten!

Red. Ffm. Dies ist der erste Teil eines Beitrages, mit dem versucht wird, die Diskussion über eine notwendige feministische Wirtschaftsstrategie in Verbindung mit der Diskussion um den Aufbau einer Wirtschaft von unten (Ökobank und Alternative Ökonomie) zu bringen.

Die Notwendigkeit einer solchen Auseinandersetzung liegt meines Erachtens auf der Hand. auch feministische Betriebe sind ein Teil der sogenannten Alternativökonomie, ob sie es wollen oder nicht, und werden als solche behandelt und angesehen. Es gibt nur leider zu wenige Frauenbetriebe, um ihnen ein besonderes Gewicht zu verleihen. Die Frauenbetriebe müssen erst noch aufgebaut werden. Warum sollten sie sich für ihren Aufbau nicht die Erfahrungen der zum Teil schon seit 10 Jahren existierenden selbstverwalteten Betriebe zu Nutze machen?

10 Jahre Praxis, die eine ganze Menge Fragen aufwerfen, deren Analyse auch für Frauenbetriebe von Interesse sein könnte.

Auf den ersten Blick liegt in den Betrieben einiges im Argen. Für Feministinnen ganz offensichtlich – die Frage der Rollenverteilung usw. ist nicht gelöst. Die Frauen sind zwar oft der stabilisierende Kern dieser Betriebe, aber die informellen Chefs (Frauen gehören selten dazu) bestimmen die Politik der Unternehmen. Frauen haben ihre besonderen selbstverständlichen Zuständigkeiten für den alltäglichen Kleinkram und den emotionalen und sozialen Background, aufgrund dessen sich die kleinen und großen Chefs den Kopf für wichtigere Dinge freihalten können.

Eine Entwicklung, die weder so gewollt ist, noch aus Blödheit so läuft. Es liegt auch nicht nur an der Böswilligkeit der männlichen Selbstverwalter, denn wenn frau sich ebenso „stark" einbringt, wird das oft mehr von Männern begrüßt und unterstützt als von den eigenen Geschlechtsgenossinnen (jawohl – Konkurrenz unter Frauen gibt es!). Die scheinbare Ignoranz gegenüber Frauenfragen ist wie gesagt nicht Böswilligkeit oder nur Dummheit, sondern geschieht oft genug aufgrund von Sachzwängen (die natürlich auch gerne mal vorgeschoben werden, um unliebsame Diskussionen zu verhindern). Wenn die Wirtschaftlichkeit allerdings so instabil ist, daß gerade das Geld für das Allernötigste da ist, bleiben Ansprüche, die kein Geld einbringen, sondern den Etat zusätzlich belasten, oftmals auf der Strecke und werden auch von den Betroffenen nicht mehr durchgesetzt.

Diskussionen um die Umgehensweise der Geschlechter miteinander kosten Zeit und Kraft, die scheinbar für den Aufbau des Betriebes dann verloren gehen. Experimente, um diese Probleme zu lösen, sind erst recht teuer. Eine Frau, die sich noch nie für Technik interessiert hat, in eine Produktion zu stecken, in der sie nicht nur die Maschinen bedienen sondern auch warten und reparieren muß, ist für den Betrieb kostenintensiver, da weniger gut und schnell gearbeitet werden kann. Die Kunden bezahlen diesen Qualifikationsprozeß nicht. Ebenso wenig bezahlen sie die teuere Arbeitskraft einer Frau oder eines Mannes, die/der zwei Kinder alleine versorgt, deshalb nur halbtags arbeiten kann und trotzdem mehr Lohn braucht als der Durchschnitt der anderen Betriebsmitglieder.

Die Ansprüche bestehen nach wie vor, manches Plenum hat schon nächtelang darüber diskutiert, festgestellt es geht finanziell nicht, es doch beschlossen und sich den Frust beim nächsten Mal geholt, als wieder mal Finanzkrisensitzung angesagt war.

Es gibt noch andere Beispiele, wie das Rotationsprinzip (jede/r soll alles können), über Bord geworfen wurde, da es mit der Zeit als unproduktiv empfunden wurde und auch für die/den Einzelne/n unbefriedigend waren. Die finanzielle Misere hat aber neue Versuche erheblich behindert, einen adäquaten Ersatz für dies und anderes zu finden.

So, und warum führe ich dies hier so ausführlich aus? Sicherlich nicht als Rechtfertigung, für mich ist die Arbeit und das Leben in einem selbstverwalteten Betrieb – trotz aller Widersprüche – immer noch die einzige Alternative.

Ich denke, den bestehenden und noch zu gründenden Frauenbetrieben wird es nicht anders ergehen. Es ist doch jetzt schon so, daß sich zum Beispiel die Arbeit in einem Frauenbuchladen nur Frauen leisten können, die entweder anderweitig finanziell versorgt sind oder mit einem absoluten Minimallohn auskommen können. (Die selbstverwalteten Betriebe schaffen wenigstens einigermaßen die Existenzsicherung ihrer Betriebsmitglieder.) Um noch bei den Beispielen zu bleiben, auch die (manchmal erzwungene) Rotation in den Frauenbuchläden wirft einige Probleme auf. Jeder kann zwar von allem ein bißchen, aber keiner kann sich die notwendigen Qualifikationen aneignen, die der Laden für seine Stablität brauchen könnte. Informelle Hierarchien sind auch hier angesagt. Die Frau, die am längsten mitgemacht hat, weiß am meisten und beeinflußt am stärksten die Entscheidungen.

Geld regiert die Welt und damit auch unsere Projekt (Betriebs-)wirklichkeit. Deshalb sollte sich frau ganz genau die Erfahrungen der selbstverwalteten Betriebe anschauen, ganz genau die Utopie, die für die Gründung dieser Betriebe verantwortlich ist, prüfen und die Umstände, die die Umsetzung dieser Utopie behindern, genau analysieren. Die Utopien der Frauenbewegung und Selbstverwalter/innen sind soweit nämlich nicht auseinander. Die einen basteln an der Wirtschaft von unten, die anderen träumen vom Frauenland. Sinn beider Utopien ist der Wunsch nach einer repressionsfreien, nicht hierarchischen, emanzipatorischen Gesellschaft. Nur bei der einen hängt ein großes Schild davor: Für Männer verboten!

Jutta Gelbrich

Frauen und Ökonomie ~ es gibt keine »Wirtschaft ohne Frauen«

...auch nicht „von unten"

Bezug: Agnes Lewes und Jutta Gelbrichs Anregung zur Diskussion in CONTRASTE April '86 und September '86.

Frage

Was ist für Frauen „Ökonomie", wenn eben ein riesiger Teil ihrer Arbeit immer als „Nicht-Ökonomie" betrachtet wurde, als „Reproduktion" und Rückenstütze der „echten" Ökonomie?

Es gibt also verschiedene Begriffe von „Wirtschaft". In einer Formulierung, die fordert, Frauen müßten sich „mit Ökonomie beschäftigen", steckt ein Begriff von Ökonomie drin, in dem die Ökonomie, die Frauen schon immer machen, nicht enthalten ist.

Was ist dann „feministische Ökonomie"?

Ohne Frage über den Wolken:

Eine echte „Wirtschaft von unten", in der alles, was unten wirtschaftet, Stimmrecht und Gewicht hätte, bräuchte nicht die Frage nach feministischer Ökonomie.

Unfeministisch auf der Erde Landfrauenkooperative in Sardinien (Oristano)

Die Kooperative besteht seit mehr als 20 Jahren, hat 8000 Mitgliederinnen. Sie entstand aus einer Entwicklungshilfeinitiative der EWG, als landwirtschaftliche „Experten" die Frauen in Hühnerzucht ausbildeten (ein der sardischen Landwirtschaft damals fremdes Element). Ziemlich bald begannen die Frauen den Verkauf ihrer Produkte über Sammelstellen gemeinsam zu organisieren und mit der Zeit immer mehr Frauen und immer mehr bis dahin familieninterne Arbeiten in die kooperative Organisation miteinzubeziehen: Brotbacken, Handarbeiten, Süßigkeitenherstellung, Weinproduktion, Käsemachen, Töpferei. Aus der in Sardinien üblichen, den Frauen aufgebürdeten „heiligen Gastfreundschaft" (beim Hausbau wird immer schon ein Gästezimmer miteingeplant) machte die Kooperative den von ihr organisierten und verwalteten „agriturismo" (ungefähr vergleichbar mit „Ferien auf dem Bauernhof"). Zur Kooperative gehören heute 32 Dörfer. Im zentralen Verwaltungsrat (Koordinierungs- und Kontrollfunktion) sitzen 9 Frauen, in jedem Dorf sind eine Sekretärin (Führung des Konsumladens, Warenanforderungen etc.) und eine Inspektorin (Schlichtung von Streitigkeiten, Preisüberwachung, Kontakt mit anderen Dörfern und Verwaltungsrat) verantwortlich, die jedes Jahr neu gewählt werden (jede soll's lernen).

Die Kooperative hat eigentlich nichts anderes getan, als all das zu selbständiger Einkommensquelle und Basis von öffentlicher Organisation und Kommunikation zu machen, was von jeher „Aufgabe der Frau" war. Das Leben der Männer hat sie nach eigener Aussage nicht einschneidend verändert – aber die haben es jetzt mit selbstbewußteren Frauen mit eigenem Einkommen zu tun.

(Zahlenangaben aus einem Gespräch, das ich 1983 mit Kooperative-Frauen führte).

Wer die Sozialisations- und Lebensbedingungen von Frauen auf dem Lande und Frauen im Süden gut kennt, war beeindruckt von Selbstbewußtsein, Ausstrahlung und Geschäftstüchtigkeit dieser sardischen Frauen. Vor Geld hatten die jedenfalls keine Berührungsängste.

Wer hingegen damals als Teilnehmerin der Pasolini-Sprachschul-Kurse in Sardinien im Rahmen des „agriturismo"-Programms bei den Frauen untergebracht war, sah sich in ihren allerhöchsten Erwartungen (FRAUEN **und KOOPERATIVE** !!!) grauslich abgetörnt. Jedenfalls diejenigen, die aus der deutschen Frauenbewegung kamen oder stark von ihr beeinflußt waren. Kein feministisches Bewußtsein! Keine freiere Mädchenerziehung! Kein Anspruch auf „Aufhebung der geschlechtlichen Arbeitsteilung"! Weit und breit nur „Familienideologie"! Und diese 'Geldgierigkeit' der Frauen, wenn's um Aushandeln von Übernachtungspreisen und Ablehnung von Kinderrabatt ging – huh und nochmals huh!

Aber: Kapitalistinnen waren die auch nicht. Gegen Patriarchen hatten sie was. Zeigen, daß Frauen „sowas alleine können", war ihr expliziter Anspruch, ebenso wie: Zänkereien und Konkurrenz überwinden, demokratisch wirtschaften, ein Modell für unterentwickelte Regionen darstellen.

Das ganze Projekt ist in der „Reproduktionssphäre" angesiedelt. Es vermarktet Subsistenz- und Hausarbeit, es überführt unbezahlte Arbeit in bezahlte Waren- und Dienstleistungsproduktion (Im städtischen Bereich gibt's mit ähnlichem Charakter inzwischen z.B. Putzfrauenkooperativen). Es war in seiner Entstehungsgegend „mehrheitsfähig" (8.000 Frauen in 32 Dörfern), es brachte Frauen mit Öffentlichkeit und Geld zusammen, wertete das Selbstbewußtsein nicht-alternativer, „unfeministischer" Frauen auf. Es durchbrach nicht „die geschlechtliche Arbeitsteilung" in der stofflichen Produktion, aber es drang in in die Männer-Domänen Handel und Verwaltung, Öffentlichkeit und Eigenes Einkommen ein, und es emanzipierte sich von der Vorgabe der „Experten" (Hühnerzucht).

Ob die Oristaner Frauen sich auch „in Wirtschaftspolitik einklinkten", weiß ich nicht. In den italienischen Genossenschaftsverbänden haben Frauen wie überall bisher wenig Stimme. Auf lokaler bzw. regionaler Ebene haben sie sicher ein Stück Wirtschaftspolitik gemacht.

Und für mich haben sie auch etwas gemacht (deshalb erzähl' ich's ja): sie haben mir meinen damals über den Wolken schwebenden Traum von „feministischem" Arbeiten und Leben (der weder mit meinem „Sozialismus" noch mit all dem vermittelt war, was ich ‚privat' immer noch mit mir machen ließ) ein ganzes Stück weit runter näher an die Erde geholt.

Gerade weil ich sie nicht idealisieren konnte, weil ich auch einiges bei ihnen „huh" fand. Weil sie nach hiesigen Begriffen keine „Feministinnen" waren.

Nah am Boden

Ob Land-, ob Stadtfrauen, ob Italien oder Deutschland (und das betrifft auch Diskussionen über „Entwicklungshilfe"-Projekte in der „III. Welt"): „Das Einklinken von Frauen in die Debatte um Selbstverwaltung, Wirtschaft von unten und eine andere Wirtschaftspolitik" (Agnes Lewe), muß Frauen so, wie sie gerade sind, ernstnehmen. Mit oder ohne „Berührungsängste" vor Geld, feministisch oder un-feministisch, mehr an traditionell männlicher oder mehr an traditionell weiblicher Arbeit interessiert, etc. Es muß die (auch höchst wichtige!) Ebene der Diskussion innerhalb einer Frauenprojekte-Scene verlassen können, an „Breitenwirkung" interessiert sein. Es muß die Gratwanderung auf sich nehmen können, politische Ansprüche nicht zugunsten von „Mehrheitsfähigkeit" aufzugeben und doch gleichzeitig sämtliche, in feministischen Augen womöglich noch „zu kleinen" Schritte, mit denen Frauen Öffentlichkeit, Geld und Solidarität erobern können, wichtig nehmen.

Und es muß offensiv die „Berührungsängste" und „Qualifikationsdefizite" nicht nur der Frauen mit Männer-Ökonomie, sondern der Männer mit Frauen-Ökonomie thematisieren. Die verstehen nämlich offensichtlich von der Ökonomie, die wir brauchen, recht wenig – sonst müßtet Ihr nicht im Selbstverwaltungsbereich, wo doch die Männer mit den tollen Ansprüchen rumlaufen, eine solche Diskussion beginnen und Euch „mit dem Patriarchat" auseinandersetzen. Man denke nur an die Entwicklung von Kriterien für öffentliche Förderungswürdigkeit von Projekten.

Zwischen Wolken und Erde Fliegen lernen

Frauen haben nicht nur Berührungsangst vorm Geld. Sondern auch vor „Wirtschaftsdebatten". An diese Angst kann frau nur ran, wenn sie in die Ökonomie die „Nicht-Ökonomie" reinbringt.

„Debatte um Wirtschaft von unten" und gar „andere Wirtschaftspolitik" (also im Klartext: bundesweit Einfluß auf die offiziellen Diskurse der mehr oder weniger reformorientierten Parteien) – können Frauen sich da „einklinken", wenn sie mit einer „Wir und unsere Angst vorm Geld"-Diskussion ihr Verhalten zum Geld, zum Umgang mit Banken und Behörden klären, sich betriebswirtschaftliche Kenntnisse aneignen und basta?

Männer müssen sich nicht mit der Ökonomie, die sie über die Köpfe von Frauen hinweg und auf ihrem Rücken betreiben, „beschäftigen", weil sie sie machen. In ihrem Begriff von Wirtschaft ist Frauenwirtschaft nicht drin. „Weiberwirtschaft" steht für Irrationalität, Schlamperei, Chaos, Dämlichkeit angesichts von „Sachzwängen", katastrophale Überschwemmung der Schutzdämme ökonomischer Rentabilität. Aber eben auch kapitalistischer Realität. Ein sein krankes Kind pflegender Vater, der deshalb blaumacht (soll's ja auch geben), betreibt gefährliche Weiberwirtschaft gegen das Unternehmen. Und gegen den genossenschaftlichen Betrieb?

Ein Begriff von Ökonomie, in dem Frauen vorkommen, muß umfassen, **was Frauenwirtschaft real ist.** Das müssen wir immer wieder wiederholen, es ist solange nicht doof, wie es nicht gesamtgesellschaftliche Binsenweisheit geworden ist: „Frauenwirtschaft" ist immer zusammengesetzt auch zwei Bereichen – einem mit (meist zu wenig) Geld (normale Berufsarbeit, Arbeit in alternativen Betrieben) und einem ganz ohne eigenes Geld, auf dessen Rücken der ganze Laden weltweit läuft und auf dessen Rücken auch der selbstverwaltete Betrieb läuft.

Foto: Anne Lax

Der eine schafft Zusammenhänge, Einfluß(möglichkeiten), Öffentlichkeit, Qualifikationsmöglichkeiten, der andere vereinzelt die Frauen und „stört" ihre „Qualifikation", auch im Umgang mit Geld, im ersteren. „Frauenwirtschaftspolitik" muß beides in Beziehung setzten. Soweit, so bekannt.

Ein „qualifizierteres" Verhältnis zum Geld, eine bessere Kenntnis wirtschaftlicher Mechanismen, bei der Frauen die „Hauswirtschaft" (im weitesten Sinne) aus ihrem Ökonomiebegriff draußen lassen, bliebe der alten Trennung verhaftet und zeigte erstmal nicht mehr, als daß „Frauen das auch können".

Ein frauenspefisches Eingreifen in die Debatte um Wirtschaftsdemokratie muß sowohl für den Selbstverwaltungsbereich als auch für die kapitalistische Privatwirtschaft (Gewerkschaftsforderungen) ganz offensiv den Bereich von Hausarbeit, Kindererziehung, Pflege, Gesundheit und Emotionalität in die Ökonomie hereinholen bzw. sich dies zum (wirtschafts) politischen Ziel setzen. In der Planung von Neugründungen von Projekten, im Aufstellen von Tarifforderungen hieße das: Hausarbeitstage, Kinderbetreuung, Urlaub zur Pflege kranker Wohngemeinschafts-/Familienmitglieder, Fonds/Einrichtungen für ABENDLICHE Kinderbetreuung, von den Beschäftigten selbstbestimmte Arbeitszeitflexibilisierung etc. etc. als „Kostenfaktor" miteinplanen.

Es gibt eben einen Teil „Lohnkosten", die nie berechnet und bezahlt wurden. Als „Reproduktionskosten der Ware Arbeitskraft" zählt nur die Arbeitszeit, in der dem Kapitalbesitzer die Werte erarbeitet werden, die ungefähr (je nach Marktbedingungen) den Gegenwert des Lohnes ausmachen. Die wurden ausgedrückt in den Geldwerten, die Essen, Trinken, Wohnen und ein bißchen Ausbildung kosten. Die **Arbeit der Frauen,** ohne die mann seinen Geldlohn ja nicht hätte essen können, war in solchen Berechnungen nie enthalten.

In diesem Sinne ist auch ein selbstverwalteter / genossenschaftlicher Betrieb, selbst wenn in ihm versucht wird, geschlechtliche Arbeitsteilung zu ändern, für „die Hausfrau in uns" der Unternehmer und der „Mann". Auch wenn's ein Frauenbetrieb ist.

Es liegt also an Begriffen und kapitalistischer Logik, was man unter „Rentabilität" versteht und unter vernünftigem Umgang mit Geld, unter „ökonomischer Tragbarkeit" (In irgendeinem Papier stand so schön: daß das Problem der Doppelbelastung von Müttern in Projekten nur bis zur „ökonomischen Tragbarkeitsgrenze" berücksichtigt werden kann). Gesamtgesellschaftlich findet die **Ökologie** allmählich in den Begriff von Rentabilität Eingang. Daß Umwelt nicht weiter kostenlos verschlungen werden kann, daß es noch andere „Kosten" gibt, als nur die in Geld ausdrückbaren – die „fortschrittlicheren" Jungen Unternehmer fangen an, das in ihre Kalkulationen miteinzubeziehen.

Emotionale und stoffliche Frauenarbeit aber wird weiterhin scheinbar „kostenlos" verschlungen. Es muß also gefordert werden, daß sie in den Begriff von „Rentabilität" einzugehen hat. Und der ist immer politisch. Eine Wirtschaft, die die „Rentabilität" ihres „produktiven" Bereiches sich dadurch erkauft, daß sie „kostenlos" Umwelt, Menschlichkeit, Frauenarbeit etc. verschlingt, ist nur von einem bestimmten (Klassen-, Konzern-, Multi-) Standpunkt aus „rentabel" und „effektiv".

Von unserem Standpunkt aus ist sie „unrentabel", denn sie verschleißt und entwertet ständig Leben und Selbstwertgefühl und vernichtet auch noch zyklisch in Krisen und Kriegen die verausgabte Arbeit.

Alles, was Frauen arbeiten, muß also in unsere Vorstellung von Wirtschaft eingehen (wieweit da der Arbeitsbegriff geht, darüber würden sich manche vielleicht mit den HWG-Frauen streiten).

Wir haben zur Utopie einer alternativen Wirtschaft mehr beizutragen, als den Beweis, daß Frauen mit Geld umgehen können, daß Frauenprojekte „Betriebe" sind etc. (obwohl gerade das Letztere ein wichtiger Schritt ist!).

Die Frage ist also nicht, weder gesamtgesellschaftlich, noch im Selbstverwaltungsbereich, „Wirtschaft (von unten) ohne Frauen?". Der gesamte Laden, sowohl weltweit als auch im alternativen Mikrokosmos läuft ja überhaupt nur „mit Frauen". *(und warum muß ich dann diesen Text absetzen?, der Setzer)* Die Frage ist vielmehr: wo stehen wir dadrin, hat unser Beitrag zum Ganzen Stimmrecht und Macht, und bleibt er weiterhin das auf unseren Schultern lastende „frauenspezifische"?

Noch'n bißchen Sozialdemokratismus

Viele „grüne" und „rote" etc. **Frauen in Machtpositionen** würden das Problem der „wirtschaftlich notwendigen Arbeit der sozialen Projekte in einem anderen Licht erscheinen lassen. (Übrigens: da sie wirklich notwendig sind, ist „der Staat" auch von **ihnen** abhängig – warum wohl beginnen CDU-Strategen mit „Selbsthilfe" zu liebäugeln, mit dem „bunten Völkchen der Alternativen" (Biedenkopf). Das „Einklinken" von Fraueninteressen in Wirtschaftspolitik und -strategien hängt neben der Voraussetzung einer starken Bewegung nun auch mal davon ab: wieviele Frauen erringen wieviel Macht und wie bleiben sie trotz Aufstiegs zur Macht mit der gesellschaftlichen Bewegung verbunden (ich meine also nicht Rita Süßmuth). Und das wiederum hängt auch von der Qualität dieser Bewegung ab, nicht nur von der moralischen

Fortsetzung nächste Seite (linke Spalte)

Fortsetzung von Seite 5

(grünen, basisdemokratischen, sozialistischen etc.) Integrität einzelner „Machtfrauen".

Eins sollte Frau nicht vergessen: „der Selbstverwaltungsbereich" klinkt sich inzwischen recht stark in die Debatten um Genossenschaftswesen und „anders arbeiten – anders leben" ein, hat Verbündete und Diskussionspartner sowohl in der grünen als auch in meiner Partei. Das mag ja auch den Frauen, die in dieser Richtung theoretische/praktische Interessen haben, „mit" zugute kommen, und natürlich finde ich eine Aufweichung traditioneller Fronten, „Brükkenschläge", ungeheuer wichtig.

Aber Frauen, erwerbslose Frauen, Mütter, Hausfrauen, Mieterinnen, Arbeiterinnen, Frauenprojekte sind da mit ihren Themen und Interessen bisher total unterrepräsentiert. Im gesamten Arbeitsheft „selbstbestimmt arbeiten" der AG Genossenschaftswesen (SPD) existiert die „neue Genossenschaftsbewegung" nur als Allgemeines. (Es existiert zwar bei der Aufzählung der Großartigkeiten von Genossenschaften unter anderen der Punkt „Aufhebung der Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern" – doch der ist ja bei roten und grünen Linken inzwischen obligatorisch, egal, was sie sonst für Chauvis sein mögen, egal, ob sie dazu kompetent was zu sagen haben oder nicht.)

Bei der Aufarbeitung der Geschichte der Genossenschaftsbewegung wird der Rolle der Frauen kaum Aufmerksamkeit geschenkt. Da gibt es ein paar Erwähnungen von gemeinschaftlichen Waschküchen und Kindergärten – damit hat sich's. (Wäre ein wichtiger Forschungsauftrag!)

Im Schwerpunkt-Heft „Genossenschaften" der „sozialistischen praxis" (Zeitschrift der sogen. undogmatischen Juso-Fraktion) hat Vera Konieczka verdienstvollerweise den Anfang des Jahrhunderts gemachten und von der Arbeiterbewegung verworfenen Vorschlag der „Haushaltsgenossenschaften" erinnert.

Ansonsten habe ich noch nicht viele Ansätze zu einer Diskussion zur Vergesellschaftung von Reproduktionsarbeit erspähen können – da reden Frauenprojekte unter sich, wenn überhaupt.

Die Selbstverwaltungsfrauen sollten sich also wirklich mehr in die Debatten einklinken – mit Gewerkschafterinnen, Parteifrauen und (ehrlich, gibt's!) an „Moralökonomie" interessierten Männern (solch einen Begriff mußten die für „menschliche Wirtschaft" erfinden. Vorreiterinnen sollte man/frau reiten sehen können.

Ein allerdings würde ich mir nicht wünschen: „eine **geschlossene** (Hervorhebg. v. mir) feministische (Wirtschafts)Theorie" (Jutta Gelbrich). Ich kann „abgeschlossene" Theoriesysteme bei Männern nicht leiden und bei Frauen auch nicht. Aber eine offene, lebendige Diskussion, die helfen könnte, mehr Frauen in „Wirtschaft" Kompetent zu machen, mehr Frauen „Wirtschaft" als etwas Anfaßbares, von ihnen mitgemachtes und also Veränderbares begreifen zu lassen – auf die müßten wir Lust bekommen.

Ich sag's mal pathetisch: wir haben nämlich immer weniger Zeit. „Das Geld" hat sich schon lange weltweit gegen uns verschworen – die Folgen sind uns nur allzu bekannt – und unsere Berührungsängste sind ihm hochwillkommen.

Marlis Cavallaro

Anarcha-Feminismus

Red. Kassel Anläßlich der Vortragsreihe der Riedmühle über Anarchismus in der Werkstatt Kassel habe ich einen Vortrag über Anarcha-Feminismus gehalten. Diese Bezeichnung kommt aus Amerika, dort haben Feministinnen die große Übereinstimmung in den Forderungen beider Ideologien entdeckt.

Wie definiert „man" Anarchismus?

Anarchie ist Freiheit von Zwang, Gewalt, Knechtung, Gesetz, Zentralisation, Staat. Die anarchistische Gesellschaft setzt an deren Stelle: Freiwilligkeit, Verständigung, Vertrag, Konvention, Bündnis, Volk. Anarchismus ist diejenige politische Theorie, die jede Herrschaft eines Menschen über einen anderen Menschen beseitigt. Ein Zustand ohne Rechtsordnung, ohne Staat, ohne Über- und Unterordnungsverhältnisse.

Wie definiert „Öffentlichkeit" Anarchismus?

Anarchismus bedeutet Chaos, weil gesetzlos. Anarchist ist dieser gefährlich aussehende Mann, der eine gezündete Bombe unter seinem schwarzen Mantelumhang versteckt hält und der alles und jeden, was und wer seinen Weg kreuzt, zerstört und ermordet. Dieses Bild ruft Angst und Schrecken bei jedem Menschen hervor, also wird Anarchismus abgelehnt als häßlich, gewalttätig, extrem. Das andere Mißverständnis, ein weiteres Klischee, Anarchist als unpraktischer Idealist, mit utopischen Phantasien, der ohne Bezug zur Wirklichkeit lebt, das kann man/frau nur ablehnen.

Wer hinterfragt schon, was in Presse und Fernsehen präsentiert wird. Nicht zu leugnen ist ja der Attentäter und Idealist, obwohl er nirgends fehlt, von rechts nach links in allen politischen Bewegungen.

Wie definiert frau als Feministin Anarchismus?

Anarchismus bedeutet die Befreiung des Geistes von der Religion Die Befreiung des Menschen von der Herrschaft des Eigentums. Die Befreiung von den Fesseln und dem Zwang des Staates.

Anarchismus steht für eine Gesellschaftsordnung basierend auf dem freiwilligen Zusammenschluß von Individuen zum Zwecke, wirklichen sozialen Wohlstand zu schaffen. (Zitat Emma Goldman).

Das klingt zwar alles wunderbar, aber leider kommen im Anarchismus Frauen auch nur als Ausnahme vor. Ist also Anarchismus eine Männersache? Ist Sozialismus eine Männersache?

Ich sage JA.

Ich erkläre: Kapitalismus ist eine Nebenfrage. Mit der Abschaffung des Patriarchats werden sich die ökonomischen Verhältnisse automatisch ändern, unter anarchistisch-feministischen Zusammenleben.

Anarchismus oder Sozialismus sind Ideologien, Sehnsüchte und Träume von Männern nach dem Paradies. D.h., um Bachofen zu zitieren, Vorvergangenheit auf ihn, den Mann, angepaßt für die heutige Zeit.

Wann wird Mann endlich begreifen, daß ohne Frau nicht einmal der Schatten irgendeines vielbeschriebenen Paradieses oder auch nur die Rettung dieser Welt sich verwirklichen läßt. Das bedeutet für uns Frauen, daß trotz aller männlichen Ideologien, die wir irgendwo auch vertreten könnten, der radikale Feminismus für uns vorerst die einzige Alternative ist.

Aber der Radikale Feminismus hat viel mit Anarchismus zu tun. Er ist teils deckungsgleich und teils ergänzend zum Anarchismus.

Der Feminismus bietet den anarchistischen Männern Aufschluß über ihr maskulines Erbe, welches ihre Emotionen und ihre Ausdrucksmöglichkeiten verkrüppelt. Der Feminismus gibt dem Anarchismus den Sinn für das kreisförmige, für Verbindungen, die das anarchistische Bewußtsein abrunden und vervollkommnen, für die menschlichen Bedürfnisse nach Schönheit, Freude und Ausdruck.

ANARCHA–FEMINISMUS bedeutet Revolution und das heißt

„Werte, die wir für die Zukunft ersehnen, müssen wir schon heute anwenden. Was wir tun, wie wir es tun, legt fest, was wir erreichen werden. Der Mensch erreicht nicht zwangsläufig durch eine spontane und magische Revolution eine befreite Gesellschaft." (Zitat aus Schriften des anarcho-feministischen Kollektivs Des Maines New World).

Immer zur Diskussion bereit.
Kathrin Best-Mayer, Riedmühle.

Kongreß zur autonomen Frauenpolitik

BERICHT

Red. Ffm. Einige hundert Frauen kamen in die Zeche Carl(a) nach Essen.

Das Thema Weiterentwicklung von Strategien und Perspektiven einer feministischen Gesellschaftstheorie zog die Frauen an. Den größten Raum nahm jedoch das Thema „Staatsknete" ein und wie kommt frau unter welchen Bedingungen daran.

Charakteristisch für das neue Selbstbewußtsein der Frauen in dieser Frage war eines der Einleitungsreferate von Anita Heiliger (Kofra/München), die betonte, daß Frauen nicht nur als Bittstellerinnen auftreten sollten, sondern mit ihrer Forderung nach „Staatsknete", Rechte, die ihnen zustehen, einklagen und durchsetzen.

Staatsknete erschien denn auch in vielen Arbeitsgruppen als die einzigste Möglichkeit, Frauenprojekte zu finanzieren. „Das Patriarchat macht uns kaputt – also soll es für die Arbeit, die den Frauen dadurch entsteht, bezahlen" – so wurde von vielen Frauen argumentiert, wenn es um andere Vorschläge der Finanzierung ging, die die Frauen zur Kasse gebeten hätten; etwa eine Frauensteuer für Großverdienerinnen oder einen Fond, der durch kleine Beiträge von allen Frauen gespeist wird und die Utopie, daß es in naher Zukunft genügend wirtschaftlich starke Frauenbetriebe gäbe, die die sozialen und kulturellen Projekte unterstützen könnten.

Der Kongreß wurde ziemlich bestimmt von den Projektfrauen, die ein großes Bedürfnis nach Informationen über die verschiedenen Finanzierungsmöglichkeiten hatten und sehr pragmatisch die Veranstaltungen nutzten. Andererseits gab es auch viele Frauen, die nicht aus Projekten kamen und sich auf dem Kongreß wohl mehr Zuversicht und moralische Unterstützung holen wollten.

Schwierig war es über etwas weitergehende Perspektiven und Schritte in Richtung einer Gesellschafts- und Wirtschaftstheorie zu diskutieren. Dafür war der Rahmen zu groß und die Interessen der Frauen gingen, wie oben beschrieben, primär in andere Richtungen.

Immer wieder tauchte die Idee von einem autonomen und autarken Frauenland auf, das jedoch nicht als gesellschaftsveränderndes Modell mit der Notwendigkeit einer Wirtschaftstheorie diskutiert wurde.

Agnes Lewe versuchte mit ihrem Einleitungsreferat (ist in dieser CONTRASTE in überarbeiteter Form abgedruckt) einige Fragestellungen zur Frauenwirtschaft in den Kongreß einzubringen. Sie erntete viel Beifall, vor allem bei den Projektfrauen, auch wenn es dann nicht weiter diskutiert wurde.

Die Frauen von Goldrausch aus Berlin wurden ziemlich bewundert, da sie schließlich das einzige Frauennetzwerk sind, das einige Gelder zu verteilen hat und über eine Menge Know-How im Beratungsbereich verfügt. Goldrausch hat seit Bestehen ca. DM 400.000,-- verteilt und verwaltet ein Drittel des Berliner Ökofonds.

Fazit: Meiner Meinung nach sind solche Großveranstaltungen sehr sinnvoll, um Informationen und Anregungen zu erhalten, zu sehen, was es alles so gibt an Frauenprojekten und natürlich um sich kennenzulernen und sich Mut zu holen.

Am erfreulichsten sind doch immer die informellen Gespräche und Kontakte am Rande der Veranstaltungen.

Wenn frau konkrete Ergebnisse und den gewaltigen Anstoß erwartet hat, ist sie sicherlich enttäuscht worden. Dies wird eine Aufgabe von kleinen Arbeitstagungen sein, die an diesen Kongreß anknüpfen sollten.

Jutta Gelbrich

Frauen in Alternativprojekten

Im Januar 1987 findet in dem Frauenferienhaus Osteresch (bei Münster) ein Wochenende für Frauen statt, die in selbstverwalteten Betrieben und Alternativprojekten arbeiten bzw. gearbeitet haben und kritisch Rückschau halten möchten. Dabei spielt es keine Rolle, ob die Teilnehmerinnen aus gemischten oder reinen Frauenprojekten kommen; meine Erfahrung hat gezeigt, daß es bei den anstehenden Problemen zahlreiche Überschneidungen gibt. Ich selbst komme aus einem gemischten Projekt und habe das geplante Seminar in ähnlicher Form schon einmal in Bremen durchgeführt. Es besteht im wesentlichen aus einem strukturierten Erfahrungsaustausch, wobei ich viel Material mitbringe – Texte, Thesen, Umfrageergebnisse. Bei Interesse können wir auch versuchen, unsere Arbeit in Projekten in Bezug setzen zu setzen zur allgemeinen Frauenarbeit in unserer Gesellschaft.

Das Wochenende findet statt **von Freitag, den 9.1.87 – 18.00 Uhr bis Sonntag, den 11.1.87 – 17.00 Uhr**

Anmeldung im **Frauenbildungs- und -ferienhaus, Zum Osteresch 1, 4447 Hopsten-Schale, Tel. 05457/15 13**

Das Wochenende kostet mindestens DM 100,– (für gut verdienende Frauen bis zu DM 200,–).

Kontakt: **Brigitte Hasenjürgen, Tel. 0421/37 49 85**

Frauen-Brain-Trust gegründet

Red. Ffm Mit diesem launigen Motto, Gründung eines Frauen-Brain-Trustes, wurde das Seminar „Frauen und Wirtschaft" vom 15.–18.11. 86 in Charlottenberg abgeschlossen.

Drei Tage lang diskutierten ca. 20 Frauen aus den unterschiedlichsten Bereichen viel und heftig über Wirtschaft, Geld, Staatsknete, Frauenbetriebe, Selbstverwaltung, Utopien und Strategien einer feministischen und/oder alternativen Ökonomie.

Konzepte wurden natürlich nicht entwickelt, das war ja auch nicht der Anspruch. Die unterschiedlichen Ansätze und Schwerpunkte machten die Diskussion jedoch sehr spannen und anregend.

Anwesend waren Frauen vom Berliner Netzwerk, von Goldrausch, von Frau und Arbeit aus Hamburg, von der AG SPAK, GIB (Beratungsgesellschaft in NRW), Ökobankverein, von den GRÜNEN (leider nur einen Tag), Frauen gegen Erwerbslosigkeit aus Köln u.a.

Frauen aus dem Ökobankverein regten eine kontinuierliche Zusammenarbeit an, um u.a. die Arbeit der späteren Bank in bezug auf Frauen und Frauenprojekte mitzugestalten.

Dazu war die Mehrheit der anwesenden Frauen nicht bereit. Das Interesse bestand vielmehr in einem Zusammenschluß, in dem theoretische Grundlagen phantasievoll erarbeitet und weiter entwickelt werden. Die Ergebnisse bzw. Anregungen würden dann sowieso die alltägliche Arbeit beleben.

Konkreter Ansatz, diese Zusammenarbeit zu dokumentieren, wird die Erstellung eines Readers sein, der wahrscheinlich im März, spätestens im Mai erscheint. Es sind Beiträge zu den verschiedenen Themen, die auf dem Seminar andiskutiert wurden, geplant. Diese sollen auch zur Vorbereitung weiterer Seminare dienen.

Themenschwerpunkte (stichwortartig) sind:

* Frauen und Geld – entspricht die ständige Forderung nach mehr Geld für die Projekte feministischen Idealen oder werden politische Inhalte damit verfälscht?
* Thesen zur Praxis und den Problemen bei der Finanzierung von Frauenprojekten
* Modelle einer staatsunabhängigen Finanzierung von Frauenprojekten
* Frauen in Insitutionen – ihre Situation und der Umgang der Projektfrauen mit ihnen
* Wirtschaftspolitik ist Frauenpolitik!
* Frau und Natur – Ansätze einer feministischen Philosophie

Genaues Erscheinungsdatum des Readers, Kosten und Bestelladresse werden in CONTRASTE veröffenlicht. Ebenso die Seminartermine.

Jutta

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Hamburger Bürgerschaftswahl

SPD in der Zwickmühle

Red. Heidelberg Der Wahlausgang brachte nicht nur die Sozialdemokraten, die „CSU des Nordens", um ihre absolute Mehrheit, sondern auch um ihre mühsam zur Schau getragene Hoffnung, im Bundestag die absolute Mehrheit zu erringen. Das Hamburger Ergebnis könnte durchaus auch eine Konstellation nach der Bundestagswahl sein: Rotgrüne Mehrheit (rein rechnerisch) oder Große Koalition.

Zum zweiten Mal also, völlig unerwartet, „Hamburger Verhältnisse". 1982 wagte Dohnanyi noch Tolerierungsverhandlungen mit der GAL, die scheiterten. Diesmal verkündete er trotzig noch am Wahlabend in die Kameras: „Keinen Millimeter mit der GAL!". Die CDU bot noch am selben Abend der SPD Gespräche über eine Große Koalition an, sogar Strauß aus dem fernen Bayern äußerte sich positiv dazu. Auch wenn Dohnanyi lieber mit der CDU als mit der GAL regieren würde, so kann seine Partei dies, zumindest vor der Bundestagswahl im Januar 1987, wohl kaum zulassen. Gewinner wären die Grünen.

Die Hamburger GAL hat trotz des enormen Zuwachses ihr Wahlpotential noch nicht ausgeschöpft. Dies zeigen die zusammengerechneten Ergebnisse der ebenfalls neu gewählten Bezirksversammlungen: Demnach hätte die GAL ohne weiteres noch einmal zwei Prozent zulegen können und 12,5 % statt 10,4% erreichen können. Die einstige Hoffnung der etablierten Parteien, der grüne Spuk würde sich als vorübergehende Störung erweisen, wird umso unrealistischer, je häufiger grüne Listen mit zweistelligen Ergebnissen abschneiden.

Der Streit in der SPD über den Ausweg aus diesem Dilemma, der schon vor dem Wahltag nur gewaltsam unterdrückt werden konnte, ist nun im vollen Gange. Noch kurz vor der Wahl hatte der Interims-Innensenator Oberst Pawelcyk (er hat den über einen St. Pauli-Killer und den Hamburger Kessel gestürzten Rolf Lange abgelöst) einige Wohnungen in der Hafenstraße von MEKs (Mobilen Bürgerkriegskommandos) filmreif räumen lassen. Daß die Bewohner Mietverträge haben, störte nicht. Die Wohnungen wurden kurz und klein gehauen, Einrichtungsgegenstände, auch Stereoanlagen, aus dem Fenster geworfen. Selbst mit ihrer eigenen Jugendorganisation verfuhren die Genossen wenig sanfter. Protestierende Jusos ließ der Innensenator aus der Behörde prügeln, eine Pressekonferenz der Jugendorganisation wurde kurzerhand verboten, wenn Jusos für ein rotgrünes Bündnis demonstrieren, schmeißen die Genossen Bierkrüge. Doch alles scheint nun umsonst gewesen zu sein.

Rechten Wählern hat der Umgangston offenbar wenig imponiert. Sie forderten mehr und wählten entschlossen (wie GAL-Kandidatin Christina Kukielka am Sonntag-Abend formulierte) das Original (CDU) und nicht die Kopie. Da halfen der SPD auch die plakatierten Wahlkommandos wie „Hingehen", „Wählen", „Sonntag" nichts mehr. In den Brennpunkten der Auseinandersetzungen vor der Wahl z.B. in St. Pauli und Ottensen erntete die GAL teilweise zwischen 20 und 30% der Stimmen.

Das radikale Vorgehen gegen Wohngruppen und die ebenso kompromißlose wie instrumentelle Haltung gegenüber Projekten (bei der neuen Lawaetz-Stiftung, vgl. unten) hat sich nicht ausgezahlt. Dabei sind GAL und SPD in dieser Frage **programmatisch** gar nicht so weit auseinander.

In ihrem Wahlprogramm forderte die SPD – erstmals systematisch eingearbeitet – die Förderung „alternativer Betriebsformen, die an genossenschaftliche Traditionen anknüpfen", von Arbeitsloseninitiativen, Wohngruppen und alternativer Sanierungsträger, allerdings mit dem Hinweis, die SPD wolle „darauf achten, daß es uns nicht ... entgleiten kann" (!), und die Förderung von Gesundheitsselbsthilfegruppen „als Ergänzung des allgemeinen Gesundheits- und Sozialwesens und als Hilfe zur Selbsthilfe". In all diesen vier Bereichen gibt es bereits Förderansätze.

Auch bei der GAL ist die Förderung von Initiativen systematischer Programmbestandteil. Insbesondere in ihrem 12-Punkte-Tolerierungspaket findet sich eine eindeutige Solidarisierung mit selbstverwalteten Wohnprojekten, vor allem mit den Häusern der Hafenstraße, obwohl auch die GAL kein völlig ungetrübtes Verhältnis mit einem Teil der Hafenstraßen-Bewohner hat, und eine Forderung nach einem Fonds alternative Regionalökonomie in Höhe von 100 Millionen DM in Anlehnung an das Londoner GLEB-Modell.

Es ist wohl kaum zu erwarten, daß es vor der Bundestagswahl irgendeine Koalition in Hamburg geben wird. Der alte Senat wird erst einmal im Amt bleiben und auf grüne oder schwarze Stimmen angewiesen sein. So gesehen könnten diese unsere Verhältnisse eine gesunde Korrektur sozialdemokratischer Arroganz sein. Die Wahl hat gezeigt, daß auch der „CSU des Nordens" sehr wohl einiges „entgleiten" kann.

Michael Wörle

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Senatsknete Hamburg/Lawaetz-Stiftung:

Fehlstart

Red. Heidelberg Zwei Wochen vor der Bürgerschaftswahl, am 27.10., fand eine Podiumsdiskussion mit Arbeits- und Sozialsenator Ehlers statt über das neu eingerichtete Programm zur Förderung örtlicher Beschäftigungsinitiativen. Die Veranstaltung im Hörsaal der Hochschule für Wirtschaft und Politik (HWP) war sehr gut besucht: mehr als 400 Menschen waren erschienen. Mit auf dem Podium saßen neben Ehlers, M.Wörle für Netzwerk, J. Meyer für die Behörde für Arbeit, Jugend und Soziales und M. Herrmann für die GAL. Die Moderation machte Martin Conrad (NDR).

Die Lawaetz-Stiftung, die das Hamburger Förderprogramm abwickeln soll (durch Beratung, Vergabe von Darlehen und Zuschüssen, Baubetreuungsaktivitäten), arbeitete erst wenige Wochen. Die Diskussionsveranstaltung in der HWP war für sie der Start in die Öffentlichkeit, ein Start allerdings, der schlechter nicht hätte sein können. Die Resonanz war zwar groß, aber angesichts des zu Hörenden nicht gerade positiv.

Mit der Lawaetz-Stiftung als „staatsnahem Träger" war Netzwerk von Anfang an nicht recht glücklich: So staatsnah sollte die Abwicklung des Förderprogramms ja nicht sein. Schließlich wollte sich der AK-Senatsknete in den Verhandlungen mit den Behörden nicht die Verstaatlichung der Szene einhandeln. Während auf der Seite der Projekte Skepsis vorherrrscht, so schienen Senator, Behörde und Stiftung entschlossen, das Ding durchzuziehen. Sie kamen mit der Parole: Was nützt das Gerede, laßt uns anfangen, stellt massenhaft Anträge. Doch bisher hat sich der erwartete Strom von Anträgen nur als dünnes Rinnsal erwiesen.

Für Netzwerk kommt eine Mitwirkung von Projektvertretern bei der Vergabe der Gelder nur in Frage, wenn in drei Kernbereichen die Voraussetzungen geklärt sind:

1. Bei der Vergabe muß ein **substanzielles Entscheidungsrecht** gegeben sein. Bislang ist es so, daß ein der Stiftung angegliederter sog. „Arbeitsausschuß" paritätisch mit Behörden- und Projektvertretern besetzt sein soll, aber lediglich Empfehlungen abgeben kann. Das letzte Wort hat voraussichtlich der Stiftungsvorstand oder die Behörde.

2. **Die Lawaetz-Stiftung darf nicht zum Konkurrenten von Stattbau in der Baubetreuung für Wohnprojekte werden.** Denn im Vorstand der Lawaetz-Stiftung sitzen zwei Vertreter der Baubehörde, die Stattbau und die Wohnprojekte seit Jahren blockiert und offenbar nun versucht, schrittweise an Stelle von Stattbau (dessen Gesellschafter u.a. Netzwerk ist) einen weniger betroffenenorientierten, dafür aber staatsnahen Träger zu etablieren. Unter solchen Vorzeichen kann sich Netzwerk unter gar keinen Umständen zum Komplizen einer derartigen Institution machen.

3. Die Projekte, die Anträge an die Lawaetz-Stiftung stellen, müssen ein **Recht auf freie Beraterwahl** haben. Die vorgesehenen Beratungshilfen sollen von einem unabhängigen Gremium und nicht etwa von den Lawaetz-Beratern vergeben werden. Die Projekte müssen (wie bei konventionellen Beratungszuschüssen selbstverständlich) ein **Recht ihres Vertrauens** haben. Dadurch soll verhindert werden, daß für den Antragsteller der Lawaetz-Berater zur eigentlichen Antragshürde werden kann. Eine gewisse Gewaltenteilung ist dafür Voraussetzung. Antragsprüfung und Beratung müssen fein säuberlich getrennt sein, die Berater dürfen nicht befangen sein. Sonst können sich nur Projekte behaupten, die keinen Berater brauchen.

Senator Ehlers hat die Netzwerk-Forderungen strikt zurückgewiesen: Wo die öffentliche Hand Geld vergibt, hat sie auch das Sagen. Bezogen auf Stattbau meinte der Senator, der als links gilt, Konkurrenz belebe das Geschäft. Vollkommene Konkurrenz könne er allerdings nicht garantieren, aber vielleicht werde es ja ein Oligopol.

Nachdem derart selbstherrlich alle Türen zugeschlagen waren, dürfte unter den gegebenen Bedingungen für eine Mitwirkung von Projektvertretern bei der Vergabe der Gelder kein Raum mehr sein. „Wir fangen jedenfalls an", knurrte der Senator beim Hinausgehen.

Finanziell hat die Stiftung jedenfalls erst einmal einen langen Atem. Die Nachfrage nach ihren Angeboten, ihre Akzeptanz bei den Projekten, ist bis jetzt jedoch erstaunlich gering. Für ein vorzeigbares Ergebnis müssen die Lawaetz-Mitarbeiter nun eifrig werben gehen. Die Chance für einen glorreichen Start wurde erst einmal vertan. Aber an Lock- und Druckmitteln wird es sicherlich nicht mangeln. Andererseits sind die Hamburger Verhältnisse für einige Überraschungen gut.

Einen Tag nach der Diskussionsveranstaltung ließ Polizeisenator Pawelcyk einen Teil der Hafenstraße räumen. Staatsnahe Förderung und bürgerkriegsähnliche Räumungsszenen, die Guten ins Töpfchen, die Schlechten ins Kröpfchen. Der Senat beabsichtigte offenbar, weiterzumachen wie bisher: Wer sich nicht selbst hilft, dem wird auch vom Staat nicht geholfen. Und wer sich selbst helfen kann, der kriegt entweder noch ein paar Milliönchen vom Staat dazu (wenn es sich um einen ansiedlungswilligen Großkonzern handelt) oder den Knüppel auf den Kopf (wenn es sich um ein rebellisches Wohnprojekt handelt). „Mein Standort" nannte Dohnanyi diese Politikleitlinie, so heißt der Titel seines letzten Buches. Dafür muß er nun neue Mehrheiten suchen gehen.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Der lange Ritt durch den Dschungel der §§

Fortsetzung aus CONTRASTE 25+26/86, Teil 3

Während die ersten beiden Teile dieser juristischen Reisebeschreibung sich mit den Gesetzen und den zuständigen Institutionen (BAK, BVR, Genossenschaftlicher Prüfungsverband, Registergericht) sowie mit den Voraussetzungen und dem Ablauf der Zulassungsprüfung durch das BAK beschäftigt haben, soll in dem nun folgenden Teil die genossenschaftsrechtliche und die registergerichtliche Seite sowie die Frage der Mitgliedschaft im Bundesverband der Volks- und Raiffeisenbanken (BVR) und in dessen Sicherungseinrichtungen genauer beleuchtet werden.

Gründung der eG

Die Gründung der eG erfolgt über die Stufen Gründungsvorgesellschaft, Genossenschaft in Gründung (auch Vorgenossenschaft genannt) und eingetragene Genossenschaft.

Die Gründungsvorgesellschaft entsteht, wenn unsere Bankgründer die Gründung ihrer Bank bindend vereinbaren. Die Gründungsvorgesellschaft stellt juristisch eine Gesellschaft Bürgerlichen Rechts (GbR) dar. Gesellschaftszweck ist die Genossenschaftsgründung.

Im Rahmen dieser Gründungsvorgesellschaft haften alle Gründer (mutig, mutig !) persönlich als Gesamtschuldner mit ihrem gesamten Privatvermögen. Mit der Gründung der Vorgenossenschaft endet die Gründungsgesellschaft.

Die Vorgenossenschaft entsteht mit der Errichtung des Status (Feststellung der Satzung der Genossenschaft und Unterzeichnung durch die Gründergenossen). Sie stellt juristisch keine GbR mehr dar, sondern eine nichtrechtsfähige Vorgenossenschaft. Die Vorgenossenschaft ist eine Entwicklungsstufe auf dem Weg zur eG (eingetragenen Genossenschaft) und sie untersteht bereits dem Recht der eG mit Ausnahme derjenigen Vorschriften, die die Eintragung der Genossenschaft voraussetzen. Einschränkend muß allerdings gesagt werden, daß aufgrund der vereinsrechtlichen Grundstruktur der Vorgenossenschaft auch Bestimmungen des BGB, insbesondere der § 705 BGB, der die GbR regelt, gelten können. Dies ist vor allen Dingen wichtig für die Haftungsfrage der Vorgenossenschaft und insbesondere der Gründergenossen.

Zweck der VorGen ist, „die Gründung der eG weiter voranzutreiben (§§10, 11GenG) sowie den Geschäftsbetrieb vorzubereiten" (da war mal wieder ein einschlägiger Kommentar am Werk). Der Zweck der VorGen ist identisch mit dem Zweck der späteren eG. Zwischen beiden Gesellschaften – VorGen und eG – besteht Rechtskontinuität, d.h. die spätere eG rückt automatisch im Wege der Gesamtrechtsnachfolge in die Rechte und Pflichten der VorGen ein. Hier wären bsw. Mietverträge, Arbeitsverträge und Kaufverträge zu nennen, die die VorGen im Rahmen der Vorbereitung des späteren Geschäftsbetriebes bereits eingegangen ist.

Zweifelhaft könnte die Frage der Haftung der Vorgenossenschaft für eingegangene Verpflichtungen vor Eintragung der Genossenschaft sein. Fest steht, daß ab dem Tage der Eintragung die Genossenschaft nur noch mit ihrem Gesellschaftsvermögen (Genossenschaftsanteilen) haftet. Wer haftet aber nun, wenn die VorGen Verpflichtungen eingeht und die Eintragung nicht zustande kommt? Hier können auch die konsultierten Spezialisten keine eindeutige Auskunft geben. Klar ist, daß auch die Vorgenossenschaft mit ihrem Gesellschaftsvermögen haftet. Dies dürfte i.d.R. aber nicht sehr hoch sein und damit als Haftungssumme ausfallen. Können die Gründergenossen darüberhinaus persönlich in Anspruch genommen werden? Da sich eine persönliche Haftung der Gründergenossen nicht eindeutig ausschließen läßt, sollte die VorGen durch besondere Gründungsvorschriften (so kann in der Satzung bsw. geregelt werden, daß für Rechtsgeschäfte, die DM 1.000, übersteigen, die vorherige Zustimmung aller Gründergenossen notwendig ist) gebunden werden.

Mit der Eintragung der Genossenschaft erlischt automatisch die VorGen und damit auch die mögliche persönliche Haftung der Gründer.

Die Eintragung der Genossenschaft wird vom zuständigen Registergericht vorgenommen und ist von einer Reihe von Voraussetzungen abhängig. Die wesentlichen Eintragungsvoraussetzungen sollen im folgenden erläutert werden.

Pflichtmitgliedschaft in einem Genossenschaftlichen Prüfungsverband

Jede Genossenschaft ist gem. § 54 (1) GenG verpflichtet, einem Prüfungsverband anzugehören, dem durch die zuständige oberste Landesbehörde (das ist i.d.R. der Wirtschaftsminister des jeweiligen Bundeslandes) das Prüfungsrecht verliehen worden ist. Gemäß § 11 (2) Nr. 4 GenG muß „die Bescheinigung eines Prüfungsverbandes, daß die Genossenschaft zum Beitritt zugelassen ist" der Anmeldung zur Eintragung beigefügt werden. Ohne diese Bescheinigung darf keine Eintragung erfolgen.

„Die Pflichtmitgliedschaft soll einheitlich und lückenlos die fachgerechte Überprüfung der Geschäftsführung und der Vermögensverhältnisse aller als eG verfaßten Genossenschaften gewährleisten" (der einschlägige Gen-Kommentar). Dies soll auch eine „langfristige Betreuungsprüfung" beinhalten.

Aufnahmepflicht des Verbandes ?

Das Gesetz schweigt sich darüber aus, ob der zur Eintragung notwendigen Beitrittspflicht (Pflichtmitgliedschaft) der eG eine Aufnahmepflicht des Prüfungsverbandes gegenübersteht. Klar ist wohl nur, daß der Prüfungsverband den Aufnahmeantrag einer Genossenschaft nicht nach Gutdünken ablehnen darf. Denn, „wenn Entstehung (§ 11 (1) Nr. 4 GenG) und Fortbestand der eG von der Mitgliedschaft in einem Prüfungsverband abhängen, dann müssen die durch staatliche Verleihung ausschließlich zur Prüfung ermächtigten Prüfungsverbände auch grundsätzlich dazu bereit sein, beitrittswillige Genossenschaften aufzunehmen .....Erfüllt daher eine Genossenschaft die gesetzlichen und statutarischen Aufnahmevoraussetzungen des um Aufnahme ersuchten Prüfungsverbandes, so muß dieser sie mit Rücksicht auf sein gesetzliches Prüfungsmonopol aufnehmen, falls nicht sonstige triftige Gründe (für welche der Prüfungsverband allerdings die Darlegungs und Beweislast trägt) der Aufnahme entgegenstehen." (Der Gen-Kommentar). Ein gesetzlicher Ablehnungsgrund liegt vor, wenn nach den persönlichen oder wirtschaftlichen Verhältnissen, insbesondere der Vermögenslage der Genossenschaft, eine Gefährdung der Gen-Gläubiger oder der Belange der Genossen zu besorgen ist".

Auch wenn die Satzung des Verbandes der Aufnahme entgegensteht, dürfte keine Aufnahmepflicht bestehen, ferner wenn eine begründete Befürchtung besteht, daß wesentliche Verbandsinteressen gefährdet werden.

Gründungsprüfung durch den Prüfungsverband

Gem. §§ 11 (2) Nr. 4 GenG muß dem Registergericht als weitere Unterlage eine „gutachterliche Äußerung des Prüfungsverbandes" vorgelegt werden. Auch diese Prüfung soll feststellen, ob wesentliche Belange der Genossen oder Gläubiger der Genossenschaft zu befürchten sind. Diese mit der Novelle zum GenG im Jahre 1973 eingeführte Bestimmung soll dem Registergericht die von ihm in §§ 11a GenG verlangte Registergerichtliche Gründungsprüfung erleichtern.

Hinsichtlich des Prüfungsumfanges schweigt sich das GenG aus. Es ist jedoch davon auszugehen, daß sich der Prüfungsumfang sowohl auf die ordnungsgemäße Errichtung und Anmeldung der Genossenschaft (die Normen hierfür sind in den §§ 1-13 „Errichtung der Genossenschaft" festgelegt), auf die Prüfung der Geschäftsleitung als auch auf eine betriebswirtschaftliche Prüfung (rechtliche-, organisatorische- und wirtschaftliche Beurteilung) erstrecken wird.

Die Gründungsprüfung basiert auf einem Prüfungsvertrag zwischen dem Prüfungsverband und der Genossenschaft in Gründung.

Unsere Öko-Bankgründer mußten dem für sie zuständigen Prüfungsverband die folgenden Unterlagen zur Verfügung stellen: Satzung der Genossenschaft in Gründung, Satzung des Ökobank-Vereins, Geschäftsplanungskonzept (Rechts-, Organisations- und Wirtschaftsrahmen), detaillierte Zeitplanung der gesamten Gründungsaktivitäten, Dokumentation des Zahlungsverkehrs und des Rechnungswesens, Kreditvergaberichtlinien, Angaben bezüglich der EDV, Angaben über die fachliche und persönliche Eignung der Geschäftsleiter.

Ergebnis der Gründungsprüfung

Vor einem abschließenden Urteil erfolgt bei Auftreten von Mängeln eine Kontaktaufnahme mit unseren Bankgründern. Diese erhalten Gelegenheit, innerhalb einer bestimmten Frist, die Beanstandungen zu beheben. Können die beanstandeten Punkte innerhalb der gesetzlichen Frist nicht beseitigt werden, oder handelt es sich gar um schwerwiegende Mängel (z.B. die Ordnungsmäßigkeit der Buchführung kann nicht sichergestellt werden), so wird der Prüfungsverband ein negatives Gutachten über die Gründungsprüfung ausstellen. Mängel, die zu einem negativen Gründungsgutachten führen, müssen ihre Ursache in den persönlichen oder wirtschaftlichen Verhältnissen der Genossenschaft haben, die eine Gefährdung der Interessen der Mitglieder oder der Gläubiger der Genossenschaft mit sich bringen könnten. Andere Mängel dürfen nicht zu einem Negativgutachten führen.

Die Bankgründer erhalten somit eine ausführliche schriftliche Darstellung des Verlaufs der Prüfung und die Begründung der Ergebnisse. Das Gesamturteil wird sich aus den einzelnen Prüfungsergebnissen zusammensetzen. Hier muß aber gesagt werden, daß aufgrund objektiver Gewichtsprobleme der einzelnen Prüfungsgegenstände bei der Verknüpfung der Einzelurteile zum Gesamturteil der Gründungsprüfung ein nicht unbeachtlicher Ermessensspielraum des zuständigen Prüfungsverbandes besteht.

Geht die ganze Prüfung positiv aus, so wird unseren Bankgründern eine Zulassungsbescheinigung zum Prüfungsverband ausgestellt, die gleichzeitig auch die Aufnahme in den Prüfungsverband mit sich bringt.

Mehr noch ! Gem. § 5 (2) der Satzung des Genossenschaftsverbandes Hessen/Rheinland-Pfalz e.V. wird „mit der Mitgliedschaft beim Verband (dem Prüfungsverband, T.M.) zugleich die Mitgliedschaft bei den zuständigen genossenschaftlichen Spitzenverbänden erworben, soweit deren Satzungen entsprechende Bestimmungen enthalten". Für unsere Bankgründer ist, wie in Teil 1 bereits erwähnt, der zuständige Spitzenverband der Bundesverband der Volks- und Raiffeisenbanken in Bonn. Dessen Satzung beinhaltet diesen hier erwähnten Automatismus. So heißt es in der Satzung des BVR unter § 7 (3): „Kreditinstitute .... erwerben die Mitlgiedschaft beim Verband (hier ist nun der BVR gemeint, T.M.) durch die Mitgliedschaft des regionalen Prüfungsverbandes bzw. des Fachprüfungsverbandes, dem sie angehören".

Außerdem würde die Mitgliedschaft beim BVR den Sparkunden unserer Bankgründer die Teilnahme am „Freizügigen Sparverkehr" der Geossenschaftsbanken ermöglichen. Damit könnten die Sparer bei jeder Volks- und Raiffeisenbank Einzahlungen und Auszahlungen auf ihr Sparbuch tätigen. Doch bis zur Mitgliedschaft im BVR ist noch ein dornenreicher Weg.

Negatives Gründungsgutachten

Was aber nun, wenn bereits der Prüfungsverband die rote Karte zeigt und aufgrund des Negativgutachtens die Bankgründer nicht in den Prüfungsverband aufnimmt und ihnen damit den Weg zur Rechtsform der Genossenschaft versperrt?

Wie bereits erwähnt, enthält das GenG keinerlei Anhaltspunkte hinsichtlich der Frage, ob der Beitrittspflicht der eG (ohne die Bescheinigung des Prüfungsverbandes trägt das Registergericht die Genossenschaft nicht ein) eine Aufnahmepflicht des Prüfungsverbandes gegenübersteht. Es finden sich lediglich Verweise auf die Monopolstellung der Prüfungsverbände und die sich daraus u.U. ergebenden gesellschaftsrechtlichen Konsequenzen. Grundsätzlich steht den Bankgründern auch hier der Rechtsweg offen. „Für die Klage auf Aufnahme besteht i.d.R. erst dann ein Rechtsschutzbedürfnis, wenn der Prüfungsverband die Aufnahme endgültig abgelehnt hat und die Genossenschaft die in der Satzung des Prüfungsverbandes vorgesehenen Rechtsbehelfe ausgeschöpft hat" (der Genossenschafts-Kommentar)

Wo ist der juristische Reiseleiter?

Das Rechtsverhältnis zwischen einem Prüfungsverband und der um die Aufnahme nachsuchenden Genossenschaft ist bürgerlichrechtlicher Natur. Für einen Anspruch einer Genossenschaft, mit welchem sie ihre Aufnahme in den Prüfungsverband verfolgt, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Die Klage wäre vor dem zuständigen Landgericht zu erheben.

Die Bankgründer könnten auch versuchen, eine Aufnahme in den Prüfungsverband über eine Anordnung der Kartellbehörde gem. § 27 i.V.m § 35 GWB (Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen) zu erreichen, da der Prüfungsverband eine Wirtschaftsvereinigung i.S.d. GWB darstellt. Eine Aufnahme ist zu erwarten, wenn die Ablehnung des Prüfungsverbandes sachlich nicht gerechtsfertigt war und eine ungleiche Behandlung darstellt, die zu einer unbilligen Benachteiligung der Ökobank führen würde.

Eine weitere Anspruchsgrundlage auf Zulassung zum Beitritt in den Prüfungsverband könnte sich aus § 26 II i.V.m. § 35 GWB ergeben. So ist es nach § 26 II GWB einem marktbeherrschenden Unternehmen verboten, ein anderes Unternehmen im Geschäftsverkehr unmittelbar oder mittelbar unbillig zu behindern oder ohne sachlichen Grund ungleich zu behandeln.

Der BGH hat in 2 Urteilen die Ansicht vertreten, daß u.U. ein Anspruch auf Aufnahme in einen Prüfungsverband gem. § 26 II i.V.m. § 35 GWB auf dem ordentlichen Rechtsweg verfolgt werden könne.

Desweiteren kann sich ein Anspruch auf Zulassung aus § 1 UWG (Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb) ergeben; danach ist ein Unterlassungsanspruch begründet, soweit die Ablehnung der Zulassung zum Beitritt eine Handlung darstellt, die im Geschäftsverkehr zum Zwecke des Wettbewerbs erfolgt und gegen die guten Sitten verstößt. Dies gilt jedoch nur, soweit keine sachlichen Gründe die Zulassung verhindern.

Als letzte Anspruchsgrundlage auf Aufnahme in den Prüfungsverband kommt § 826 BGB in Betracht. Voraussetzung hierfür wäre, daß die Nichtzulassung für die Ökobank eine sittenwidrige Schädigung darstellt, weil z.B. die Ablehnung willkürlich und für die Ökobank von existenzieller Bedeutung wäre. Unter diesen Bedingungen kann Schadensersatz gem. § 826 BGB getend gemacht werden.

Der hessische Wirtschaftsminister?

Neben den genannten Möglichkeiten könnte sich die Ökobank an die zuständige staatliche Aufsichtsbehörde gem. § 64 wenden – hier der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik – und bei dieser beantragen, den Verband im Wege einer entsprechenden Auflage zu veranlassen, sie als Mitglied aufzunehmen. Bei der Ablehnung des Antrages ist noch der Klageweg vor den Verwaltungsgerichten gegeben.

Durch eine solche Auflage kann der Prüfungsverband jedoch nicht gezwungen werden, die Ökobank aufzunehmen. Dem Minister bliebe dann bei Nichtaufnahme letztendlich nur die Entziehung des Prüfungsrechts gem. § 64 a, was aber als unverhältnismäßiges Mittel anzusehen ist. Diese Maßnahme wäre angesichts der geringen Bedeutung einer einzelnen Genossenschaft und mit dem sich bei Wegfall eines Prüfungsverbandes ergebenden Folgen nicht zu vertreten.

Erlaubnis durch das BAK

Auch für die Eintragung der Genossenschaft ist die schriftliche Erlaubnis des BAK notwendig. So heißt es in § 43 (1) KWG: „Soweit nach § 32 KWG das Betreiben von Bankgeschäften einer Erlaubnis bedarf, dürfen Eintragungen in öffentliche Register nur vorgenommen werden, wenn dem Registergericht die Erlaubnis nachgewiesen wird". Im Klartext: ohne Erlaubnis vom BAK läuft auch beim Registergericht nichts.

Da die Erlaubnis des BAK, wie ich im Teil 2 versucht habe aufzuzeigen, mit einer ganzen Reihe von Problemen für unsere Bankgründer – ein ausreichendes Anfangskapital, zwei fachlich geeignete Geschäftsleiter – behaftet ist, die Eintragung als Genossenschaft aber nur mit dieser Erlaubnis aus Berlin erfolgen kann, dürfte allmählich deutlich werden, wie hier alles miteinander zusammenhängt. Auf diese Verpflechtung soll im letzten Teil dieser Reisebeschreibung näher eingegangen werden.

Mitgliedschaft im BVR

Alle Bankengruppen in der BRD – Privatbanken, Sparkassen, Gemeinewirtschaftsbanken und Genossenschaftsbanken – haben sich zu Spitzenverbänden zwecks gemeinsamer Interessenwahrnehmung zusammengeschlossen. Wie bereits mehrfach erwähnt, ist der zuständige Spitzenverband für unsere Bankgründer der BVR in Bonn. Dieser hat laut seiner Satzung die Aufgabe, der „Förderung, Betreuung und Vertretung der fachlichen und der besonderen wirtschaftspolitischen und wirtschaftlichen Interessen der Mitglieder und der diesen angeschlossenen Einrichtungen innerhalb des Bereichs der genossenschaftlichen Kreditwirtschaft" (§ 4 (1) der Satzung).

In § 6 (1) der Satzung des BVR ist geregelt, wer alles Mitglied des Verbandes werden kann. So heißt es dort, daß Mitglied werden kann, wer „den regionalen Prüfungsverbänden angeschlossen ist". Und in § 7 (3) der Satzung heißt es bezüglich des „Erwerbs der Mit-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung

gliedschaft", daß Kreditinstitute nach § 6 (1) der Satzung die Mitgliedschaft beim BVR erwerben „durch die Mitgliedschaft des regionalen Prüfungsverbandes, dem sie angehören". Dies ist der besagte Automatismus, der normalerweise die Mitgliedschaft regelt und der bereits im Zusammenhang mit der Satzung des Prüfungsverbandes angesprochen wurde. In der Satzung des Verbandes findet sich noch ein Hinweis auf diesen „Mitgliedschafts - Automatismus". So heißt es in § 17 der Satzung, der die Aufgaben des Vorstands des BVR regelt, unter Ziffer (2) Buchstabe d), daß der Vorstand über die Beschlußfassung der Aufnahme neuer Mitglieder „gemäß § 7 (1) der Satzung" entscheidet. D.h., der Vorstand entscheidet nicht mehr über die Aufnahme der Mitglieder nach § 7 (3) der Satzung (das sind, wie wir festgestellt haben, Kreditgenossenschaften, die einem Prüfungsverband angehören).

Werden unsere Bankgründer nach all diesen Satzungsbeweisen nun mit ihrer Mitgliedschaft in einem Prüfungsverband AUTOMATISCH Mitglied im BVR? Oder war die ganze Mühe diese Satzungssprache zu durchleuchten umsonst? Keinesfalls! Nur: wer den goldenen Schatz erringen will, muß durchs Tal der größten Schrecken. Und um diesen Weg zu gehen, brauchen unsere Bankgründer vor allen Dingen einen langen Atem.

Also wenden wir uns zunächst einem weit größeren Problem für unsere Bankgründer zu, das wiederum indirekt die Eintragung beim Genossenschaftsregister beeinflußt. Es geht um die Mitgliedschaft in einer Einlagensicherung.

Aufnahme in die Sicherungseinrichtungen des BVR

Aufgrund einiger Bankzusammenbrüche und der damit einhergehenden Vertrauenskrise der Bevölkerung in die Kreditwirtschaft, haben die einzelnen Bankengruppen Mitte der siebziger Jahre auf freiwilliger Basis sogenannte Einlagen -Sicherungseinrichtungen aufgebaut. Damit sind die Banken einer gesetzlichen Regelung der Einlagensicherung, wie sie beispielsweise in der USA existiert, zuvorgekommen. Hinzu kam für den Gesetzgeber diese freiwillige Sicherung der Einlagen zu akzeptieren, die Tatsache, daß, wie der damalige Finanzausschuß des Dt. Bundestages feststellte, „die Kreditinstitute bereits weitgehend einer Einlagensicherung angehören oder im eigenen Interesse die Mitgliedschaft anstreben". Der Finanzausschuß bewertete die Anzahl der noch nicht einer Einlagensicherung angehörenden Banken „als nicht so gravierend", als daß er deswegen die „eigenverantwortliche Sicherung in freier Entscheidung des privaten Bankgewerbes durch eine Pflichtmitgliedschaft beeinträchtigen" wollte. Außerdem ging der Finanzausschuß davon aus, daß eine „Tendenz zur Vervollständigung und Schließung der letzten Lücken" einsetzen würde. Parallel dazu wurde in den § 32 des KWG der Absatz (3) neu eingefügt, der vor der Erteilung der Erlaubnis zum Betreiben von Bankgeschäften die Anhörung des zuständigen Verbandes vorsieht. Diese Anhörung ist nun zwingend.

Im Rahmen dieser neuen Bestimmung wird das BAK einem Kreditinstitut die Erlaubnis zum Betreiben von Bankgeschäften, insbesondere des Einlagengeschäftes, in der Regel nur erteilen, wenn das Institut bereit ist, sich einer Einlagensicherung anzuschließen. Über die Aufnahme in die Einlagensicherung entscheidet aber nicht das BAK, sondern der zuständige Bankenverband, dem sich das Institut anschließen will. Dieser Verband ist im Falle unserer Bankgründer der BVR, der die Sicherungseinrichtungen der Genossenschaftsbanken unterhält. Mit der Formuliering in § 32 Abs. (3) KWG wollte der Gesetzgeber dem zuständigen Verband vor der Erlaubniserteilung die Möglichkeit geben, auf Tatsachen hinzuweisen, die es nach den Statuten der Sicherungseinrichtung rechtfertigen würden, den Aufnahmeantrag des Instituts abzulehnen. In seiner Entscheidungsfreiheit wird das BAK durch diese Anhörungspflicht aber nicht beschränkt. So kann das BAK entgegen der Stellungnahme des Verbandes zur Frage der Aufnahme in die dortige Sicherungseinrichtung die Erlaubnis erteilen, wenn es der Auffassung ist, „daß die vom Verband vorgetragenen Gründe für die Ablehnung eines Antrages auf Aufnahme in die Sicherungseinrichtung einer kartellrechtlichen oder gerichtlichen Nachprüfung nicht standhalten würden" (so ebenfalls der Finanzausschuß).

Damit läßt das Gesetz wieder alles offen. Nach wie vor steht nicht eindeutig fest, ob das BAK eine Erlaubnis ohne die Mitgliedschaft in einer Einlagensicherung erteilt, auch wenn unsere Bankgründer besten Willens sind, sich einer Einlagensicherung anzuschließen, aber sich der zuständige Verband bezüglich der Aufnahme versperrt. Wenn der Marktzutritt für unsere Bankgründer, die sich nun mal für die Wahl der Rechtsform der Genossenschaft entschlossen haben, aber nun nur über die Mitgliedschaft in der Einlagensicherung möglich ist, die Aufnahme ihnen aber verwehrt wird, erscheint dann nicht am Horizont die kartellrechtliche Problematik?

Doch bevor der Blick zu weit schweift, holen wir ihn noch mal zurück zum Statut der Sicherungseinrichtungen des BVR.

Zweck des Garantiefonds ist es gemäß § 1 (1) des Statuts, „drohende oder bestehende wirtschaftliche Schwierigkeiten bei den angehörenden Banken abzuwenden oder zu beheben und Beeinträchtigungen des Vertrauens in die genossenschaftlichen Kreditinstitute zu verhüten". Dem Garantiefonds selbst gehören die „Mitgliedsbanken" an. § 3 (1) des Statuts erläutert den Begriff der Mitgliedsbanken. So heißt es dort, daß Mitgliedsbanken die Banken sind, die: „a) bei Inkrafttreten des Statuts Mitglied des BVR sind und dieses Statut durch schriftliche Erklärung als für sich verbindlich anerkannt haben und b) dieses Statut bei dessen Inkrafttreten durch schriftliche Erklärung als für sich verbindlich anerkannt haben". Damit könnten auch Banken, die nicht dem BVR als Mitglied angehören, der Sicherungseinrichtung beitreten.

Automatisch im BVR nicht aber in der Einlagensicherung

Da unsere Bankgründer mit ihrer Aufnahme in den Prüfungsverband automatisch (wie oben ausführlich dargestellt) Mitglied im BVR werden, heißt das auch, daß sie dann automatisch Mitglied der dortigen Sicherungseinrichtungen werden? Weit gefehlt! Die Ziffer (2) des § 3 des Statuts der Sicherungseinrichtung steht da sperrig im Wege und erklärt kurz und bündig: „Über den Antrag einer Bank, die nach dem in Absatz 1 genannten Zeitpunkt (dem Inkrafttreten des Statuts, T.M.) in den Garantiefonds einbezogen werden möchte, entscheidet der Vorstand des BVR". D.h., die Bankgründer werden zwar automatisch mit ihrer Aufnahme in einen Prüfungsverband Mitglied im Bundesverband, aber nicht in der dortigen Sicherungseinrichtung. Für diese Aufnahme bedarf es einer entsprechenden Entscheidung des Vorstandes des BVR.

Dieser Aufnahme dürfte aber doch eigentlich nichts im Wege stehen. Denn in der Satzung des Prüfungsverbandes heißt es doch ganz deutlich in § 13 (2) Nr. 13: „Die Mitglieder sind insbesondere verpflichtet, sich an den für die jeweilige Fachsparte geschaffenen Sicherungseinrichtungen zu beteiligen". D.h., die Mitgliedschaft in der Sicherungseinrichtung gehört zu den Pflichten der Mitglieder des Prüfungsverbandes.

Verwirrend ist nur, die seit dem 1.1.1986 geltende Bestimmung, daß der Antrag auf Erwerb der Mitgliedschaft an den Vorstand des BVR zu richten ist, der dann über die Aufnahme entscheidet. Vor diesem Zeitpunkt wurde auch die Mitgliedschaft in der Sicherungseinrichtung automatisch und ohne daß es einer ausdrücklichen Zustimmung bedurft hätte, mit der Mitgliedschaft in einem Prüfungsverband erworben.

Wenn nun die Eintragung durch das Registergericht abhängig ist von der Erlaubnis durch das BAK, wenn diese Erlaubnis ihrerseits wiederum abhängig von der Mitgliedschaft in einer Einlagensicherung sein sollte, dann wäre zur Eintragung der Genossenschaft die Mitgliedschaft in der Sicherungseinrichtung des BVR notwendig. Und wenn der Vorstand, der über den Aufnahmeantrag in die Sicherungseinrichtungen entscheiden muß, den Antrag ablehnt, was dann? Auf diese Frage soll in Teil 4 der Dschungelreise näher eingegangen werden.

Nehmen wir für den weiteren Ablauf mal an, die Bankgründer wären mittlerweile Mitglied in einem Prüfungsverband und sie hätten die Erlaubnis des BAK mit oder ohne Mitgliedschaft in einer Einlagensicherung. Damit wären die wesentlichen Grundlagen zur Eintragung in das Genossenschaftsregister geschaffen.

Eintragung der Genossenschaft

Die Eintragung der Genossenschaft geht in drei Stufen vor sich: 1. mit der Anmeldung zur Eintragung (§ 11 GenG), 2. der Registergerichtlichen Gründungsprüfung (§ 11a GenG) und 3. der Eintragung der Genossenschaft (§ 10 GenG).

Der Anmeldung zur Eintragung sind eine ganze Reihe von Unterlagen beizufügen – von denen die wesentlichen eben erläutert wurden – ohne die das Registergericht die Eintragung ablehnen wird. So sind der Anmeldung beizufügen: 1. das Statut der Genossenschaft, 2. eine Liste der Genossen, 3. eine Abschrift der Urkunden über die Bestellung des Vorstands und des Aufsichtsrats, 4. die Bescheinigung des Prüfungsverbandes, daß die Genossenschaft zum Beitritt zugelassen ist, 5. das Gründungsgutachten des Prüfungsverbandes, 6. Angaben über die Vertretungsbefugnis der Vorstandsmitglieder, 7. die Unterschriften der Vorstandsmitglieder in öffentlich beglaubigter Form und 8. die Erlaubnis zum Betreiben von Bankgeschäften durch das BAK.

Das Registergericht hat nun zu prüfen, „ob die Genossenschaft ordnungsgemäß errichtet und angemeldet ist, ist dies nicht der Fall, so hat es die Eintragung abzulehnen" (§ 11a (1) GenG). „Das Gericht", so § 11a (2) GenG weiter, „hat die Eintragung auch abzulehnen, wenn nach den persönlichen oder wirtschaftlichen Verhältnissen, insbesondere der Vermögenslage der Genossenschaft, eine Gefährdung der Belange der Genossen oder der Gläubiger der Genossenschaft zu besorgen ist".

Damit hat das Registergericht nicht nur die formelle und materielle Richtigkeit der Eintragung zu prüfen, sondern auch eine Wirtschaftlichkeitsprüfung durchzuführen. Bei dieser sogenannten „wirtschaftlichen Gefahrenabwehrprüfung" wird sich das Registergericht i.d.R. auf das Gründungsgutachten gemäß § 11 (2) Nr. 4 GenG des Prüfungsverbandes beziehen. Hält es die Ergebnisse des Gründungsgutachtens für plausibel, so wird es die Genossenschaft – bei einem positiven Gutachten – eintragen oder – bei einem negativen Gutachten – nicht eintragen. Grundsätzlich ist das Registergericht aber nicht an das Gründungsgutachten gebunden. Sollte sich das Registergericht allein mit dem Gründungsgutachten des Prüfungsverbandes keine Meinung bilden können, so darf es weitere Ermittlungen anstellen (z.B. ein Sachverständigengutachten einholen). I.d.R. schließt sich das Registergericht jedoch der Meinung des Prüfungsverbandes in dessen Gründungsgutachten an.

Fehlt jedoch die Zulassungsbescheinigung des Prüfungsverbandes, so muß das Registergericht die Eintragung der Genossenschaft auf jeden Fall ablehnen. Für die Überprüfung einer ablehnenden Zulassungsentscheidung des Prüfungsverbandes steht dem Registergericht kein Ermessen zu. Es ist daher an die Verbandsentscheidung gebunden und darf die werdende Genossenschaft nicht eintragen.

Sollten alle notwendigen Unterlagen der Anmeldung beigefügt sein, diese formell und materiell in Ordnung und ein positives Gutachten des Prüfungsverbandes vorliegen, so wird das Registergericht die Genossenschaft in das Genossenschaftsregister eintragen.

Besonders spitzfindige Reisebegleiter könnten nun fragen: muß der Prüfungsverband die Genossenschaft auch bei einem negativen Gründungsgutachten zulassen? Wenn sich das Registergericht zusätzlich diesem Negativgutachten nicht anschließt, eigene Ermittlungen anstellt und danach die Genossenschaft einträgt? Wäre dies möglich? Dies wäre möglich, ist allerdings sehr unrealistisch. Grundsätzlich ist davon auszugehen, daß der Prüfungsverband nur bei einem positiven Gutachten die Genossenschaft zum Beitritt in den Verband zuläßt und aufgrund dieses Beitritts die Genossenschaft eingetragen werden kann.

Fast am Ziel?

Mit der Eintragung der Genossenschaft hätten unsere Bankgründer ihr Ziel erreicht: wenn der Weg der Gründung so systematisch wie in den Teilen 1 bis 3 dieser juristischen Wegbeschreibung verlaufen wäre. Wie gesagt, wenn das Wörtchen wenn nicht wär'...! Oder: der Teufel steckt im Detail, bzw. zwischen den §§, ja manchmal sogar zwischen den Buchstaben des Gesetzes.

Die teilweise Auflösung dieser Verstrickungen und die Beschreibung des sich am Ende des Tunnels abzeichnenden Lichts soll im nächsten und letzten Teil dieser Ausführungen erfolgen.

Torsten Martin

Fortsetzung in der nächsten CONTRASTE

Treugeldstand per 20.11.1986	**6.392.782,00 DM**
Treugeldgeber/innen	**12.653**
Treugeldstand nach Regionen:	
Baden-Württemberg	1.394.773,00 DM
Nordrhein-Westfalen	1.168.543,00 DM
Hessen	978.735,00 DM
Bayern	972.697,00 DM
Bremen/Niedersachsen	588.101,00 DM
Berlin	345.930,00 DM
Schleswig-Holstein/Hamburg	546.054,50 DM
Rheinland-Pfalz	210.651,00 DM
Saarland	55.800,00 DM
Ausland	131.497,00 DM

Treugeldkonto: Postgiroamt Frankfurt/Main, Konto-Nr. 4151 75 – 609 (Anteil Startkapital Ökobank)

Vorgespräch der alternativen Finanzierungseinrichtung im Raum München am 20.10.1986

Pressemitteilung

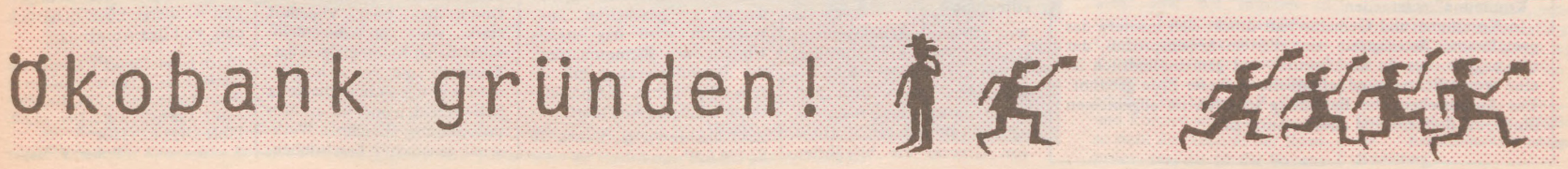
erstellt von Wolfgang Stallbaum/Freunde und Förderer der Ökobank, Landesverband Bayern e.V., Jahnstr. 20, 8000 München 5, Tel. 089/26 67 36 oder 70 47 77 oder 39 62 23

Zu einem dreistündigen Vorgespräch über die Vernetzung der alternativen Finanzierungseinrichtungen im Raum München trafen sich am 22.10.86 um 19 Uhr in den Räumen der Bankinitiative für Frieden und Ökologie (Direktkreditvermittlung) in München, Kobellstr. 10, insgesamt 18 Vertreter/innen der Netzwerke München und Landsberg/Lech, der Bankini, des Ökofonds Bayern und des Ökobankvereins/Gruppe München. Eingeladen hatte der Ökobankverein, der eingangs den aktuellen Stand seines Projektes darlegte und die vielen kritischen Fragen hinsichtlich der Tendenz zur Großstruktur infolge der künftigen Ökobank e.G. soweit derzeit möglich zu beantworten versuchte:

Es wurde folgender Konsens erzielt:

- Netzwerk, Bankini, Ökofonds und Ökobankvereinsgruppe wollen sich verstärkt gegenseitig politisch unterstützen und bei der Projektberatung praktisch zusammenarbeiten. Hierzu soll ein regelmäßiges Treffen der Gruppen eingerichtet werden.
- Hinsichtlich größerer Kreditbeträge besteht ein Bedarf nach einer Ökobank.
- Es sollten aber Gegengewichte zur Vereinszentrale gesetzt werden, z.B. durch Errichtung möglichst vieler Regionalstellen.
- Das Netzwerk Landsberg könnte als Kontaktstelle des Ökobankvereins fungieren, wenn ein eigenes Modell entwickelt wird.
- Mittelfristig soll bei entsprechendem Bedarf die Einrichtung von Büros in einem gemeinsamen Gebäude erwogen werden.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.



Landkommunen - die verwirklichte Idee

Teil 1: Die Theorie der Kommune

Red. Kassel Dieser Artikel ist der Beginn einer Serie über ländliche Siedlungen. Wir wollen damit untersuchen, welche Konsequenzen für eine alternative selbstverwaltete Ökonomie aus der Idee von Landkommunen gezogen werden können. Bieten die Landkommunen Modelle für eine Ökonomie der Zukunft oder müssen neue Formen entwickelt und gelebt werden? Im Anschluß an diesen mehr grundsätzlichere Fragen betreffenden Artikel werden in den nächsten Ausgaben von CONTRASTE anhand historischer und aktueller Beschreibungen von Landkommunen Modelle für einen Widerstand durch dezentrale Einheiten entwickelt werden.

Anlaß für diesen Artikel war eine Diskussion in dem Kasseler Kulturzentrum „Werkstatt Kassel". Anläßlich einer Ausstellung über anarchistische Gegenmodelle zur bürgerlichen Gesellschaft entspann sich eine Diskussion um die praktische Bedeutung von Landkommunen für eine Gesellschaftsveränderung. Dabei prallten entgegengesetzte Entwürfe aufeinander. Auf der einen Seite das Konzept des Autors der Bücher „Arche Noah 84" und „Oasen der Freiheit", Horst von Gizyckis': „Die traditionelle Landkommune ist in Deutschland am Sterben. Es kommt heute auf eine Verbindung von Stadt- und Landgemeinschaften an. Größere Gemeinschaften müßten endlich ins Leben gerufen werden."

Dagegen stand die Position: „Nur kleine Einheiten, die eine maximale Größe von 16 Gruppenmitgliedern umfassen dürften, sind heute überlebensfähig. Jede Gruppe, die nicht selbst verantwortlich ist für ihre Ver- und Entsorgung, ist kein Modell einer ökologischen Zukunft. In Städten Kommunen zu entwickeln ist denkbar ungeeignet."

In der Bedeutung der Landkommunen waren sich jedoch beide Positionen einig: Nür über ein selbstbestimmtes Leben, das heißt, durch die Aufhebung der Trennung von Wohnen und Arbeiten kann diese natur- und gesundheitszerstörende Gesellschaft überwunden werden. Was steckt also hinter der Idee einer Kommune?

„Grundvoraussetzung jeder kommunitären Gemeinschaft ist die Umsetzung des anarchistischen Gedankens der Herrschaftsfreiheit", so Kathrin Best-Mayer, Mitglied der nordhessischen Landgemeinschaft Riedmühle. Die Riedmühle könnte modellhaft für eine neue Form einer Landkommune stehen, die sich abwendet von der eindimensionalen Betätigung in der Landwirtschaft und sich hinwendet zu einem verflochtenen Geschehen innerhalb der Gruppierung und darüberhinaus aktiv Verflechtungen zu anderen Lebensgemeinschaften knüpft. Kathrin weiter: „Die qualitative Vielfalt an Arbeits- und Tätigkeitsbereichen innerhalb der eigenen Gruppe macht das Überleben als Gemeinschaft heutzutage überhaupt erst möglich."

Überschaubare Verknüpfung ist das aktuelle Motto moderner Landkommunen. Was verbirgt sich hinter diesem Begriff?

Robert F. Mayer von der „Riedmühle" beschreibt die Idee, die Anlaß für den Aufbau der Riedmühle war: „Hier sollen neue lebensreformerische, sozialpolitische und ökologische Alternativen zu den derzeitig etablierten Wirtschafts- und Staatssystemen entwickelt werden. Gemeinschaften, wie die Riedmühle, sind ein soziales und ökologisches Experimentierfeld für eine Gesellschaft von morgen. Hier soll das künftig Mögliche zumindest keimhaft vorweggenommen werden."

In einer Kommune wird Arbeit, Besitz und Familie neu definiert. Es gibt weder eine Einzelfamilie noch eine Großfamilie. Die Familienstruktur ist im Idealfall zugunsten einer Bezugsstruktur jenseits blutverwandter Normierungen aufgehoben. Privatbesitz ist nur minimal vorhanden. Die Räumlichkeiten und das Inventar sind Eigentum der Gruppe. Jeder arbeitet nach Möglichkeit in der Gruppe für die Gruppe. Die Gemeinsamkeit von Arbeit und Besitz wird so zur Grundbedingung für das Zusammenleben.

Wichtiges Kriterium für das Funktionieren einer Gruppe ist die Entscheidungsfindung. Kathrin: „Unsere Entscheidungsfindung ist dem Einmütigkeitsprinzip verhaftet. Das heißt, alle Mitglieder müssen solange diskutieren, bis niemand mehr gegen eine Maßnahme ist oder diese zumindest toleriert. Insofern ist eine Herrschaftsausübung von vornherein ausgeschlossen. Eine Arbeitsteilung ist möglich, jedoch soll daraus keine Ungleichbewertung abgeleitet werden. Nicht die Gleichberechtigung, sondern die Gleichbewertung steht dabei im Vordergrund."

Landkommunen verstehen sich insofern als eine eigenständige wirtschaftliche, politische und geistige Einheit, sie verstehen sich als eine eigenständige überschaubare Gesellschaft, in der sich der Einzelne sinnvoll in die Tätigkeitsbereiche der Gesamtgruppierung einbringen kann.

Gunar Seitz

Kommune - Gemeinschaft

Was heißt das Wort Kommune, woher kommt das Wort Kommune, welche Bedeutung liegt in diesem Wort? Wenn wir nach dem Ziel und dem Selbstverständnis von Landkommunen fragen, stoßen wir auf den Begriff Gemeinschaft. Das gemeinsame Miteinander-Leben und das gemeinsame Miteinander-Arbeiten war und ist Ausgang jeder Landkommune. Auch die großen Theoretiker der Landkommunebewegung, die Anarchisten Kropotkin, Tolstoi, Landauer und Bookchin verwenden Begriffe wie „Gemeinschaftsgeist", „gemeinschaftliches Leben und Arbeiten", „Gemeinschaftsprinzip". In ähnlicher Weise bemühen die Sozialistischen „Gemeinwirtschaftler" den Begriff des Gemein-samen.

Was heißt nun gemeinschaftlich, gemeinsam, Gemeinschaftsgeist, Gemeinwirtschaft? Das Wort Gemeinschaft ist auf das althochdeutsche Wort gimeini zurückzuführen. Dieses Wort bezieht sich wiederum auf den indoeuropäischen Stamm von mei. Mei bedeutet „wechseln, tauschen." Mei ist ein Begriff des Aktivseins, des aktiven Abgebens und des aktiven Aufnehmens. Mei ist der Prozess. Mei ist Leben. Mei ist die Dynamik des Seins.

Das heißt, im Begriff mei steckt die Grundstruktur von allem Leben der Natur. In mei steckt aber auch die eigentliche Bestimmung menschlichen Daseins. Denn menschliches Dasein ist ebenfalls geprägt von einem dynamischen Geben und Nehmen. Wir wechseln ständig Energien und Stoffe mit der nichtmenschlichen Natur. Wir wechseln ständig Energien, Stoffe, Gedanken, Vorstellungen, Gefühle mit anderen Menschen. Der Mensch ist im Grunde ein „Wechsler" ein „Tauscher", ein „Mei".

Viele indoeuropäische Sprachen nahmen dieses mei in ihr Sprachgefüge auf. So zum Beispiel wird mei im Griechischen zu „ameibein" und zum Substantiv „amoibe". Von amoibe ist unser Wort Amöbe abgeleitet, das soviel wie Gestaltwechsler heißt. Im Lateinischen wird mei zu dem Wort „migrare": den Ort wechseln. Weiterhin führt es zum Wort „mutare": ändern, tauschen. Unsere Wörter Mutation und Mauser kommen aus diesem Wortstamm. Das Substantiv heißt im Lateinischen „munus". Es bedeutet soviel wie Dienst, Geschenk, Liebesgabe. In seiner ursprünglichen Bedeutung bezeichnet es eigentlich die Tauschgabe.

Die Silbe „mun" (altlateinisch „moi") ging in das lateinische Wort „com-munis" (altlateinisch „com-moinis") ein. Es bedeutete ursprünglich mitverpflichtend, mittauschend, mitleistend. Communis bezeichnet das Mitdabeisein am aktiven Geschehen. Das abgeleitete Verb „communicare" ist mit: etwas gemeinsam machen, gemeinsam beraten, einander mitteilen, zu umschreiben. „Communio" als Substantiv bedeutet die Gemeinschaft. Dieses „communio" weiterentwickelt zu „communia" wurde zum französischen „commune" und bedeutet: mehreren oder allen gemeinsam, allgemein, gewöhnlich. Im Mittelhochdeutschen ist dann aus dem französischen Wort „commune" das deutsche Wort „Kommune" entstanden.

In Kommune und Gemeinschaft drückt sich insofern das gemeinsame Beteiligtsein am aktivem Lebensprozeß, der alle angeht, aus. In kommunitär und gemeinschaftlich ist eine wesentliche Grundbefindlichkeit dieser Erde genannt: Das Austauschen, das Beziehung schaffen im allgemeinen Sinne, bei dem alle und alles beteiligt ist.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Anregungen für ökologische Widerstandskämpfer

Ulrich Linse
Zurück o Mensch zur Mutter Erde — Landkommunen in Deutschland 1890-1933

Die Ökologiebewegung ist eine historische Realität. Geschichtswissenschaftler beschäftigen sich bereits mit dieser Anfang der 80er Jahre überaus bedeutenden Bewegung. Insofern rückt die historische Analyse mehr und mehr in den Mittelpunkt der Betrachtungen. Dabei kommen, vielleicht etwas zu spät, die Jahrhunderte zurückreichenden Wurzeln dieser Bewegung ins Blickfeld. Eine der bedeutendsten Wurzeln dieser anfänglich radikalen Bewegung ist zweifelsohne die Landkommunenbewegung.

Der Autor Ulrich Linse hat mit seinem 1983 erschienenen umfangreichen Band über die sozialpolitischen Kommunen zu Beginn unseres Jahrhunderts eine vielfach vergessene Tradition aufgearbeitet und damit für den heutigen Kampf um ein ökologisches und soziales Überleben fruchtbar gemacht. Der aus dem schwäbischen Neu-Ulm stammende Linse zeigt seit Jahren deutliches Interesse an der Thematik anarchistischer und jugendbewegter Gemeinschaftsbildungen, den beiden Hauptformen kommunitärer Projekte in Deutschland vor deren Zerschlagung durch die selbst von großen Teilen der Jugendbewegung unterstützten Nazis.

Bilden die anarchistischen Siedlungen wie Sonnenhof, Sannerz, Barkenhoff oder die Freie Erde mehr gesellschaftsrevolutionäre und libertäre Umgangsweisen aus, so sind die von der Jugendbewegung ausgehenden Siedlungen wie Donnershag oder Vogelhof stark von völkisch-gemeinschaftlicher Ideologie geprägt. Ebenfalls sind exotische Formen wie die Frauen-Siedlung Schwarzerden oder die anthroposophische Münchner Werkschar genauesten beschrieben.

Insgesamt stellt Linse 15 Landkommunen in seiner reichhaltigen Quellensammlung vor. Neben einem einleitenden Text des Autors wird die damalige Lebensgestaltung und deren ideologische Verwurzelung anhand von Manifesten und Briefen, Zeitschriftenartikeln, privaten Aufzeichnungen und Fotos dokumentiert. Er zeigt in leicht zugänglicher Form die gesellschaftlichen Hintergründe und die Alltagspraxis wie auch die weltanschaulichen Motivationen deutscher Siedlungsbewegungen in den Jahren 1890 bis 1933 auf.

Anhand des „Freundschaftsbegriffs" bei Aristoteles (philia) weist Linse die lebendige Triebkraft für Gemeinschaftsbildungen auf. Die „optimale Selbstverwirklichung und Gestaltung einer gerechten Ordnung" wird der Ausgang der neueren Kommunebewegung zu Beginn dieses Jahrhunderts. Insbesondere die durch Max Weber analysierte „Verdrängung der Freundschaft in den privaten Bereich bei gleichzeitiger Bürokratisierung und Hierarchisierung des öffentlich-herrschaftlichen Sektors, versuche die Kommunebewegung wieder rückgängig zu machen, indem sie sich ernsthaft bemühe, die Freundschaft in der Form einer öffentlichen Vereinigung wiederzubeleben".

Linses Buch zeigt in deutlicher Weise, daß das moderne ökologische Gedankengut fast 100 Jahre zuvor bereits ansatzweise formuliert und gelebt wurde. Schon damals wurde die Einheit von menschlich-sozialem Tätigsein und ökologischer Globalgestaltung formuliert. Dies insbesondere durch die beiden Anarchisten Landauer und Robien. Für die ökologisch orientierten Widerstandskämpfer der heutigen Zeit ist dieses Buch sicherlich eine wichtige Anregung.

Ulrich Linse: Zurück o Mensch zur Mutter Erde – Landkommunen in Deutschland 1890-1933, dtv, München, 1983, 359 S., DM 15,80, ISBN 3-423-02934-X

Robert F. Mayer

Rolf Goetz
Von der Landkommune zur Dorfgemeinschaft — ökologische Modelle zwischen Anarchie & Spiritualität

Rolf Goetz versucht in diesem Buch die weltanschaulichen Grundlagen der modernen Kommunebewegung in der BRD, in den USA und in Indien aufzuzeigen. Er beschreibt, wie die unterschiedlichsten Modelle von hierarchielosem Zusammenleben ihre Wirkungen auf die Ökologie haben, beziehungsweise, inwiefern das ökologische Paradigma die Landkommunen prägt. Goetz plädiert für die Vielfalt der Modelle. Denn gerade in der Vielfalt der verschiedenen Einflüsse und praktizierten Methoden liegt die Stärke der Landkommunen.

Zündhölzchen Verlag, Kassel, 1980, 128 S., vergriffen – nur kopiert erhältlich.

Horst von Gizycki, Hubert Habicht
Oasen der Freiheit — Von den Schwierigkeiten der Selbstbestimmung

Wo gab es bislang Gemeinschaften, die kommunitäres Leben mit religiösen Inhalten verbanden? Dieses Buch spürt genau dieser Frage nach. Im ersten Teil beschreibt Horst von Gizycki die bewährten Überlebensmodelle, insbesondere amerikanischer Kollektive und Landkommunen. Im zweiten Teil stellt Hubert Habicht die praktischen Versuche in der Bundesrepublik Deutschland vor. Hier werden insbesondere religiöse und psychosoziale Themen behandelt.

fischer alternativ, Frankfurt, 1978, 191 S., DM 7,80

Gustav Heineke
Frühe Kommunen in Deutschland — Versuche neuen Zusammenlebens. Jugendbewegung & Novemberrevolution 1919–24

Gustav Heineke will mit diesem Buch die Kenntnisse von vergangenen Experimenten sozialen Zusammenlebens erweitern, um damit die Probleme gegenwärtiger Versuche des alternativen Zusammenlebens in Kommunen schärfer zu sehen und für Lernprozesse zu nutzen. Mehrere ländliche Siedlungen aus den zwanziger Jahren werden dargestellt: wie die Menschen gelebt haben, was sie erreichen wollten, und warum sie gescheitert sind. Weiterhin wird das soziale Umfeld der Kommunarden, die Jugendbewegung mit ihrem bürgerlichen und proletarischen Flügel geschildert.

Zündhölzchen-Verlag, Kassel, 76 S., DM 6,50

»Wir haben für Land gekämpft«

Gespräch mit Eliseo Soza Aguinaga, dem Vorsitzenden der Kooperative Bernadio Diaz Ochoa. Die Kooperative liegt bei Esquipulas, ca. 50 km von Matagalpa.

Über lange Zeit war die Förderung von Kooperativen das Kernstück der sandinistischen Agrarpolitik. Die Arbeit in Kooperativen sollte einen Lernprozeß von konservativ-individualistischen, tradionellen bäuerlichen Verhaltensweisen hin zu kooperativem und sozialem Verhalten fördern. Es gibt drei Arten von Kooperativen:

- Kredit- und Dienstleistungskooperativen (CCS), jeder Bauer bearbeitet sein eigenes Land, lediglich technische Beratung, Beantragung von Krediten usw. erfolgt gemeinsam
- Kooperativen der toten Furche (CSM), Landbesitz ist privat, der Einsatz von Maschinen und ein Teil der Bewirtschaftung erfolgt gemeinsam
- Sandinistische Agrarkooperative (CAS), das Land ist in Kooperativenbesitz und wird gemeinsam bewirtschaftet. Diese Form stellt somit einen „selbstverwalteten Agrarbetrieb" dar und ist die „entwickeltste" Kooperativenform.

Eliseo, kannst du uns etwas über die Geschichte der Kooperative erzählen?
Früher war das Land hier eine private Hacienda. Als unsere Gruppe das Land besetzte, verkaufte der Besitzer das Land an den Staat. Der gab es dann der Kooperative. Das war der Anfang der Kooperative. Gegründet wurde sie 1981.

Warum habt ihr euch als CAS-Kooperative organisiert?
Wir waren die erste Kooperative, die sich im Gemeindebezirk von Esquipulas gebildet hat und wir waren beispielgebend für die nachfolgenden Kooperativen. Jetzt gibt es hier im Bezirk Esquipulas die Kooperativen Bernadino de Ochoa, Miravalle, Cerro del Padre, el Terrero, Santana, Sidena und der surco muerto el Barro. Die CAS ist eine Organisationsform, es gibt insgesamt drei Kooperativenarten: die Kredit- und Dienstleistungskooperativen CCS, die sandinistischen Landwirtschaftskooperativen CAS und die surco muertos.

Von wem ging die Initiative zur Gründung der Kooperative aus, vom Staat oder von Euch selbst?
Wir waren früher in der Landarbeitergewerkschaft ATC organisiert. Wir haben für Land gekämpft, auch nach dem Sieg der Revolution. Und im Zuge der Agrarreform wurde der Kooperative als ganzes das Land übereignet. Zuerst bauten wir nur granos basicos und zwar nur Bohnen an. So fingen wir damals an.

Was haben die einzelnen Mitglieder vor dem Sieg der Revolution gemacht?
Wir haben als Landarbeiter auf einer Hacienda gearbeitet. Land für die Landarbeiter und so etwas wie Kooperativen, das gab es damals nicht. Die Revolution wurde für die Bauern gemacht. Die Revolution hat den landlosen Bauern Land gegeben, damit sie es bestellen können, sie hat den Armen neue Möglichkeiten eröffnet und wir können jetzt vieles verwirklichen. Unsere Kooperative, zum Beispiel, hat am Anfang nur Bohnen angebaut, dann haben wir auf Milchwirtschaft umgestellt und für die Zukunft planen wir noch weiterführende Projekte.

Kannst du uns etwas über dein Leben erzählen?
Na klar (er lacht). Ich bin immer Landarbeiter gewesen. Ich stamme aus San Antonio und ging später nach Palaco ciquina. Ich habe im Laufe meines Lebens in verschiedenen Orten gearbeitet. Daher kenne ich praktisch fast ganz Nicaragua. Vor 16 Jahren bin ich nach Esquipulas gekommen und geblieben. Wir fingen dann hier an, für Land zu kämpfen. Durch die Revolution haben wir bessere Lebensbedingungen erreicht.

Frage an Pastor Mendoza, ein weiteres Kooperativenmitglied: **Wie lange arbeitest du schon hier?**
Seit 5 oder 6 Jahren arbeite ich hier und ich bin mit der Arbeit sehr zufrieden. Wir sehen, daß wir vorwärtskommen, daß wir ständig Fortschritte machen. Wir haben von verschiedenen Stellen Hilfe bekommen, z.B. von der Agrarreform, wir erhalten technische Beratung und Kredite. Wir freuen uns, daß wir Leute kennenlernen, die von weit her kommen, so wie ihr. Früher lernten wir nichts kennen. Heute ist das ganz anders, heute unterhalten wir uns mit jedem, der zu uns kommt, wir laden ihn ein und wir und der Besucher finden es toll, uns unterhalten zu können. Uns geht es hier gut, wir bauen Mais und Bohnen an und wir haben Milchkühe und sehen, daß wir jedes Jahr ein Stück vorankommen.

Eliseo, was passiert mit den Agrarprodukten, die ihr hier anbaut, sind sie ausschließlich für den Eigenbedarf?
Wir bauen sie hauptsächlich für den Eigenbedarf an. Jedes Mitglied der Kooperative hat eine Parzelle von ungefähr 1,4 Hektar, die er für die Versorgung seiner Familie bestellt. Ansonsten arbeitet die Kooperative im Kollektiv. Wenn wir mehr als genug haben, verkaufen wir die Überschüsse an den Staat. Wenn ein Händler vorbeikommt und uns einen höheren Preis bietet, verkaufen wir ihm auch 2 oder 3 Zentner, und er muß es dann mit MICOIN, dem Ministerium für Binnenhandel, regeln.

Was geschieht mit den Einkünften der Kooperative?
Der Erlös wird unter den Mitgliedern aufgeteilt. Hier zeigt sich die Verbesserung unseres Lebensstandards. Wir können jetzt unseren Kindern Schuhe und Kleidung kaufen, der ganzen Familie. Früher wurde immer alles gleich als Kommunismus verteufelt. Doch wir wissen gar nicht, was Kommunismus, was Marxismus-Leninismus ist. Darüber hat mit uns noch niemand gesprochen. Nur mit dem companero der Frente, mit dem Delegierten der sandinistischen Regierung sprechen wir gelegentlich über politische Dinge. Was wir wissen ist, daß das Land nun uns gehört und auch was wir verdienen, gehört uns. Vor zwei Jahren haben wir 100 Kühe gekauft und den Kredit von der staatlichen Bank haben wir schon zurückgezahlt. Nun gehört alles uns, der Kooperative. Was wir haben, gehört allen und jeder companero hat ein Recht darauf. Auch die Kälbchen, die hier geboren werden, gehören uns.

Wieviel Land besitzt die Kooperative?
Sie besitzt insgesamt 400 manzanas, das sind 280 Hektar.

Bleibt euch noch Geld für zukünftige Investitionen?
Wir haben unsere Ersparnisse auf der Bank und nur wenn Investitionen anstehen, greifen wir darauf zurück.

Welche Projekte gibt es für die Zukunft?
Zunächst einmal muß das Haus der Kooperative renoviert werden. Außerdem wollen wir die Milchproduktion verbessern und die Viehhaltung. Wir brauchen einen Melkstall mit Futterstellen, wo die Kühe fressen können und gleichzeitig gemolken werden.

Eliseo Aguinaga

Nehmen wir mal an, ihr würdet einen Kredit bei der staatlichen Bank aufnehmen, könntet ihn aber nicht zurückzahlen, weil die Ernte oder die Milchproduktion ganz schlecht ausfällt, was passiert in so einem Fall?
Wenn wir einen Kredit aufnehmen, wird ein Vertrag gemacht und wir verpflichten uns, jedes Jahr einen bestimmten Betrag zurückzuzahlen. Wenn z.B. unsere Kühe krank würden und wir nicht zurückzahlen könnten, dann würde die Bank uns einen Zahlungsaufschub gewähren.

Wie wird man Mitglied der Kooperative?
Ursprünglich hatte die Kooperative 20 Mitglieder, jetzt sind wir nur 17, weil drei von uns ihren Wehrdienst ableisten. Wir wollen neue Mitglieder aufnehmen. Unser Ziel ist es, die Mitgliederzahl von 25 zu erreichen, damit die Kooperative noch besser arbeiten kann. Wenn sich jemand bewirbt, spricht er mit der Asamblea, der Versammlung aller Kooperativenmitglieder. Es wird ihm erklärt, welche Strukturen die Kooperative hat, wir haben nämlich Regeln für die Arbeit festgelegt. Wenn er damit einverstanden ist, wird er aufgenommen. Wir erklären dem companero, daß es gute und schlechte Zeiten gibt. Wenn die Kooperative z.B. gegen Ende des Produktionsjahres, Ende März, kein Geld hat, müssen wir ausharren. Manchmal dauert es zwei Monate, bis ein Kredit mit der Bank ausgehandelt ist. Vor einigen Jahren mußten wir z.B. einmal für zwei Millionen Córdobas Mais kaufen, der von Rio Blanco mit dem Lastwagen nach Esquipulas gebracht wurde. Wir brauchten damals zwar keinen Kredit bei der Bank aufnehmen, aber wir mußten all unsere Ersparnisse ausgeben. Unsere Ausgangssituation ist allerdings heute viel, viel besser als in den Anfangsjahren. Wir haben z.B. Kälber und können sie verkaufen. Ja, so sieht die Realität der Revolution aus, die für die Bauernschaft einen höheren Lebensstandard erreichen will.

Was passiert, wenn ein Kooperativenmitglied die Kooperative verlassen will?
Wenn jemand beschlossen hat, die Kooperative zu verlassen, müssen wir einige Papiere ausfüllen. Er muß uns die Gründe erklären, warum er die Kooperative verlassen will. Dann stellen wir eine Bilanz auf und sagen: „Schau, Bruder, soviel haben wir verdient, hier, das ist dein Anteil."

Wie sehen die Statuten der Kooperative aus, kannst du uns vielleicht die wichtigsten Punkte nennen?
Die Statuten bestehen aus verschiedenen Punkten, die festgelegt worden sind. Jedes Mitglied hat die Pflicht, sich an die Statuten zu halten. Es gibt auch Leute, die nicht arbeiten wollen, für diesen Fall sind die Statuten wichtig. Wir weisen denjenigen daraufhin, daß die Statuten eingehalten werden müssen, daß uns hier alles gehört und daß wir nicht einfach alles herunterwirtschaften oder verkommen lassen können.

Wie entsteht ein Arbeitsplan?
Ende März, am Ende des Produktionsjahres, wird eine Vollversammlung der Kooperative einberufen, die den Plan erstellt und verabschiedet. Für uns wichtige Organisationen, wie die Agrarreformbehörde und die staatliche Entwicklungsbank sind bei der Vollversammlung auch anwesend. Nachdem der Plan verabschiedet worden ist, setzt sich der Vorstand mit den technischen Beratern zusammen und arbeitet den monatlichen Arbeitsplan im Detail aus. Es wird genau aufgelistet welche Arbeiten anstehen, wieviel Arbeitskräfte, wieviele Stunden dafür benötigt werden und was für Ausgaben anfallen. Jeden Monat erstellen wir so einen Arbeitsplan und versuchen ihn zu erfüllen. Wenn wir ihn nicht erfüllen, müssen wir die Gründe dafür anführen. Wenn z.B. jemand krank wird, ist es schwierig, den Plan zu erfüllen.

Mitglieder der Kooperative Bernadio Diaz Ochoa zusammen mit Mitgliedern der Heidelberger Esquipulas-Arbeitsbrigade

Das Gespräch führten Mitglieder der Esquipulas-Arbeitsbrigade, Heidelberg.

Blitzlichter des Wochenendseminars im „Goldenen Anker", Pforzheim:

»Freie Kultur zwischen Aufbruch und Anpassung«

Eine Veranstaltung des Kulturzentrums „Goldener Anker" in Zusammenarbeit mit der ‚Gesellschaft für Politische Ökologie', Baden-Württemberg

Red. Heidelberg Eine solche Frage nach Standort und Alternativen freier Kulturarbeit zu stellen, inmitten der Gefahr des Niedergangs des „Goldenen Anker" aufgrund einer vom Pforzheimer Gemeinderat abgelehnten Zuschußerhöhung, zeigt den festen Willen sich mit Chancen und Gefahren freier Kulturarbeit weiter auseinanderzusetzen, mit dem Ziel des Überlebens. Doch Niedergang, das sei von unserer Seite gesagt, wird lediglich als spielerische Alternative akzeptiert.

Die grundsätzliche Frage des Seminars wurde zuerst anhand von Modellen aus der kulturellen Praxis beleuchtet. Thomas Steinert ergänzte für die Kulturarbeit im ‚Pavillon', Hannover den Begriff ‚Aufbruch' mit ‚alternativen Positionen', denn ‚sich bewegen' verlangt nach gesellschaftspolitisch reflektierten Voraussetzungen im Gepäck als Richtungsweiser. Handlungsleitend für den Pavillon ist der Begriff der Vorfeldorganisation als neuer Organisationstyp, der sowohl staatliche Merkmale (Budget) als auch Kennzeichen freier Gruppen (Selbstverwaltung) aufweist und seine Arbeit zwischen beiden gesellschaftlichen Bereichen leistet. Neben inhaltlicher Arbeit liegt deshalb die Aufgabe von Kulturzentren in ihrer Vernetzungsfunktion. Erfolg und Mißerfolg sind so auch daran zu messen, auf welche Art und Weise vermittelt wird.

Umberto Blumati als Vertreter der ‚Roten Fabrik'/Zürich gelang es, den erzählerisch vermittelten Überlebenskampf der Roten Fabrik in eine scharfe gesellschaftliche Analyse einzuflechten. Das Dilemma linker und alternativer Kulturarbeit ist für ihn manifest; auch die alternative Kulturarbeit droht Gegenstand staatlicher Verwaltung zu werden, denn sie ist auf finanzielle Zugeständnisse angewiesen. Eine Kultur, die sich nicht bloß im alternativen Sandkasten tummelt, sondern in ihrer widersprüchlichen Einheit von Gedächtnis, Erfindung, Produktion und Kritik für eine gerechtere Welt kämpft, also klar politisch Stellung bezieht, hat Schwierigkeiten, eine ökonomische Überlebensbasis zu finden. Fünf Jahre Rote Fabrik, von Umberto Blumati leidenschaftlich geschildert, zeigen diesen Überlebenskampf – mit allen Widersprüchen nach innen und außen. Die Rote Fabrik ist kein großzügiges Geschenk der Stadt Zürich, sie wurde der Stadt Stück für Stück abgetrotzt. Etappen des steinigen Weges gehen von der Gründungsinitiative '74 über den Vorbewegungsfrühling '80 und die Öffnung der Roten Fabrik im selben Jahr, als in Zürich Scheiben klirrten, bis hin zum Kampf gegen den Teilabbruch des Gebäudes. Heute, angesichts der funktionierenden Infrastruktur in der Roten Fabrik, muß mehr um die konkrete Ausgestaltung und die konkreten Inhalte gestritten werden. Denn sonst läuft die Rote Fabrik Gefahr, subventioniert mit städtischer Sterbehilfe vom Wärmetod überrascht zu werden.

Dr. Dieter Kramer machte in seinen Ausführungen, die er nicht als Verschwörertheorie, sondern als Interpretation aktueller Trends sehen möchte, auf die Gefahr der Kultur, fremden Zielen untergeordnet zu werden, aufmerksam.

Das Problem des Abgleitens in Opportunismus beinhaltet die Gefahr, in die Akzeptanzförderung für gesellschaftliche Veränderungen eingebunden zu werden. Diese Entwicklung läuft unter dem Stichwort ‚sozial-ökologische Fragmentierung'. Soziokultur soll in der Orientierung auf Kulturangebot reduziert werden, man soll sich im Getto wohlfühlen. Ein anderer Trend reduziert die Bedeutung der Kultur auf deren Ausstrahlung als Standortfaktor; Kultur in der Funktion der Kulisse, um die Stadt attraktiv zu machen.

Die Falle des Populismus besteht nun darin, daß Kultur dem Ziel ökonomischer Markterschließung untergeordnet wird, so z.B. Computerkunst als Schuhlöffel für die Computerisierung der Gesellschaft. Diesen in der Gesellschaft virulenten Trends ist nach Kramer die Frage, wie wir leben wollen, entgegenzusetzen. ‚Lust am Leben' soll angesichts der großen Krisen in ‚Kampf ums Leben' münden. Der gesamtgesellschaftliche Zusammenhang darf nicht aufgekündigt werden; statt Rückzug ins Getto Ansprüche stellen, im Kulturprozeß als Subjekt auftreten.

Dieter Hummel referierte über ‚Perspektiven der Kulturpolitik' aus kommunaler Sicht. Die Kulturarbeit in den 90er Jahren, darauf soll sich dieser Auszug beschränken, wird von sieben Merkmalen geprägt sein:

- Aufgrund der Notwendigkeit einer Arbeitskultur und einer Lebensgemeinschaft von Mensch und Natur wird die Herstellung von Friedensbereitschaft überlebenswichtig.
- Die Globalisierung/Internationalisierung des Lebens wird auf die Kulturarbeit rückwirken. Die Reaktion auf das, was auf der Erde geschieht, heißt heute ‚sich betroffen fühlen', in Zukunft aber ‚betroffen sein'.
- Entgegen einer Sozialdarwinisierung infolge der Trennung von Freizeit und Arbeit, ist Freizeit in lebensstiftende Arbeit umzufunktionieren. Arbeit ist ein unerläßlicher Bereich, Demokratie mitzugestalten.
- Kunst und Kultur werden in den 90er Jahren eine größere Rolle spielen.
- Werthaltungen und Verhaltensweisen der Alternativbewegungen müssen in den 80er Jahren als gleichrangig gesichert werden, um für eine spätere Verinnerlichung verfügbar zu sein.
- In den 90er Jahren wird Geschichtsarbeit, die Erkundung der eigenen Geschichte wichtig.
- Und die 90er Jahre werden nur noch zwei Wirklichkeiten kennen, Fremdbestimmung durch Großtechnologien oder Leben in der Kommune. Deshalb muß Kommunalpolitik in den 90er Jahren maßstabsetzende Kulturpolitik sein.

Der Themenblock wurde mit den Referaten von Rainer Frank über den ‚Wirtschaftsfaktor freier Kultur' und von Arno Huber über eine ‚Standortbestimmung der Alternativen' abgeschlossen. Vor allem die Ausführungen Rainer Frank's werden für die künftige Kulturdiskussion von enormer Bedeutung sein. Dieses noch relativ unerforschte Gebiet verlangt von Frank und dem ‚Zentrum für Kulturforschung' noch viel Pionierarbeit.

Die Diskussion über die quantifizierbare Seite der Kultur wird dann in Zukunft von Kulturschaffenden und Kulturträgern noch zu führen sein.

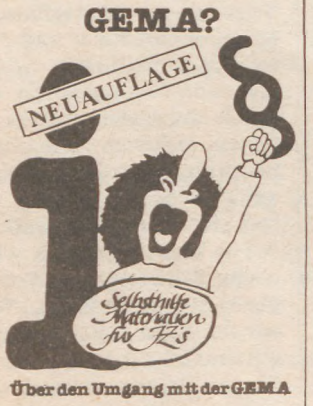
Die Schwierigkeit, die Alternativen stichhaltig einzugrenzen und Rückschlüsse auf die alternative Kulturarbeit zu gewinnen, so Huber, zeigt sich schon an der Definition der Alternativen, denn das „Schillernde der Alternativen ist gerade ihre Unbestimmtheit". Deshalb konnte es nur darum gehen, Hauptströme des Verständnisses jenes ‚anders leben, anders arbeiten' nachzuzeichnen und zumindest Tendenzen festzuhalten.

Der dritte Seminartag schließlich führte in die Niederungen der Kulturpolitik, denn Artikulierung im gesellschaftlichen Raum verlangt nach Umsetzung/Aggregierung im Politischen. Diese Diskussion mit Landtagsabgeordneten griff Fragestellungen des Seminars auf, thematisierte aber auch die bevorstehende Landesförderung soziokultureller Zentren.

Bernd Kotz

Referate, Niederschrift der Podiumsdiskussion und Redebeiträge werden Anfang '87 als Seminarschrift veröffentlicht. Bestellungen an den Penn-Club 2000-Verlag, Felsenstr. 2, 7530 Pforzheim oder über den Buchhandel.

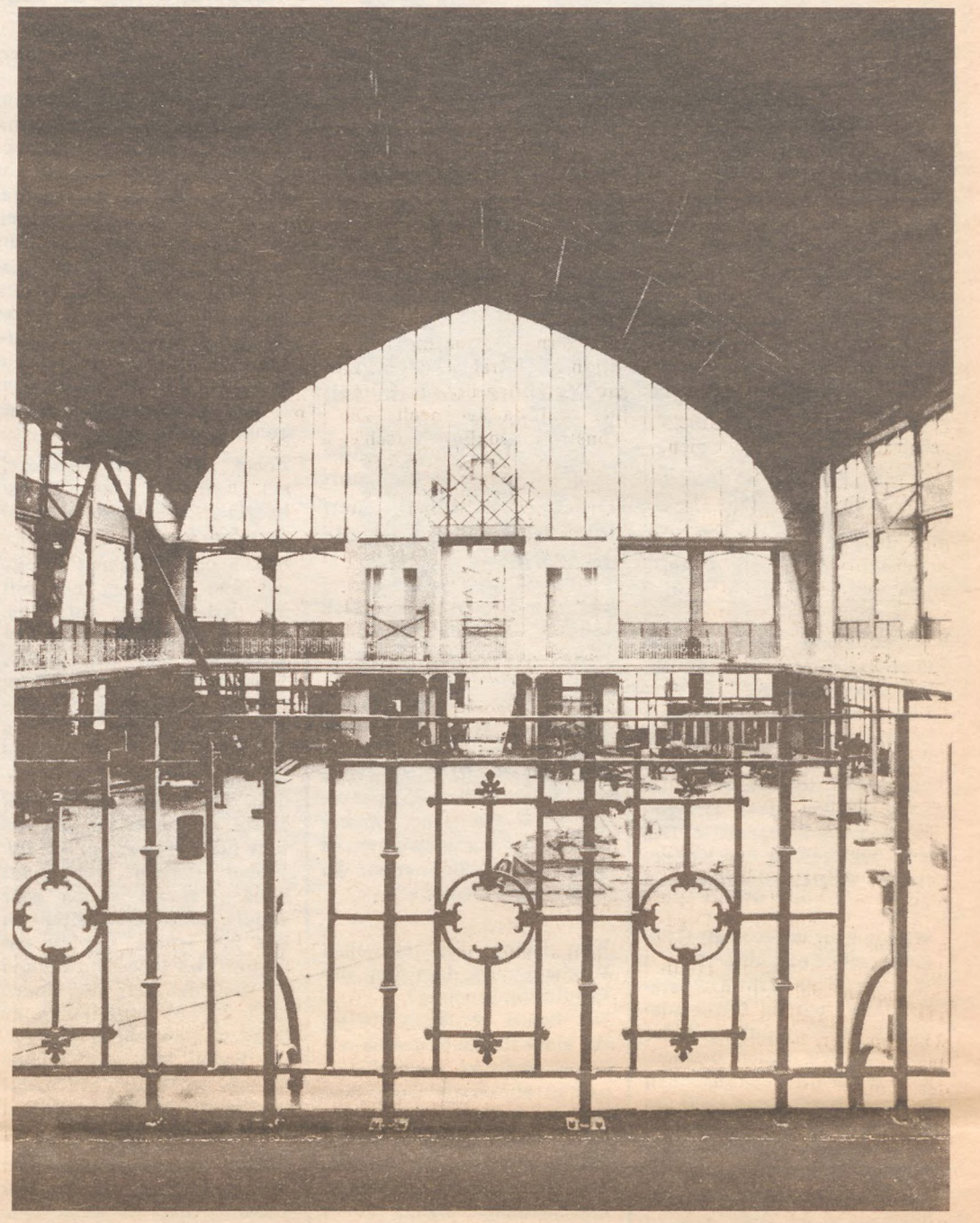
Goldesel für die GEMA?



Über den Umgang mit der GEMA

2. erweiterte Auflage, März 1986

Was ist die GEMA? ...was ist wofür an die GEMA zu zahlen? ...was ist die günstigste Vertragsart? ...
Auf diese und viele weitere Fragen geht die vorliegende 2. erweiterte Auflage dieser Arbeitshilfe ein.
Neu aufgenommen wurde insbesondere ein Kapitel zur Änderung des Urheberrechts, in der Erleichterungen für ‚Veranstaltungen der Jugendhilfe ' festgeschrieben sind.
Bestellungen über:
Dachverband der selbstverwalteten Jugendzentren Rhein-Neckar, Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg 1.
Preis. 4 DM und 1 DM Porto- und Versandkosten (bitte der Bestellung in Briefmarken beilegen).



TRANS EUROP HALLES

Kultur in die alten Fabriken

Seit mehr als zehn Jahren kann man nun auch in Europa ein Phänomen beobachten, das sich immer mehr ausbreitet: Man hat Charme und die Schönheit alter Industriebauten, die einst Molkereien, Papierfabriken, Zuckerfabriken oder auch Markthallen beherbergten, wiederentdeckt.

Zunächst hatten diese Zeugen einer goldenen Industrieära vor allem das Interesse der Kulturmacher erregt. Sie begannen in diese Gebäude zu investieren und sie in sogenannte alternative Kulturzentren umzufunktionieren.

Nach und nach interessierten sich auch die öffentlichen Stellen für die Erhaltung und Nutzung dieser wertvollen Bausubstanzen, zumal diese Gebäude meist sehr solide gebaut sind und in ihrer Großräumigkeit besonders für ein Nebeneinander verschiedenster Aktivitäten, wie sie in einem multimedialen Kulturzentrum heute stattfinden, geeignet sind. Es gibt heute in Europa in vielen Städten Zentren dieser Art.

Auf Initiative der „Halles de Schaerbeek" wird 1983 in Brüssel die Vereinigung „Trans Europ Halles" gegründet, eine internationale Vereinigung unabhängiger Kulturzentren. Zweck dieser Gesellschaft ist Austausch und Zusammenarbeit auf kulturellem Gebiet, der Wunsch, eine gemeinsame „Europäische Kulturplattform" zu schaffen.

„Wir glauben an die Kraft einer gemeinsamen europäischen Kultur, die wir erhalten wollen. Wir möchten uns auf die Gemeinsamkeiten besinnen und so der Zersplitterung entgegenwirken. Unser Werkzeug ist die Kultur."

Die Mitglieder von Trans Europ Halles entwickeln ein Mosaik der Gegenwartskultur mit allen Aspekten neuer Ausdrucksmöglichkeiten und -formen, eine wirklich gemeinsame Sprache: Körpertheater, Straßentheater, Kunstausstellungen, Workshops und unabhängige Produktionen (Schallplatten, Broschüren etc.).

Bis heute sind ihr fünf dieser Kulturstätten aus fünf großen europäischen Städten angeschlossen:

Halles de Schaerbeek/Brüssel
Huset/Kopenhagen
Kulturfabrik/Koblenz
Melkweg/Amsterdam
Rote Fabrik/Zürich.

Bisher fanden mehrere Treffen von Trans Europ Halles statt, die dem Erfahrungsaustausch und der Erarbeitung von gemeinsamen Projekten dienten. Im August 1986 fand in der Roten Fabrik Zürich eine Ausstellung und ein Diskussionsforum statt. Eingeladen wurden auch die UFA-Fabrik Berlin, der Posthof aus Linz und das Nowall aus Bologna. Weitere Projekte sind geplant.

aus: UFAZ, Zeitung der UFA-Fabrik Berlin

Die Wieder-Inbetriebsetzung

„Man muß die Analyse andersherum machen: wären die Halles abgerissen und wieder aufgebaut worden, wären sie niemals so perfekt, niemals so schön! Denn die Strukturen zeitgenössischen Bauens sind unfähig, eine solche Qualität hervorzubringen. Die Veranstaltungen der modernen Architektur in unserer Stadt beweisen dies tagtäglich. (...) Man sagt, daß diese Gebäude veraltet sind wie die alten Bahnhöfe, die außer Gebrauch gesetzten Fabriken, die Markthallen, die griechischen Tempel oder das Colosseum in Rom, die verlassenen Kirchen. (...) Diese Ansicht gründet im Vergessen, im Prinzip der sofortigen und uneingeschränkten Konsumation. (...) Jede progressive Bewegung, wie immer sie auch beschaffen sei, stützt sich auf die Erinnerung, auf Geschichtskenntnisse, auf das Verstehen und auf die Interpretation der Vergangenheit. Aus diesem Grund kann gesagt werden, daß die Architektur der Eckstein der kollektiven Erinnerung ist. (...) Eine Wieder-Inbetriebsetzung ist ein Wettkampf mit dem Fluß der Zeit, ist Verbannung des Vergessens, negative Dimension unserer Konsumgesellschaft. Die heruntergekommenen Fassaden ziehen die Restauration, die Rehabilitation, Kredite, das Bild einer Stadt nach sich, welche mit einer gewissen kulturellen Würde lebt."

Auszüge aus einem Interview mit Annick Baumann, 1983, Archives d'Architecture Moderne, wiedergegeben in einer Selbstdarstellung der Halles de Schaerbeek.

Filmbesprechung

Geisterfahrer

Es ist anscheinend Zeit sich klarzumachen,
daß die Revolution zwar die Bewegung ist,
aber die Bewegung keine Revolution.
(Paul Virilio)

Die Utopie

Red. Heidelberg Die Zeit zwischen 1967 und 1970 war gekennzeichnet von einer **Empörung** als Lebensgefühl, von einem Hunger nach neuer individueller und kollektiver Lebensqualität, entstanden aufgrund der in den 60er Jahren verbreiteten, hauptsächlich an den Universitäten gelehrten kritischen Gesellschaftstheorien oder **Utopien.**

Adorno, der Vertreter der **kritischen Theorie** hat darauf bestanden, „daß die Philosophie die Lehre vom richtigen Leben entwickeln muß. Und er hat immer wieder demonstriert, daß man so und so und so nicht leben kann, daß dies nicht Leben ist. Dies ist das zentrale Motiv seiner Philosophie gewesen: Kritik – daß sich Identität nur noch entwickeln kann in der genauen **Negation** aller Momente des gesellschaftlichen Prozesses"[1].

Die bürgerlichen Normen und Ideale entsprechen nicht mehr der Realität des Kapitalismus. Es gilt, neue Organisationsformen zu finden, die keine bürgerliche Tradition haben, sich mithilfe der Theorie ein Lebensmodell zu schaffen, zu begreifen, daß das individuelle **Unbehagen in der Kultur** etwas Normales, Zwangsläufiges ist in einer Gesellschaft, deren Ziel nicht die Befreiung des Individuums ist, sondern die Macht und die Kontrolle über den Einzelnen.

Das Leben in der **Kommune** wird propagiert. Nicht nur, um sich das Leben ganz allgemein leichter zu machen – weg von kleinbürgerlichem Erziehungsmief und Konkurrenzverhalten, weg vom erpresserischen Geldbeutel eines autoritären Elternhauses – sondern aus Prinzip, denn Leben in der Kommune versprach Gleichheit und Solidarität, die Utopie leben zu können in einem gemeinsamen Projekt mit politischen, soziologischen und moralischen Dimensionen.

Einen Höhepunkt erfuhr die Protestbewegung in den unzähligen politischen Demonstrationen, Straßenschlachten, Sit-ins gegen den Vietnam-Krieg, den Schah-Besuch etc.

Nach der kurzen Zeit

der außerparlamentarischen Opposition, mit der Zerschlagung und Auflösung der Protestbewegung Anfang der siebziger Jahre, beginnt für die einen der **Marsch durch die Institutionen**, andere tauchen unter, die Frauenbewegung entsteht neu, die Kinderladenbewegung, in vielen Städten gründen sich linke Buchläden. Einige wenige widmen sich von nun an verstärkt der ‚Organisation des Klassenkampfes', erklären ihren Mitstudenten, was sie in Zukunft zu studieren hätten und den Arbeitern, daß sie die Revolution mitzutragen hätten. Es gab Vorlesungsboykotte und hier und da vereinzelte Demonstrationen. Eine Verschärfung der Gesetze (Radikalen-Erlaß, Studentenprozesse) brachte die Mehrheit zum Schweigen. Für den gemeinen Rest bedeutet die Wiederherstellung von ‚Recht und Ordnung' massenhafte Melancholie, Depression und Resignation. Es entsteht eine sogenannte **Subkultur**.

Wenn die Theorie nicht zu den Menschen paßt,

um so schlimmer für die Menschen? Der Zeitgeist des Überdrusses am politischen, bürgerlichen Tagesgeschehen, die Lustlosigkeit an der Auseinandersetzung mit einer als langweilig und öde empfundenen Außenwelt spiegelt sich u.a. auch in der Literatur wieder: Pessimistisch und apathisch wird Klage geführt gegen ein Leben, welches ohne Sensationen vor sich dahinläuft. Fremdheit in der Gegenwart, Unsicherheit in der Wahrnehmung sind charakteristisch für eine existentielle Verunsicherung als allgemeines Lebensgefühl.

Auf der Suche nach Erfahrungen und Identität beginnt eine Zeit der Trips und Meditationen – mithilfe von Drogen, Pop-Music und Psycho-Gruppen ins Reich des Innern, mittels Rucksack und alternativer Reiseunternehmen in ferne und sonnige Länder. „Ins Glücklichsein geflohen... die lustigen Reisekolonnen rollen weiter an inneren Angelegenheiten vorbei"[2]. Einige ziehen sich zurück in die ‚alte Heimat', versuchen, den anderen Traum zu leben: sich selbst versorgen, einfach werden, unabhängig sein vom Rest der Welt.

Es wird polemisiert gegen das „weltfremde Denkspiel der Studentenrevolutionäre", die unter Poesie eine „lesbare Gebrauchsanweisung für bessere Lebensautomatik" verstünden, deren Utopie sich auf die Forderung „gemeinsam Orgasmus für alle" beschränke, die „erst glücklich sind, wenn sie schießen dürfen" und „nur ein bißchen Gewalt wünschen"[3].

Massenhaftes Leben auf der Straße beginnt wieder mit der Entstehung der Anti-atomkraft- und später der Friedensbewegung Mitte bis Ende der siebziger Jahre, sowie der Jugend- und Häuserkampf-Bewegung Anfang der 80er Jahre. Die Träger dieser Bewegungen waren nicht mehr die ‚alten 68er', sondern auf der einen Seite der aufgebrachte, sich seiner **Grundrechte** bewußtwerdende Staatsbürger einer Demokratie, auf der anderen Seite die **Scene**. Das Charakteristische der bürgerlichen Massenveranstaltungen war die Ausrichtung auf Abschaffung einer als **konkret** empfundenen Bedrohung: Das AKW muß weg, die Atomrakete, das Giftgaslager, der Wald, nein, der soll bleiben, aber bitte friedlich. Für die Formulierung und Durchsetzung der Utopien waren die anderen zuständig: Die Scene und die Militanten.

Von den herrschenden Politikern und deren medialen Multiplikatoren diffamiert, von der Exekutive zusammengeprügelt und von der Legislative kriminalisiert, schrumpfte die Zahl derer, die den Kampf auf der Straße weiterführen, zusammen auf die Unentwegten am Bauzaun in Wackersdorf und die Akteure der Nacht. Und die anderen? Selbst ein ‚Unfall' wie in Tschernobyl hatte keinen anhaltenden Protest auf der Straße zur Folge. Man bleibt daheim. Anstelle von Kalorien wird der Speiseplan von nun ab in Becquerel ausgerechnet. Ansonsten wird **Grün** gewählt, Verantwortung und Mut delegiert. Oder?

DER FILM.

Das etwas getan werden muß, und zwar sofort...

„Du könntest von morgens bis abends Öffentlichkeitsabeit machen", sagt eine Frau aus der ‚Alternativ-Szene' in Freiburg, „doch was nützt das Bewußtsein, wenn du nicht weißt, wo du anfangen sollst. Die, die's angeht, haben sich schon längst entschieden".

Trotzdem; die erklärte Absicht der Filmemacher ist es, so **Pepe** von der **Medienwerkstatt Freiburg**, „eine Diskussion zu provozieren innerhalb der politischen ‚Linken', die ihre Utopien entweder vergraben hat oder zugunsten der real machbaren Politik weggesteckt".

Gehen wir davon aus: ein Film – auch wenn (oder gerade wenn?) er im Fernsehen läuft – kann über die momentane, auf die Sinnlichkeit gerichtete Wirkung hinaus auch noch das anschließende Nachdenken mobilisieren! Lassen wir uns vom zynisch-charmanten Moritatenerzähler zur **Geisterfahrt** einladen, hineinziehen in den time-tunnel der Erinnerung daran, daß es vor dem Hier-und-Heute und vor 68 auch schon Menschen gab, die dachten und lehrten und auf der Straße kämpften! An uns rasen vorbei oder wir rasen vorbei an Portraits von Klassikern der marxistisch-kommunistisch-anarchistischen Vergangenheit, vorbei an Bildern kämpfender Arbeiter, akustisch begleitet von entsprechender Ton-Kollage. Fragmentarisch, traumhaft entsteht die Erinnerung. Doch: „Aus der Traum", suggeriert der Geisterführer, denn inzwischen sind es die Katastrophen, die die Welt bedeuten.

Im weißen Arztkittel zieht er unbeirrt aus, „den Weltschmerz zu lindern" und führt uns in den Saal der Operation: Ein Parteitag der Grünen, der Redner der Grünen ein Demagoge, die Vollversammlung Stimmvieh (ganz schön mutig!). Klar wird, verstärkt durch den Auftritt des Freiburger Kabarettisten Deutschmann, daß Gestus und Ductus der Politiker austauschbar und erlernbar sind, und inhaltlich geht es um die Macht (im Parlament): „Nicht Augen zu und durch, sondern irgendwie trotzdem rein/ein Hineingehen in die Koalition bindet uns nicht enger an die SPD/ wir haben genug von den Hinhalte - Fundamentalisten" usw. Durch halbgeöffnete Türen stößt uns der Erzähler in kahle Räume ‚linker' grün-alternativer Politik. Tür auf/ Tür zu. Schublade auf/Schublade zu. Selbst eine gut informierte Person versteht hier nur Bahnhof. So soll es wohl sein, denke ich.

Danach die Gründungspartie der Öko-Bank, per se eine Persiflage, von unserem Erzähler elegant eröffnet mit der maliziösen Frage: „Was ist denn die Beraubung einer Bank gegen die Gründung einer Bank"? und „Wer jetzt weiterkämpfen will, für den wird die Wahl der Waffen entscheidend sein ... auf der Straße ist heute nichts mehr zu gewinnen". Wissend merkt er an, daß der Kapitalismus nur durch seine eigenen Waffen zu schlagen sei und führt uns durch dunkle Gänge zu einem Jungunternehmer, Hersteller von Müsli, der uns das Geheimnis seines Erfolges erklärt: Marktnischen füllen, bevor sie von den großen Konzernen entdeckt werden! Ja, das scheint der Zeitgeist zu sein: Einsteigen (wer wird denn heute noch aussteigen?), Mitmischen, das Machbare machen.

Ich will euch jetzt nicht den ganzen Film erzählen, der sich im folgenden immer wieder mit der Beobachtung des ‚Vorher/Nachher', des ‚Draußen/ Drinnen' beschäftigt, der zeigen will, daß das Sein (oder die Rahmenbedingungen', wie es ein Grüner später so schön sagt) das Bewußtsein und Handeln bestimmt: Am Beispiel Jo Leinens, der im Wahlkampf noch damit droht, das Land unregierbar machen zu wollen, um dann nach dem Wahlsieg richtigzustellen: Unregieren heißt nicht etwa Nicht-Regieren, sondern Besser-Regieren. (Ich will auch mal Königin sein). Das besondere Interesse am Tag des Sieges gilt allerdings der Tortenfrage: Und von woher kam die Torte geflogen? Von hinten um Sie herum, aha.

Der SPD-Geschichte der 60er und 70er Jahre ist eine kleine Spielsequenz gewidmet. (Godesberg gilt, Einseifen und Schaumschlagen). Überhaupt, die Politik innerhalb des Parlaments ist dirty business, der Marsch durch die Institutionen korrumpierbar: Abgeordnete, die ‚spontan' handeln (ein Grüner bespritzt einen US-General mit Blut) werden nach Straßburg ins Europaparlament verbannt, einer Gehirnwäsche unterzogen, in Rhetorikkursen parteifähig geschliffen. Einer macht das Spiel nicht mit, ist noch zu stark von seiner Utopie beherrscht: Michael Klöckner, Mitherausgeber der Zeitschrift ‚radikal', Grüner Abgeordneter, verläß das Pappmaché-Raumschiff im politischen Abseits, verzichtet auf die Vorteile, die ihm seine Immunität als Abgeordneter bietet, steigt aus, obwohl er noch nicht mal ‚richtig' drin war. Das soll einer verstehen. Ja, was wollen Sie denn eigentlich, wovon träumen Sie?

Mir fällt eine Beschreibung aus Peter Weiss' ‚Ästhetik des Widerstands' ein: „Es war, trotz seines Strebens nach Aktionseinheit, etwas von einem Anarchisten, einem Syndikalisten an ihm, so wie er stets Amtspersonen, Offizieren, Bürokraten und Direktoren mißtraute, so waren ihm die Funktionäre und Bonzen in seiner Partei zuwider. Die Partei, das waren für ihn die Arbeitsgefährten, und er gab seine Erwartung nicht auf, daß diese der Partei ihr Gesicht geben würden"[4].

Auch unser Erzähler ist scheinbar ratlos angesichts des terrestren Disasters: er bittet den Kometen Halley um Hilfe „Komm und rotte uns aus! Erde ja, doch Menschen? Nein."

Das soll die Antwort sein? Ein unheimlich zynischer Abgang, eine Séance mit den Hüllen der 68er, ein letztes Beschwören der ‚guten Geister': „Wenn die Tatsachen nicht der Wirklichkeit entsprechen, um so schlimmer für die Tatsachen", Wut auf die Symbole der neuen Hohlheit? Irgendwie fehlt mir noch, daß unser Erzähler jetzt diabolisch mit dem Fuß aufstampft und wutschnaubend in einer Erdspalte verschwindet. Doch nein. Er taucht wieder auf. Draußen vor der Geisterbahn, die hinter ihm abgerissen wird. Er sucht Mitreisende. Ein Appell? Laßt uns das Geisterhaus abreißen und abreisen! Wohin? Nach **Utopia**, was dachtest du denn?

„Eigentlich macht mich der Film traurig", sagte mir eine 68erin. „Er weckt in mir die Erinnerung daran, daß ich damals wirklich geglaubt habe, daß wir etwas verändern, bewegen. Niemand von uns hätte sich vorstellen können, daß es in der BRD jemals wieder eine CDU-Alleinregierung geben könnte. Doch andererseits macht der Film auch Mut. Er zeigt mir, daß ich mehr tun kann und muß."

Angelika Müller

Geisterfahrer
Eine utopische Kolportage der Medienwerkstatt Freiburg, Konradstr. 20, 7800 Freiburg
Sendetermin: 29. Januar 1987, ZDF, „Das kleine Fernsehspiel"
Ab Februar 1987 als Video ausleihbar bei der Medienwerkstatt unter o.a. Anschrift

Anmerkungen:
1 Michael Rutschky, Erfahrungshunger, Ffm, 1982
2 Jürgen Becker, Ränder, Ffm, 1969
3 ebd.
4 Peter Weiß, die Ästhetik des Widerstands, Ffm, 1975

JEDEN TAG EINE GUTE TAZ!

Ausschneiden und einsenden an: taz-Abo, Wattstr. 11-12, 1000 Berlin 65

Ich bestelle die taz

☐ 5 Wochen für 30 Mark
☐ 9 Wochen für 50 Mark
☐ 20 Wochen für 100 Mark

die tageszeitung
Cruise Missiles rollen ins Manöver

Dieses Abo verlängert sich nicht automatisch!

Name, Vorname:
Straße, Hausnummer:
Ort:
Datum, Unterschrift: ☐ Bargeld liegt bei
☐ Verrechnungsscheck liegt bei
Mir ist klar, daß ich diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Zur Fristwahrung reicht die rechtzeitige Absendung.
Unterschrift:

Perspektiven einer Völkerwanderung

Die Internationalisierung von Obdachlosigkeit

Lichtblicke in den Notunterkünften?

Red. Heidelberg War es noch Anfang der 70er Jahre von behördlicher Seite untersagt, Ausländer in Obdachlosenunterkünften einzuweisen, so ist diese Unterbringungsregel inzwischen zunehmend aufgeweicht worden. Auch durch fürsorgerische Aktivitäten ist es in den letzten Jahren möglich geworden, die Verdichtung in einigen deutschen Obdachlosensiedlungen zu verringern. Diese räumliche Auflockerung kann jedoch nur bei einem stattlichen Angebot billiger Wohnungen gelingen oder, wenn diese nicht vorhanden sind, mit einer Kommunalverwaltung, die durch Mietkostenübernahme den Mietwucher vielleicht zähneknirschend aber faktisch trotzdem subventioniert. Wenn außerdem durch eine prophylaktische Sozialarbeit Räumungsklagen bereits im Vorfeld durch eine Einweisung in die alte Wohnung abgewendet werden können, so führt dies tatsächlich, wie beispielsweise in Nürnberg, zu einem Rückgang der Obdachlosenzahlen. Das Wohnungsangebot in der Stadt ist unter diesen Voraussetzungen für viele der (Fast-)Obdachlosenfamilien von der Attraktivität her vergleichbar, sei es, daß die Stadt die Miete garantiert oder sei es, daß es in künftigen Sanierungsvierteln Häuser mit minderer Wohnnungsqualität gibt, in denen Wohnungen weniger kosten.

Unabhängig von den materiellen Armutsfaktoren bestimmen auch sozialpsychologische Gesichtspunkte, z.B. der Stigmatisierungseffekt, die verschlechterten Bildungs-, Arbeits- und Beziehungschancen von Obdachlosen. Nach Ansicht einiger Wissenschaftler soll sich diese Benachteiligung ganz einfach dadurch lösen lassen, daß Obdachlose möglichst vereinzelt umgesiedelt werden, so daß sie nicht mehr als diejenigen zu erkennen sind, die aus dem „Asozialenviertel X" oder der Y-Straße kommen. Auch dieses Konzept erfuhr in den letzten Jahren kommunalpolitische Beliebtheit, obschon das Verschwinden des Armutsetiketts nicht gleichzusetzen ist mit der tatsächlichen Aufhebung der Armut.

Sozialpolitisch könnte man also fast guten Mutes sein, jedenfalls was das Heer der traditionellen Obdachlosen anbetrifft. Mit Ausnahme der Nichtseßhaften (weniger diskriminierend „wohnungslose Alleinstehende" genannt), deren Zahl eine kleine Wachstumsbranche innerhalb der Sozialarbeit andeutet, unterscheiden sich die meisten Obdachlosen in vieler Hinsicht überhaupt nicht mehr

von anderen Familien, die durch Arbeitslosigkeit in materielle Not geraten sind. Doch was macht eine Gesellschaft, der die Sündenböcke, die abschreckenden Beispiele, zu entschwinden drohen? Was geschieht mit den Hütten, Baracken und Schlichtwohnungen? Werden sie abgerissen, saniert und dem sozialen Wohnungsbau angegliedert, wenn man diesen noch so nennen kann, oder werden diese Unterkünfte bereitgehalten für andere Gruppen? Für wen? Für Ausländer? Es gibt keine Antwort, die eindeutig wäre. Da spekulierte noch vor Jahren eine Wiesbadener Sektfirma auf das Gelände einer Obdachlosensiedlung, um dort Unterkünfte für ihre ausländischen Arbeitnehmer bereitzustellen. Heute nun wird dieses Wohnviertel mit einer Mietpreisbindung von maximal DM 2,50 pro Quadratmeter saniert. Welcher Personenkreis ist es dann letztlich, der mit extremer Wohnungsnot zu kämpfen hat? Wenn Ausländer in wirtschaftliche Not geraten, so daß sie der Sozialhilfe anheimfallen, läßt in der Regel die Nicht-Verlängerung der Aufenthaltsgenehmigung nicht lange auf sich warten. Von daher erscheint auch dieser Personenkreis zunächst einmal als negatives Aushängeschild nicht in Frage zu kommen, sieht man davon ab, daß Ausländer südöstlicher Herkunft überdurchschnittlich häufig in zur Sanierung anstehenden Wohngegenden leben. Nun erlangte in den letzten Jahren eine besondere Spezies von Ausländern Bedeutung, die Asylanten, da sie zum einen der öffentlichen Wohlfahrt anheimfallen und zum anderen sie häufig schon vom äußeren Erscheinungsbild her zu erkennen sind.

In der Behandlung durch die Behörden gibt es gravierende Unterschiede. Ein Asylbewerber aus der DDR oder aus den übrigen Gebieten des ehemaligen großdeutschen Reiches – im Behördendeutsch als Umsiedler oder Spätaussiedler bezeichnet – genießt eine Vorzugsbehandlung. Auch bemühte sich die Bundesregierung wiederholt um die Rücksiedlung deutschstämmiger Familien aus dem gesamten Ostblock. Für diesen Personenkreis ist also auch gesorgt. Komplizierter ist es bei Personen, die vom südöstlichen außereuropäischen Raum stammen und die das grundgesetzlich garantierte Recht auf Asylgewährung in Anspruch nehmen wollen: hier wird plötzlich unterstellt, daß diese Vietnamesen, Tamilen, Eritreer und andere eben nur aus wirtschaftlichen Gründen hier anklopfen, um die Segnungen unseres Wohlfahrtsstaates in Anspruch zu nehmen und somit gar keine politischen Flüchtlinge seien. Ist die Wirtschaft nicht ein Teil der Politik, wenn nicht gar der entscheidende? Ist dies nicht ein Sich-herumdrücken um die Frage eines Ausgleichs mit den Ländern, die früher als Kolonien rücksichtslos ausgebeutet wurden und später als sogenannte Entwicklungsländer unter dem Deckmantel von „Hilfe" abhängig gemacht worden sind? Wenn also bei uns Menschen aus anderen Kontinenten, selbst aus wirtschaftlichen Beweggründen, anklopfen, so ist dies nicht zuletzt eine überfällige, wenn auch nicht ganz einfach zu lösende Auseinandersetzung mit den Menschen aus LAPFRASIEN (Lateinamerika, Pazifik,. Akrika, Asien), um mit der Bezeichnung Dritte Welt keine Wertstellung weiterzutradieren.

Die Borniertheit der Seßhaften

Zu den klassischen Wanderungsmotiven zählen Kriege, Armut und als neue Variante Öko-Katastrophen. Angesichts vielfältiger Mobilisierungszwänge in der Weltgeschichte mutet es ziemlich borniert an, wenn die Fußkranken dieser Völkerwanderung von sich behaupten, sie seien etwas Besseres, nur weil ihre Familien über längere Zeiträume hinweg den Hintern nicht hochbekamen. Diese Borniertheit taucht in Abständen immer wieder auf, auch heutzutage, wenn gegen Asylanten Stimmung in der Bevölkerung gemacht wird. So erließ der Bürgermeister der Gemeinde Zirndorf, dort, wo das Transitlager für ankommende Asylbewerber ist, ein Verbot für die Benützung des örtlichen Hallenschwimmbads durch die Asylbewerber, wenn sie nicht ein ärztliches Gesundheitszeugnis vorlegen konnten. Borniertheit äußert sich auch in Schikanen bürokratischer Gedankenlosigkeit und führt zum programmierten Unfrieden. Durch den Zwang zur Gemeinschaftsverpflegung, der in vielen Unterkünften besteht, tragen Schweinefleischgerichte dazu bei, daß sich Moslems mißachtet und brüskiert fühlen. In Postbauer-Heng (Oberpfalz) kam es nicht zuletzt wegen des Speiseplans zu einem Hungerstreik. Die Unterbringung erfolgt in jedem Fall kollektiv. Das Sammellager in Zirndorf ist hoffnungslos überbelegt, so daß bereits Zelte aufgestellt worden sind. Für die Menschen aus wärmeren Zonen sicher keine gemütliche Behausung, vor allem in dem nicht enden wollenden kalten Frühjahr 1986. Nach der Verlegung aus dem mittelfränkischen Lager Zirndorf werden Asylanten auf die anderen Bundesländer verteilt; nach einem bestimmten Schlüssel. Danach haben andere Bundesländer oder Bezirksregierungen die Aufgabe, die ihnen zugeteilte Quote wohnungsmäßig und auch sonst materiell zu versorgen. Dabei entfalten die Behörden trotz allem ein gewisses Maß an Kreativität, indem Schiffe, verlassene Pensionen, Arbeiterunterkünfte, Baracken und Privathäuser als Wohnstätten bereitgestellt werden. Interessanterweise kommen kaum die klassischen Obdachlosenquartiere in Betracht. Der ländliche Raum wird verstärkt in die Unterbringungsüberlegungen miteinbezogen; dort wird der Unterschied oder Gegensatz der Kulturen am dramatischsten erlebt, wenn sprachliche Un- und Mißverständnisse die bürokratischen Barrieren erhöhen.

Eigentlich ist es paradox, wenn diese **internationalen Obdachlosen**, die von staatlicher Seite aus am liebsten fortgewünscht werden, nahezu ängstlich gehütet und bewacht, kaserniert und mit Reiseverbot belegt werden, was ein trübes Licht auf unsere grundgesetzlich garantierte Freizügigkeit wirft. Solange das Asylverfahren läuft, also das Verfahren um die Anerkennung als Asylberechtigter, muß derjenige mit einer Geldstrafe rechnen, der außerhalb des für ihn zuständigen Regierungsbezirkes aufgegriffen wird. Je stärker sich seine Hautfarbe von der der übrigen Bevölkerung abhebt, desto größer ist seine Chance, von der Polizei aufgegriffen und einer Sanktion zugeführt zu werden. Der Tarif Nürnberg–Schwabach liegt bei DM 45,–; der von Nürnberg–Ruhrgebiet bei DM 115,–. Das alles bei einem Taschengeld von DM 65,– pro Monat für den Haushaltsvorstand. In der Sprache des Gerichts sind dies Strafen von 20 und 53 Tagessätzen.

Das Verfahren der Anerkennung kann Monate bis Jahre dauern. Oft vergehen schon viele Monate, bevor zum erstenmal eine Anhörung stattfindet. Solange dürfen Asylbewerber zwar sozialpädagogisch betreut werden, dabei ist es aber dem Vertreter der Fürsorgezunft nicht gestattet, Maßnahmen zu ergreifen, die in irgendeiner Weise als Eingliederungshilfe verstanden werden könnten. Schwierig wird dies bei Sprachunterricht. Gehört nun bereits das, was über den einfachen Wortschatz und Alltagsredewendungen hinausgeht, also die deutsche Grammatik, zu den Integrationshilfen? Jemand, der die Sprache fließend beherrscht, so fürchtet man wohl, hat den verstärkten Wunsch, hier im Lande zu bleiben. So werden also Maßnahmen ergriffen, um den ungeliebten Einwanderern das Leben so abschreckend wie möglich zu gestalten. Allein die Zahlen sprechen dagegen. Der Abschreckungseffekt blieb bislang aus.

Perspektiven einer Völkerwanderung

Szenenwechsel. Sind die massenhaft auftauchenden Urlauber in Spanien nach dem Reaktorunglück von Tschernobyl nicht ein deutlicher Hinweis darauf, wie schnell der Begriff „Seßhafter", also Obdachhabender, an Wertschätzung einbüßen kann.

Da spuckt in über 1.000 km Entfernung ein überkochender Atomreaktor strahlenden Schutt in die Luft, der sich je nach Windrichtung über den ganzen Kontinent hinweg als Staub- und Partikelwolke verteilt – und schon rennen aus der Bundesrepublik Deutschland diejenigen weg, die Zeit und Geld, aber auch entsprechenden Durchblick und Mißtrauen in die staatliche Informationspolitik haben, weg in Richtung westliches Ausland.

So schaffte die Probier-Katastrophe plötzlich tausende von Probier-Flüchtlingen. Stellen wir uns vor, die radioaktive Wolke und die Nachrichten darüber wären gehaltvoller gewesen, so wäre eine verstärkte Wanderungsbewegung durchaus vorstellbar. Je nach der ökonomischen Potenz der wanderungsbereiten Einwohner ergibt sich dann ein Heer von Obdachlosen, die im Ausland um ökologisches Asyl nachfragen. Stellen wir uns vor, welche Schwierigkeiten ein ökologischer Massenflüchtling zu überwinden hat: wohnt er in der DDR, so sind seinem Wanderungsstreben bereits an der innerdeutschen Demarkationslinie offenkundig lebensgefährliche Grenzen gesetzt. In dieser unserer BRD sind diese Grenzen nicht so offensichtlich und in sogenannten Friedenszeiten nur dem informierten Betrachter sichtbar. Auf Brücken, Bergstraßen, in Flußniederungen und sonstigen schwer passierbaren Stellen liegen Sprengdeckel in der Straße einbetoniert, die im Bedarfs-Spannungsfall der grundgesetzlich garantierten Freizügigkeit schlagartig ein Ende bereiten können.

Gegenüber der Öffentlichkeit wurden diese Beschäftigungsprogramme für die Bauwirtschaft stets als Sicherheitsleistung gegen heranrollende Panzer östlicher Herkunft deklariert. Wo immer diese mit Metallarmierung und zentralem Sechskantenspezialverschluß ausgestatteten Kanaldeckel die Straßenmitte zieren, lassen sich mögliche Fluchthindernisse zumindest für den Autoverkehr vorstellen. Angenommen, es gelingt trotz all dieser Hindernisse einer Minderheit die Flucht in weniger verseuchte Regionen unseres Kontinents oder unseres Planeten, so wird die Bürokratie eines jeden von der Ein- oder Durchreise betroffenen Staates vor Entscheidungen gestellt, wie sie mit den internationalen Obdachlosen – ökologischen Asylanten – umgehen will. Die Ausländerbehörde des Staates X möchte beispielsweise nicht jeden in ihr sauberes Land lassen und fordert ein Gesundheitszeugnis. Dann werden die Ankömmlinge mit einem Klassifikationsschema begutachtet.

Sind die Katastrophenflüchtlinge Menschen, die, um ihr Leben zu retten und dem statistisch zu erwartenden Krebstod zu entgehen, im Ausland Zuflucht suchen? Da diese Fluchtbegründung richtig sein kann, aber eben auf alle zutreffend ist, wird, um einer Überfremdung vorzubeugen, weitergefragt. Sind die Katastrophen-Asylbewerber politisch verfolgt worden, etwa weil deren Regierung unbeeindruckt weiter an der lebensgefährlichen Atomkraftnutzung festhielt? Hat der Bewerber sich an Protesten gegen die Atomkraft beteiligt und dadurch Nachteile erlitten?

Oder ist der Asylbewerber ein ökologischer Opportunist, der nur in das fremde Land reist, um dort das segensreiche Angebot einer weniger verstrahlten Umwelt zu genießen?

Diese Fragen sind, zugegeben, fiktive. Die Parallelen zur gängigen Praxis bei uns schimmern durch. Vielleicht kann unter diesem Gesichtspunkt 1987 nicht als das Internationale Jahr des Obdachlosen, sondern als das Jahr des Internationalen Obdachlosen durchdacht und bewegt werden.

Heinrich Haußmann

Vorabdruck aus:

wohnen tut not – Obdachlosigkeit in der Diskussion. Analysen – Modelle – Perspektiven

erscheint im Januar 87 anläßlich des „Internationalen Jahres der Hilfe für Menschen in Wohnungsnot" bei der AG SPAK München und wird herausgegeben von Reinhard Kellner und Wolfgang Wittich

Erhältlich über den Buchhandel oder direkt bei der AG SPAK.

Vorankündigung

Reinhard Kellner / Wolfgang Wittich (Hg.)
Wohnen tut not

Obdachlosigkeit in der Diskussion
Analysen - Modelle - Perspektiven

AG SPAK M 75

Das Jahr 1987 wurde von der UNO als "Internationales Jahr der Hilfe für Menschen in Wohnungsnot" ausgerufen. Anlaß genug für die Herausgeber, die aus dem Projektbereich Obdachlosigkeit kommen, sich mit der Idee eines Readers zur Obdachlosigkeit vertraut zu machen..
In der BRD gibt es schätzungsweise 800000 Obdachlose. Die durchscshnittliche Verweildauer in den Notunterkünften liegt bei ca. 7 Jahren. Die Zahl der Neueinweisungen in die Unterkünfte ist nach einer Stagnation in den 70er Jahren wieder ansteigend. Beim "Internationalen Jahr der Hilfe für Mensschen in Wohnungsnot" ist deutlich, daß offizielle bundesrepublikanischse Stellen Obdachlosigkeit in erster Linie als Problem der "Entwicklungsländer" darstellen wollen. Dies wird im Reader dokumentiert und bleibt nicht unwidersprochen.
In der Praxis der Obdachlosenarbeit werden als Ursachen von Obdachlosigkeit auch heute noch individuelle Fehlverhaltensweisen genannt. Das Buch zeigt dagegen den Zusammenhang zwischen der steigenden Obdachlosigkeit und den gegenwärtigen ökonomischen Bedingungen auf.

AG SPAK
Kistlerstr. 1, 8000 München 90

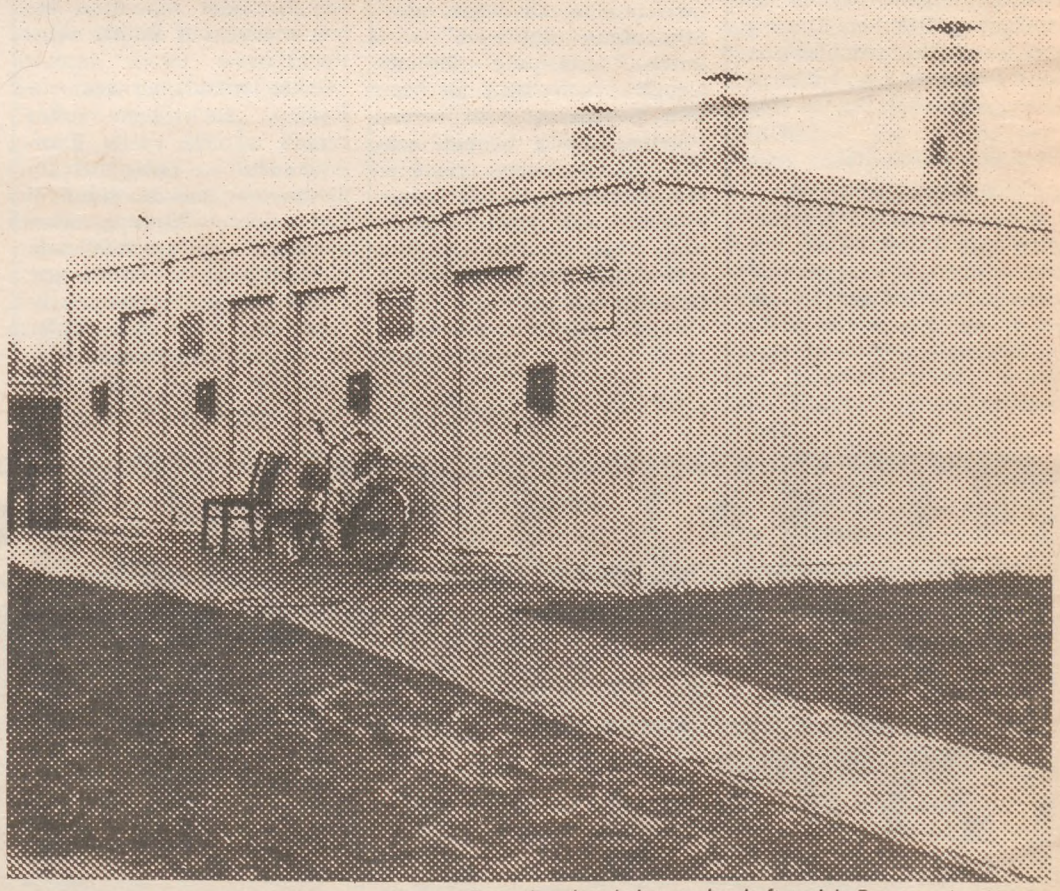


Foto: Landesarbeitsgemeinschaft soziale Brennpunkte Hessen

Stellenanzeigen

Wir suchen einen Mann!
breitschultrig, freundlich, lustig, höflich, hilfsbereit mit soliden betriebswirtschaftlichen Kenntnissen. Er sollte viel arbeiten wollen und finanziell anspruchslos sein. Wir bieten an: 20 selbstverwaltete Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen und einen Arbeitsplatz im Bereich Bestellwesen und Versand. Schriftliche Bewerbung an:
blätterwald eG
Niederurseler Str. 7
6370 Oberursel 5

Suche Leute um eine Selbstversorgungs-Komunität in Italien/Portugal aufzubauen. Kapital notwendig. Carlo Fani, Mendelstr. 140, 2050 Hamburg 80
Ciao!

Hamburg:
Neues Projekt sucht Interessenten/Mitstreiter mit Erfahrung im **Gastronomie- / Restaurant**sektor.
Stichwort: Fünf Jahreszeiten
Chiffre 527863

Zur Gründung eines Vollkornbäckereikollektivs in Wuppertal suchen wir dringend eine Bäckermeisterin-Gesellin.
Ute Rüenaufer, Am Diek 9, 5600 Wuppertal 2
Tel. (0202) 52 73 67

Druckerei in Freiburg sucht immer noch die neue Reprofachfrau. Wir sind ein Kollektiv von 14 Leuten und produzieren Satz bis Weiterverarbeitung, vor allem Plakate und Bücher. Erforderlich sind Kenntnisse in S/W Reprofotografie, Offsetmontage und Kopie.
Bundschuh, Tel. (0761) 53556

Stellensuche

Diplom-Übersetzerin (26 Jahre) sucht Anstellung/freie Mitarbeit in bzw. für Übersetzungsbüro, Verlag, Zeitung, Verband etc. Ich übersetze in und aus Deutsch, Spanisch und Französisch allgemeine Texte und Fachtexte – am liebsten aus den Bereichen Frauen, Kunst, Literatur, aber auch Wirtschaft, Recht, Technik.
Dorit Helmke, Subbelrather Str. 361, 5000 Köln 30
Tel. (0221) 550 56 42

Suche Arbeit im Bereich Naturwaren (Verkauf, Vertrieb) oder in einem selbstverwalteten Tagungshaus/Vollwertkostpension. Wer kann mir weiterhelfen?
Irmgard Viertelhausen
Böckinger Str. 28
7000 Stuttgart 40
Tel. (0711) 84 79 74

Suche selbstverwalteten Computerbetrieb oder Softwarebetrieb! Bin theoretischer Diplom-Phys. und will im Raum Köln/Bonn auf dem Computersektor möglichst selbstverwaltet arbeiten und zwar in Richtung Software.
Ralf Jendges, Saarweg 16,
5300 Bonn
Tel. (0228) 23 66 09

Frau (25 J.) sucht bezahlte **Anerkennungsjahrstelle als Spezialpädagogin** in selbstverwalteten Projekt/Betrieb. Ich habe Erfahrung mit selbstverwalteter, offener Kinder- + Jugend-, Initiativ- + WGarbeit. Tips an: Birgit Bazan, Mersmannstiege 68, 4400 Münster.
Tel. (0251) 718 08 13

Frauen-Kinder Pension

Mehrere alleinerziehende Frauen ohne Berufsausbildung haben sich in Berlin zusammengetan, um sich trotz ihrer schwierigen Situation eigene Arbeitsplätze zu schaffen.

Die Idee ist prima: Eine Pension, in der Frauen einzeln oder in Gruppen mit ihren Kindern die Möglichkeit haben, während ihres Berlin-Aufenthaltes zu wohnen, Seminare zu besuchen und in dieser Zeit ihre Kinder betreut zu wissen. Die Frauen wollen außerdem ein kleines Cafe einrichten und Tagungsräume auch für Berliner Gruppen zur Verfügung stellen. Im Rahmen des Projekts soll die Möglichkeit bestehen, eine ausbildung als Hotelfachgehilfin zu machen.

Um das alles zu verwirklichen, werden noch tatkräftige Frauen gesucht, die mitmachen wollen oder fachlich und finanziell beraten und unterstützen können.
Tel. (030) 215 73 43, Elke

Sonstiges

Italien: Alternatives Leben - Adressbuch + Zeitschrift. Info bei Carlo Fani, Mendelstr. 140, 2050 Hamburg 80, Ciao!

Die neueste Ausgabe der Wandzeitung für Jugendzentren ist erschienen! Herausgeber sind die Regionalzusammenschlüsse der Jugendzentren. Bestellungen gegen 5.– DM in Briefmarken (für vier aufeinanderfolgende Ausgaben) bei Tiedeke Heilmann, Uelzener Str. 10, 3111 Suhlendorf

Angebote

Achtung Druckereien: Verkaufen Brehmer-Falzmaschine, 4 Taschen, Kreuzbruch, ca. 50 cm Einlaufbreite, Handanlage, VB 500.– (auch zum Ausschlachten) / Offset-Druckmaschine, Typ AM 1250, DIN A4, Sauganlage, Kastenauslage (ideal für Flugblätter o.ä.), VB 1.000.– DM **Suchen** Falzmaschine, 3-Bruch, 50 cm Einlaufbreite m. Sauganleger. IRISDRUCK, Hildesheim, Tel. (0521) 13 18 73.

Kombinierte Hobelmaschine, fabr. Bäuerle, älteres Baujahr, bgzuh, VB 1.500.– DM, Holzwerkstatt in SV, BIIRABOOM.
Tel. (07151) 4 55 25

Wir haben das komplette Lieferprogramm!

Schreibwaren und Geschenkartikel aus vup-Umweltschutzpapier.

Briefumschläge - Versandtaschen - Briefpapier - selbstklebende Etiketten - Computerpapier - Schreibunterlagen - Papiertragetaschen - Schreibgeräte - Kalender - Formulardrucke - Geschenkpapier - . . . und vieles mehr

Katalog anfordern (3.- DM in Briefmarken) und staunen!

blätterwald e.G.
Vertrieb von umweltfreundlichen Produkten
Groß- und Einzelhandel
blätterwald e.G.
Niederurseler Str.7
Postfach 29
6370 Oberursel 5
Tel.: 06171/78011

Christiane Maas
BILDUNGSIMPULSE AUS DER DRITTEN WELT

Was soziale Arbeit und Pädagogik von der „3. Welt" lernen können.

Materialmappe XXI/86
DM 5.– (incl. Versand) – 99 Seiten (verkleinert)
Bestellungen (Betrag bitte in Briefmarken beilegen):
AG SPAK, Bundesgeschäftsstelle
Kistlerstr. 1, 8000 München 90

Bildungsaustausch

Ein solider Vorschlag von West nach Ost

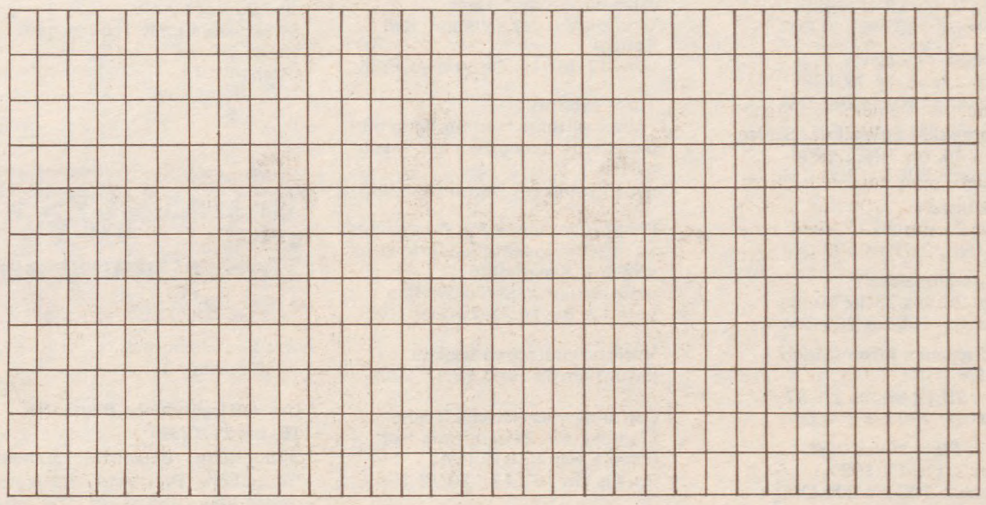
Berlin (dpa) — West-Berliner Jugendliche haben den Ost-Berliner Oberbürgermeister Krack um Ausbildungsplätze gebeten.

Die Jugendlichen des „Selbsthilfeprojektes Thomas-Weißbecker-Haus" verweisen in ihrem Schreiben darauf, daß sie nur zwei U-Bahn-Stationen von der Friedrichstraße entfernt wohnen und täglich zur Ausbildung in den Ostteil fahren würden. Für sie wäre eine solche Kooperation ein „besonders bemerkenswerter Beitrag" zur 750-Jahr-Feier Berlins.

Ihr Ziel, weiterhin kollektiv zu wohnen und zu arbeiten, scheitere „am zynischen Desinteresse" des West-Berliner Senats. Daher suchten sie als Kollektiv das, was ihnen vorenthalten werde, dort, „wo es selbstverständlich gewährt wird".

Kleinanzeigencoupon

Private Kleinanzeigen kosten 5 DM für angefangene 5 Zeilen, jede weitere Zeile 1 DM (1 Zeile hat 32 Anschläge!). **Private Stellengesuche** sind kostenlos! **Gewerbliche Kleinanzeigen kosten 30 DM für angefangene 5 Zeilen,** jede weitere 5 DM. **Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, nicht** mit Briefmarken und nicht per Bankeinzug. **Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein.** Auf Wunsch gibt's auch ne Quittung. **Aber nur, wenn frankierter Briefumschlag und bereits ausgefülltes Quittungsformular vorliegen. Briefe ohne Geld landen im Papierkorb.** Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM. Da gibt's nämlich ne Rechnung. Termin. jeweils zum **15. des Monates. Chiffreanzeigen** kosten 9 DM zusätzlich.
Jeder Buchstabe, Satzzeichen und Wortzwischenraum ist ein Kästchen. Eine Zeile hat 32 Kästchen. Was fett gedruckt werden soll, bitte unterstreichen (zählt doppelt).



Betrieb/Projekt/Name . . . . . .

Straße/PLZ/Ort . . . . . .

Telefon. . . . . .Unterschrift . . . . . .

Bitte einsenden an: Zünd-Satz GbR, Postfach 10 45 20, Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg 1

Ewald Lienen, MdB (Mitglied der Bundesliga):

Fußballspielen ist mein Beruf. Aber ich kenne mich nicht nur mit Fußbällen aus, sondern auch mit der Gefährlichkeit von Atomkraftwerken. Denn ich möchte meinen Kindern noch eine heile Welt hinterlassen.

Foto: Joker

Ein geplatzter Druckbehälter

Die KWU vergleicht in dieser Anzeige einen Atomreaktor mit einem Fußball. Der Vergleich ist entlarvend und peinlich. Denn jeder Fußballer weiß: Ein Fußball kann kaputtgehen. Oft mitten im Bundesligaspiel, schneller als man denkt. Genauso ist es bei Atomkraftwerken. Jeden Tag kann es zu einem Unfall mit katastrophalen Folgen kommen.

Sellafield, Harrisburg und Tschernobyl haben uns das gezeigt.

Die KWU hat also ein Eigentor geschossen. Die ganze Atomlobby spielt foul. Sie versucht, Tschernobyl aus unserem Gedächtnis zu verdrängen und lügt uns eine Sicherheit vor, die es nicht gibt.

Seit Wochen wirbt die Atomlobby mit Großanzeigen in allen deutschen Tageszeitungen. Die Rechnung bezahlen wir: Die Steuerzahler und Stromkunden. Und vielleicht müssen wir noch einmal bezahlen: mit unserem Leben. Wir wollen unsere Zukunft nicht den kurzsichtigen Geschäftemachern überlassen. Wir wollen das Leben schützen! Und wir wollen über den Weg in die Zukunft selbst entscheiden:

VOLKSENTSCHEID GEGEN ATOMANLAGEN!

Ich will, daß alle Atomanlagen abgeschaltet werden! Ich will, daß zu diesem Zweck und mit dieser Forderung ein bundesweiter Volksentscheid durchgeführt wird. Alle Bürger/innen sollen mit Ja oder Nein verbindlich abstimmen können. Hierzu muß vom Bundestag ein entsprechendes Gesetz verabschiedet werden, das die Abstimmungsmöglichkeit der Bürger-innen verbindlich regelt. Dieses Gesetz muß sicherstellen, daß
– die von der Initiative vorgelegte Forderung unverändert zur Abstimmung gestellt wird,
– die Initiative vor der Abstimmung in allen Medien ausreichend informieren kann,
– der Volksentscheid eingeleitet wird, sobald 1 (eine) Million Unterschriften erreicht sind.

Bitte deutlich lesbar schreiben!

Name	Vorname	Anschrift	Unterschrift

Bitte zurücksenden an: Volksentscheid gegen Atomanlagen, Friedrich-Ebert-Allee 120, 5300 Bonn 1, Tel. (0228) 23 44 32

Diese Anzeige kostet viel Geld! Wenn Sie uns in unserer weiteren Arbeit helfen wollen, so überweisen Sie bitte eine Spende auf das Konto: Gerald Häfner, SPARDA-Bank Köln, Sonderkonto Volksentscheid, Konto-Nr.: 140 (BLZ 370 605 90).
Der geballten Macht der Atomwirtschaft können wir nur mit der Mithilfe und Mitarbeit möglichst vieler Menschen erfolgreich entgegentreten. Die Atomlobby inseriert regelmäßig in allen deutschen Tageszeitungen.

○ **Ich möchte, daß auch diese Gegenanzeige noch in weiteren Zeitungen erscheinen kann und habe hierfür unter dem Stichwort „Anzeige" DM _____ auf das oben angegebene Konto überwiesen.**
○ **Ich möchte gerne aktiv mithelfen; sagen Sie mir bitte wie.**
○ **Senden Sie mir weitere Unterschriftenlisten & Informationsmaterial zu.**

Tagungen ... Seminare ... Treffen

Ökologische Baumaterialien
vom 7. bis 12.12.1986
Kosten: 200 bis 300 DM

Tattwa-Trancen
vom 12. bis 14.12.1986
Kosten: 100 bis 200 DM

Stimme als Spiegel der Seele
vom 14. bis 19.12.1986
Kosten: 200 bis 300 DM

Traumzeit
vom 21. bis 26.12.1986
Kosten: 200 bis 300 DM

Aquarellmalerei
vom 26. bis 28.12.1986
Kosten 100 bis 200 DM

Zur eigenen Mitte finden — heilen
vom 28.12.86 bis 2.1.87
Kosten 200 bis 300 DM

Mein Platz in der Welt
vom 2. bis 4.1.1987
Kosten: 100 bis 200 DM

Tanzen, Malen, Tanzen Die Entdeckung der heilenden Kräfte in uns
vom 4. bis 9.1.1987
Kosten: 200 bis 300 DM

Frauen in Alternativprojekten
vom 9. bis 11.1.1987
Kosten. 100 bis 200 DM

Einführung in die Videopraxis
vom 11. bis 16.1.1987
Kosten: 200 bis 300 DM

Werkstatt für Demokratie und Öffentlichkeit

Macht der Sprache — Sprache der Macht
Grundstrukturen politischer Kommunikation
vom 12. bis 14. Dezember 1986

Afro-karibischer Tanz
Grundlagen des afrikanischen Tanzes
vom 12. bis 14. Dezember 1986

Tarot intensiv
Philosophische Hintergründe und praktische Bedeutung der Tarotkarten
vom 12. bis 14. Dezember 1986

Phantasiereisen — ein Weg zu uns, zu unseren inneren Bildern, zu größerer Kreativität
Selbsterfahrungswochenende
vom 12. bis 14. Dezember 1986

Vollkornplätzchen backen
jeweils am 17. und 18.12.1986

Die feine vegetarische Küche
Planung und Zubereitung festlicher Essen und Buffets
jeweils am 18., 19., 20.12.1986

Radio Phantastisch
Technische Tricks und Kniffe rund um die Tonarbeit
vom 29.12. bis 2.01.1987

Anmeldung und Information:
Werkstatt für Demokratie und Öffentlichkeit
Estermannstr. 204
5300 Bonn 1
Tel. (0228) 67 46 63

Hof Barkelsby

Kochen mit Getreide
Kochen mit einer wohldosierten Mixtur theor. Anleitung zur Vollwerternährung
vom 12. bis 14. Dezember 1986

Frauen und Männer
Was ist aus unseren Ideen und Wünschen nach Veränderung geworden
vom 16. bis 18. Januar 1987

Prospekt anfordern bei:
Hof Barkelsby e.V.
Selbstverwaltetes Tagungshaus an der Ostsee
Ringstr. 9-11
2331 Barkelsby

Energie- und Umweltzentrum am Deister

Am Elmschenbruch
3257 Springe 3

Umweltfreundliche Baustoffe
19. bis 21.12.86
Biologische Baustoffe, umweltfreundliche Produkte und Naturmaterialien sind „in". Zu recht fragen sich jedoch viele, ob denn all das, was heutzutage mit dem „Bio"-Etikett angeboten wird, wirklich umweltfreundlicher in der Herstellung, angenehm in der Verarbeitung und „wohngesünder" ist. Allzu häufig ist auch unklar, ob die z.T. exklusiven Preise auf dem Ökobaumarkt angemessen und nötig sind und ob die bautechnischen Eigenschaften der alternativen Produkte denen der konventionellen vergleichbar sind.

Um mögliche Wege und auch gefährliche Irrwege im Wirrwarr der vielfältigen Empfehlungen und Angebote aufzuzeigen, werden wir uns an diesem Wochenende am Beispiel von Wärme- und Schalldämmung beschäftigen mit:
- Wärmedämmung contra Wärmespeicherung?
- Dämmstoffe im Vergleich, nach bautechnischen, ökologischen und finanziellen Kriterien.
- Baupraxis mit umweltfreundlichen Dämm- und Konstruktionsmaterialien.

Kosten: ca. DM 80,—

Altersversorgung
23. bis 25.1.87
Über kurz oder lang stehen viele Kollektive und selbstverwaltete Betriebe vor der Notwendigkeit, sich konkret mit der Altersversorgung der Mitglieder zu befassen.

Wir wollen in dem Seminar die unterschiedlichen Sicherungsmöglichkeiten mit ihren Vor- und Nachteilen vorstellen. Anhand von typischen Lebens- und Versicherungsprofilen sollen die Teilnehmer/innen Entscheidungshilfen bekommen.

Kosten: DM 70,— bis 90,— je nach Einkommen

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Aufruf zur Mitgestaltung des Buches

Frauen in der Selbstverwaltungswirtschaft

Beim diesjährigen Sommerseminar zur Alternativen Ökonomie der AG SPAK (Arbeitsgemeinschaft Sozialpolitischer Arbeitskreise) wurde beschlossen, in der Reihe Selbstverwaltung Mitte 1987 ein Buch zum Thema „Frauen in der Selbstverwaltungswirtschaft" herauszugeben. Hierbei wird eine möglichst intensive Mitarbeit und -gestaltung des Buches angestrebt, die über den Kreis der AG SPAK hinausgehen sollen. Dies kann in Form eines Aufsatzes zu den einzelnen Themenschwerpunkten, durch Lyrikbeiträge dem Inhalt entsprechend, aber auch durch Ideen und Tips für das Layout geschehen. Gesucht werden auch schon irgendwo vorliegende Veröffentlichungen zum Themenkomplex, ebenso Adressen von Menschen, die sich schon mit dem Problembereich beschäftigt haben. Ebenso gesammelt werden autobiographische Aufsätze, hier insbesondere kurze Beschreibungen von Müttern/Vätern zur Kinderproblematik (oder auch nicht ...) in selbstverwalteten Betrieben.

Bisherige Themenschwerpunkte sind:

- Spezifika von Frauenbetrieben: was ist anders, besser, schlechter, schwieriger?
- Geschlechtsspezifische Arbeitsteilung in der traditionellen und Selbstverwaltungswirtschaft
- Frauen und Macht
- Gegenwärtige Situation von Frauen in selbstverwalteten Betrieben
- Frauen in Männerberufen, Auswirkungen auf die Frauen
- Kritik am Dualwirtschaftskonzept — was bedeutet sie für die Selbstverwaltungswirtschaft und was für Frauen in der Selbstverwaltungswirtschaft?
- Weibliche Produktivität
- Kritik und Position von Gewerkschaftsfrauen an und zu Alternativer Ökonomie
- Frauen in sozialen Projekten
- Problematik der ehrenamtlichen und bezahlten Arbeit für und von Frauen, Abhängigkeit von „Staatsknete"
- Frauen und Erwerbslosigkeit
- Beratungsprojekte zur Existenzsicherung und -gründung für und von Frauen
- Alternative Ökonomie = zweiter Arbeitsmarkt (Das Jonglieren mit ABM-Stellen)
- Die Kinderproblematik in der Selbstverwaltungswirtschaft
- Frau-Mann-Problematik (verändertes Rollenverständnis und daraus resultierende Konflikte)
- (Geschichtliche) Entwicklung der Selbstverwaltungswirtschaft aus der Sicht von Frauen
- Und vieles mehr (je nach Beteiligung und Bedeutung einzelner Beiträge

Diese Themen können und sollen ergänzt bzw. erweitert werden.

Wer an einer Mitarbeit Interesse hat, kann sich näher informieren bei:
Martina Racki
Lorettostr. 56
7800 Freiburg
Tel. 0761/405 707

Aufsätze, weitere Ideen, Tips etc. können an dieselbe Adresse geschickt werden. Achtung: Einsendeschluß für Aufsätze ist der 31. Dezember 1986 (bitte mit vorheriger Anmeldung, um damit eine Planung zu ermöglichen!!).

Abo-Werbegeschenke

...nicht nur zu Weihnachten

Ich habe als ABONNENT/IN geworben

Name: .....

Adresse .....

Die Überweisung von 24 DM/36 DM ist auf das
Postscheckkonto 383687-607
Postgiroamt Frankfurt, BLZ 500 100 60 (Jutta Gelbrich) erfolgt.
Als Werbegeschenk möchte ich
O Umweltfreundliches Schreibset
O Projektmesse-Reader 1984, herausgegeben vom Hessischen Verband der selbstverwalteten Betriebe
O zum CONTRASTE-Spezialpreis von nur 7,— DM (statt 14,— DM) „Schatz im Silbersee". Ein Finanzierungsleitfaden für selbstverwaltete Betriebe und Projekte
O Unser Geldrausch — neue Wege zur Finanzierung kollektiver Produktionsmittel
O den „Provinz-Film-Katalog", 220 Seiten, mit Zusammenstellung von ca. 100 Provinz-Filmen, Filmarbeit in der Provinz — Modelle von Programm-Kinos in der Provinz und einer Bestandsaufnahme der Kinos in der Provinz

Name des Werbers/der Werberin: .....

Adresse: .....

Datum, Unterschrift .....

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, 6370 Oberursel 5, einsenden

Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug. Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird. Wenn das Abo befristet sein soll, bitte extra angeben!

Name: .....

Adresse: .....

Gruppe/Betrieb/Beruf: .....
Abo für 12 Monate DM 36,-- (incl. Versand)
sonst DM 24,-- für Kollektive oder Arbeitslose und Schüler
Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)
O **Einzugsermächtigung:**
Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementsgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber: .....Geldinst.: .....

Konto-Nr.: .....BLZ.: .....
Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie **schriftlich** widerrute.

Unterschrift: .....
O **Gegen Rechnung:**
Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlungen auf unser Konto!**
O Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.

Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Davon habe ich Kenntnis genommen .....
Datum, Unterschrift

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, 6370 Oberursel 5, einsenden

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Fördermitgliedschaft

O Ich möchte unbedingt Fördermitglied bei CONTRASTE — Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V. werden. Mein Mitgliedsbeitrag ist (mindestens 72.— DM) ..... DM pro Jahr. Es macht mir nichts aus, jeden Monat CONTRASTE umsonst zugeschickt zu bekommen.

O Schickt mir erstmal Eure Satzung

O Ich bin schon Abonnent, will aber trotzdem jeden Monat kostenlos CONTRASTE zugeschickt bekommen. Darum möchte ich **erst** mein Abonnement kündigen und **dann** Fördermitglied werden. Mein Mitgliedsbeitrag ist (mindestens 72.- DM) ..... DM pro Jahr.

Unterschrift ..... **Datum** .....

Vorname, Name .....

Straße und Wohnort. .....

Bitte ausfüllen und einsenden an: CONTRASTE
c/o STATTwerke e.V., Paul-Lincke-Ufer 44a, 1000 Berlin 36